



Landtag von Baden-Württemberg

30. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 5. April 2017 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Mittagspause: 12:50 bis 14:14 Uhr

Schluss: 17:05 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	1595	3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Zwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag – Drucksache 16/1674	
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Fabian Gramling CDU	1595	Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/1793.	1622
Begrüßung einer Delegation der Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft unter der Leitung von Herrn Ständerat Joachim Eder.	1638	Beschluss	1622
Begrüßung der Botschafterin Frau Christine Schraner Burger sowie der Generalkonsulin in Stuttgart, Frau Irene Flückiger Sutter	1638	4. Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr – Flugverkehrsbelastung über Südbaden – geplante Änderung der 220. Durchführungsverordnung zur Regelung der Anflüge auf den Flughafen Zürich – Drucksache 16/172.	1622
1. Aktuelle Debatte – Wie steht Baden-Württemberg zur geplanten Einführung der Pkw-Maut auf deutschen Autobahnen? – beantragt von der Fraktion der AfD	1595	Abg. Thomas Marwein GRÜNE	1622
Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD.	1595, 1604	Abg. Felix Schreiner CDU.	1623
Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE.	1597	Abg. Sabine Wölfle SPD	1624
Abg. Thomas Dörflinger CDU.	1598, 1605	Abg. Bernd Gögel AfD	1625
Abg. Martin Rivoir SPD	1600, 1605	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	1626
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	1601, 1605	Minister Winfried Hermann.	1627
Minister Winfried Hermann.	1603	Beschluss	1628
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos).	1606	5. Regierungsbefragung	
2. Aktuelle Debatte – Der grüne Verkehrsminister – Bremsklotz für die Zukunft unseres Landes – beantragt von der Fraktion der SPD	1606	5.1 Polizeiliche Kriminalstatistik	1628
Abg. Andreas Stoch SPD	1606, 1621	Abg. Siegfried Lorek CDU.	1628, 1631, 1632
Abg. Daniel Renkonen GRÜNE	1609	Minister Thomas Strobl	1629, 1630, 1631, 1632, 1633
Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU.	1611	Abg. Stefan Räßle AfD.	1630, 1633
Abg. Bernd Gögel AfD	1613	Abg. Rainer Stickelberger SPD	1631
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	1615, 1621	Abg. Lars Patrick Berg AfD.	1631
Minister Winfried Hermann.	1618	Abg. Rainer Hinderer SPD.	1632

5.2 Allgemeine Einstellungsvoraussetzungen für den Polizeidienst in Baden-Württemberg	1633	Abg. Stefan Herre AfD	1641
Abg. Lars Patrick Berg AfD	1633, 1635	Abg. Georg Nelius SPD	1641
Minister Thomas Strobl	1633, 1634, 1635	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	1642
Abg. Siegfried Lorek CDU	1634	Minister Peter Hauk	1644
Abg. Rainer Stichelberger SPD	1635	Beschluss	1647
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	1635		
5.3 Innovationsfonds Kunst	1636	7. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Situation und Perspektiven der Milchwirtschaft in Baden-Württemberg – Drucksache 16/288	1648
Abg. Manfred Kern GRÜNE	1636, 1637	Abg. Reinhold Gall SPD	1648
Staatssekretärin Petra Olschowski	1636, 1637	Abg. Martina Braun GRÜNE	1649
Abg. Sabine Kurtz CDU	1636	Abg. Klaus Burger CDU	1650
Abg. Gabi Rolland SPD	1637	Abg. Thomas Axel Palka AfD	1651
Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU	1637	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	1652
6. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Entwicklung des ökologischen Landbaus und dessen Tierhaltungsverfahren in Baden-Württemberg – Drucksache 16/277 (Geänderte Fassung)	1638	Minister Peter Hauk	1653
Abg. Martin Hahn GRÜNE	1638, 1647	Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	1656
Abg. Dr. Patrick Rapp CDU	1639	Beschluss	1657
		Nächste Sitzung	1657

Protokoll

über die 30. Sitzung vom 5. April 2017

Beginn: 10:02 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 30. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Deuschle, Herr Abg. Drexler, Frau Abg. Erikli, Herr Abg. Kopp, Frau Abg. Lindlohr, Herr Abg. Dr. Podeswa, Herr Abg. Dr. Reinhardt, Herr Abg. Dr. Schmid, Herr Abg. Dr. Weirauch sowie Frau Abg. Wolle.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich ganztätig Herr Minister Wolf. Entschuldigt ist ebenfalls Frau Staatsrätin Erler.

Im **E i n g a n g** befindet sich die Mitteilung der Landesregierung vom 21. März 2017 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags über die Organisation eines gemeinsamen Akkreditierungssystems zur Qualitätssicherung in Studium und Lehre an deutschen Hochschulen (Studienakkreditierungsstaatsvertrag) –, Drucksache 16/1823. Ich schlage vor, diese Mitteilung an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir haben heute ein Geburtstagskind in unseren Reihen. Lieber Herr Kollege Gramling, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen sehr herzlich und wünsche alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Winfried Mack CDU: Das Alter darf man noch mitteilen!)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Wie steht Baden-Württemberg zur geplanten Einführung der Pkw-Maut auf deutschen Autobahnen? – beantragt von der Fraktion der AfD

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten; das tun sie sicher.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

In der Aussprache erteile ich für die AfD-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Meuthen das Wort.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen Abgeordnete, meine Damen und Herren! Etwa 13 000 km lang ist das deutsche Autobahnnetz. Etwa dieselbe Länge dürfte mittlerweile die Nase unserer Kanzlerdarstellerin Angela Merkel haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Abg. Nicole Ravazi CDU: Weiter so!)

Vielleicht erinnern Sie sich noch an das Jahr 2013. Damals verkündete Merkel in fast schon Walter-Ulbricht-haftem Duktus, dass es mit ihr keinesfalls eine Pkw-Maut auf deutschen Autobahnen geben werde. Niemand hatte also die Absicht, eine Pkw-Maut einzuführen? Denkste! Die Pkw-Maut wird nun wohl endgültig kommen unter Kanzlerin Merkel, und Angela Merkel steht in puncto Glaubwürdigkeit dem Genossen Walter Ulbricht in nichts nach.

(Beifall bei der AfD)

Das Argument übrigens, mit dem die Pkw-Maut seitens der Regierung beworben wird,

(Abg. Winfried Mack CDU: Herr Ministerpräsident, Sie können wieder gehen! Es lohnt sich nicht!)

ist dabei fadenscheinig. Man brauche mehr Geld – so argumentiert die Regierung – für die Verkehrsinfrastruktur, und die Pkw-Maut sei geeignet, hier die Mittel zu erhöhen. Nun ja, von den Einnahmen aus dem Straßenverkehr, etwa aus der Mineralöl- oder der Kfz-Steuer – in toto weit über 50 Milliarden € –, fließt gerade einmal ein Drittel in die ohnehin schon marode Verkehrsinfrastruktur. Das heißt im Klartext: Die Autofahrer zahlen mehr ein, als sie an Verkehrsinfrastruktur herausbekommen, und zwar wesentlich mehr. Im grün-ideologischen Kampf gegen das Auto werden seit Jahren unsere Straßen kaputtgespart. Ob da nun die erhofften 500 Millionen € aus der Maut großartig Abhilfe schaffen würden, darf bezweifelt werden. Vermutlich würde man auch diese Mittel rasch zweckentfremden. Schließlich ist die Bundesregierung für ihre kreative Haushaltsführung berühmt-berüchtigt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ob man nun aber überhaupt auf die erhofften 500 Millionen € zusätzlicher Einnahmen aus der Maut wird zurückgreifen können, ist indes mehr als fraglich. Es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass die Bürokratiekosten dieses Vorhabens die fiskalischen Erträge – man stelle sich das einmal vor! – absehbar sogar noch übersteigen werden. – Ziemlich unsinnig.

(Dr. Jörg Meuthen)

Doch ganz unabhängig von Angela Merkels nicht vorhandener Glaubwürdigkeit und dieser fadenscheinigen Begründung muss man sagen: Zumindest der Ansatz, für im Ausland registrierte und auf deutschen Autobahnen fahrende Pkws eine Mautgebühr zu verlangen, ist nicht völlig verkehrt. Wenn etwa ein Holländer in den Niederlanden volltankt und dann in die Schweiz fährt, wird er in nicht seltenen Fällen teure deutsche Autobahnen benutzen, ohne hier auch nur einen einzigen Cent zu deren Finanzierung beizutragen. Eine Maut für im Ausland registrierte Pkws wäre deshalb durchaus ein probates Mittel,

(Beifall bei der AfD)

um die Trittbrettfahrerproblematik einzudämmen und das Äquivalenzprinzip bei der Finanzierung öffentlicher Infrastruktur, hier der Straßen, zu stärken.

Dass man Besitzern von in Deutschland registrierten Pkws eine Maut aufbürdet, ist hingegen in mehrfacher Hinsicht falsch. Die bereits zu entrichtende Mineralölsteuer – nicht eben gering – und die Kfz-Steuer sind im Grunde genommen nichts anderes als eine alles in allem nutzungsgerechte Maut für jeden gefahrenen Kilometer. Wer viel fährt, zahlt viel; wer weniger fährt, zahlt weniger; wer gar nicht fährt, zahlt nichts. Wer die Umwelt mit veralteter Technik stärker belastet, zahlt über die Kfz-Steuer mehr. Wer umweltschonendere, neue Technik verwendet, zahlt weniger. Das alles ist äquivalent, das ist unbürokratisch, das ist gerecht, und das haben wir bereits.

(Beifall bei der AfD)

Es ist daher naheliegend, aus Gerechtigkeitsgründen für im Ausland registrierte Pkws eine Mautgebühr zu verlangen, für in Deutschland registrierte Pkws hingegen auf eine direkte Maut zu verzichten, da die deutschen Autofahrer dafür ja bereits zahlen. Und nein, entgegen eines weit verbreiteten Irrtums wäre dies keine Diskriminierung, sondern ganz im Gegenteil: Es wäre die Korrektur einer Diskriminierung,

(Beifall bei der AfD)

eine Korrektur der Diskriminierung des steuerzahlenden deutschen Autofahrers, der im europäischen Ausland unterwegs ist und dort für die Nutzung dieser Straßen nahezu überall ganz selbstverständlich Maut entrichtet – ob nun in Form des französischen P \acute{e} age oder in Form von Vignettenlösungen, wie das in Österreich und der Schweiz gehandhabt wird. Es wäre also eine Korrektur der Diskriminierung des steuerzahlenden deutschen Autofahrers, der die deutschen Autobahnen bezahlen muss, ohne dabei durch Straßengebühren der im Ausland registrierten Pkws entlastet zu werden, und eine Korrektur der Privilegierung des steuerzahlenden ausländischen Autofahrers, der in seinem Land durch die Mautzahlungen deutscher Autofahrer entlastet wird – was im Grundsatz auch richtig ist.

Nein, meine Damen und Herren, es ist mir unbegreiflich, weshalb eine solche Korrektur gegen das Diskriminierungsverbot verstoßen soll. Vielmehr würde hierdurch eine bestehende Diskriminierung korrigiert werden. Aber in Brüssel wittert man ja sowieso ständig Diskriminierung, selbst dann, wenn Antidiskriminierung betrieben wird. Die EU leidet hier tat-

sächlich sowohl an einem Diskriminierungs- als auch an einem Antidiskriminierungswahn.

(Beifall bei der AfD)

Sie sieht ernsthaft Diskriminierung dort, wo wir es mit Antidiskriminierung zu tun haben. Und sie sieht Antidiskriminierung dort, wo wir es mit Diskriminierung zu tun haben. Manchmal wirkt die EU schon ein wenig schizophoren.

(Beifall bei der AfD)

Schließlich predigt sie uns allen immer etwas von Subsidiarität und von der Souveränität ihrer Mitgliedsstaaten. Macht aber einer der Mitgliedsstaaten von seinen ihm zustehenden Kompetenzen Gebrauch, kommt schnurstracks der EU-rechtliche Zeigefinger aus Brüssel.

Natürlich ist es legitim, eine Maut einzuführen. Natürlich wäre es legitim, dabei gleichzeitig die Zahlungspflichten für Inländer zu reduzieren. Schließlich gehört dies zum Lastenausgleich bei grenzüberschreitend verursachten Kosten. Natürlich gehört es zur Steuerhoheit des deutschen Gesetzgebers, die Zahlungslast für Inländer nach eigenem Belieben zu gestalten.

(Beifall bei der AfD)

Das zeichnet schließlich Subsidiarität aus – Subsidiarität, die sich die EU zwar gern auf ihre Fahnen heftet, die sie aber in ihrer gelebten Praxis permanent diskriminiert. Ich weiß, ich weise nicht zum ersten Mal darauf hin. Das haben wir hier bald in jeder zweiten Debatte.

Wenn sich die EU-Kommission ein Urteil darüber anmaßt, welcher Mix aus Steuern und Gebühren für das Verkehrswesen der richtige ist, müsste sie von einem gesamteuropäischem Einheitsmodell ausgehen. Hat sie aber jemals ein solches Einheitsmodell vorgelegt? Nein, natürlich nicht. Das hätte übrigens mit Subsidiarität auch nur äußerst wenig zu tun. Nur sollte sie dann konsequenterweise von der Steuerhoheit der Mitgliedsstaaten und ihrem Recht auf souveräne Gestaltung der eigenen Verkehrsinfrastruktur gefälligst ihre Finger lassen.

(Beifall bei der AfD)

Denn, um es klar zu sagen: Unsere Autobahnen gehören uns und nicht der EU. Wir sollten bestimmen, wer unsere Autobahnen zu welchen Bedingungen nutzen darf und wer nicht – wir, und nicht irgendwelche EU-Kommissare.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Genau! Sehr gut!)

Im Ergebnis führt uns die EU-rechtliche Vorgabe einer vermeintlichen Antidiskriminierung in eine extrem bürokratische Mautregelung, die hohe administrative Kosten verursacht, welche am Ende sogar die Mauteinnahmen übertreffen. Ohne zentralisierende Bürokratisierung könnte man sich das alles komplett sparen. Was letztlich von der ganzen Geschichte dieser Mautregelung, die jetzt durch den Bundesrat gegangen ist, bleibt, ist eine bürokratische Gängelung und eine fiskalische Belastung für den deutschen Autofahrer.

(Beifall bei der AfD)

(Dr. Jörg Meuthen)

Der Nutzen in dieser Form ist aber gleich null. – Meine Damen und Herren, aus Brüssel nichts Neues.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Katzenstein das Wort.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst vorab, Herr Meuthen: Der Vergleich, den Sie zwischen Frau Merkel und Herrn Ulbricht gezogen haben – zwischen der Maut und einer Mauer, an der Menschen erschossen wurden –, ist schlicht schäbig.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Zustimmung der Abg. Nicole Razavi CDU)

Das ist der Würde dieses Hauses nicht angemessen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Ich habe mich sehr gewundert, als ich den Titel der heutigen Debatte gelesen habe: „Wie steht Baden-Württemberg zur geplanten Einführung der Pkw-Maut auf deutschen Autobahnen?“ Diese Debatte können wir uns eigentlich sparen. Erstens ist das Thema im Bundesrat bereits beschlossen worden; er wird sich in dieser Legislatur damit nicht mehr befassen. Zweitens reicht es, die Presseberichte zu lesen, um die gestellte Frage zu beantworten. Um das herauszufinden, braucht es keine Aktuelle Debatte im Landtag.

(Beifall bei den Grünen)

Drittens, Herr Meuthen: Sie selbst haben das Thema verfehlt, denn Sie haben zu der gestellten Frage kein einziges Wort gesagt. Sie haben sich nur über die Maut auf Bundesebene ausgelassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Genau! – Zuruf von den Grünen: Selbst gestellte Themen zu verfehlen ist besonders peinlich!)

Aber da diese Debatte nun einmal von der AfD beantragt wurde und deren Mitglieder, sage ich einmal, ein gestörtes Verhältnis zu den Medien haben

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Sprechen Sie von sich?)

und unserer Presse nicht vertrauen, muss ich es Ihnen wohl leider doch noch einmal erläutern.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Wir sind für diese Belehrungen so dankbar! Endlich erklärt es uns jemand!)

– Darüber freue ich mich, wunderbar. – Die grün-schwarze Landesregierung hat sich gemäß den Absprachen im Koalitionsvertrag bei der Abstimmung im Bundesrat schlicht

(Zuruf von der AfD: Gedrückt!)

der Stimme enthalten,

(Zuruf von der AfD: Welcher Absprachen?)

weil die Regierungsfractionen in dieser Frage unterschiedlicher Meinung sind.

(Zuruf: Lieber keine Meinung haben!)

Welche Abstimmung, war die Frage. Es ging schließlich darum, ob der Vermittlungsausschuss angerufen wird oder ob das Verfahren noch einmal bezüglich der Auswirkungen der Maut auf jene Länder untersucht wird, die Grenzen zu anderen Staaten haben.

(Abg. Anton Baron AfD: Sehr überzeugend!)

Wir haben uns der Stimme enthalten, weil wir unterschiedlicher Meinung sind. Unser Koalitionspartner unterstützt die Infrastrukturabgabe des Bundesverkehrsministers Dobrindt; wir Grünen lehnen diese Maut ab. Weshalb, erläutere ich Ihnen gleich. Das ist keine dramatische Angelegenheit, sondern ganz normales politisches Geschäft in einer Koalition.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Grün-schwarzes Chaos!)

Man spricht über ein Thema, tauscht die Meinungen aus und versucht gemeinsam, einen Kompromiss zu finden.

(Zuruf von der AfD: Den Sie dann wieder nicht haben!)

Manchmal klappt es nicht; dann enthalten wir uns eben im Bundesrat der Stimme.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Bei Landesthemen klappt das übrigens bestens. Wir haben einen richtig guten Koalitionsvertrag. Ja, es ist kein grüner Koalitionsvertrag, es ist auch kein schwarzer Koalitionsvertrag, es ist ein grün-schwarzer Koalitionsvertrag.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo! – Zuruf von den Grünen: Genau! Richtig!)

Beide Seiten mussten sich in den Verhandlungen bewegen und Kompromisse machen. Das haben wir getan. Jetzt arbeiten wir konstruktiv zusammen, und bei den Verkehrsthemen klappt das erstaunlich gut.

(Abg. Anton Baron AfD: Wahnsinn! – Vereinzelt Heiterkeit)

Wie mir gesagt wurde, klappt es sogar deutlich besser als in der Vergangenheit. Dass wir bei der Pkw-Maut unterschiedlicher Meinung sind, sehen wir beide professionell – und gut ist.

(Zuruf von der AfD: Tätä, tätä!)

Wir Grünen lehnen die CSU-Maut ab. Darin sind wir uns übrigens einig mit den anderen grünen Landtagsfractionen und mit der Bundestagsfraction.

Schon 2014 haben wir hier im Landtag entsprechende Beschlüsse gefasst. Das können Sie in Drucksache 15/5761 vom 24. September 2014 nachlesen.

(Zuruf von der AfD: Danke schön!)

(Hermann Katzenstein)

An dieser ablehnenden Haltung hat sich nichts geändert.

(Zuruf von der AfD)

Die CSU-Pkw-Maut ist ein schlechtes europapolitisches Signal und höchstwahrscheinlich nicht mit EU-Recht vereinbar. Sie belastet Pkw-Fahrerinnen und -Fahrer aus dem Ausland. Pkw-Fahrerinnen und -Fahrer aus Deutschland werden über die Kfz-Steuer zugleich wieder entlastet. Wir sind sehr gespannt, wie das Gericht entscheiden wird, wenn Österreich und die anderen Länder eine Klage einreichen.

Diese Maut hat keinerlei ökologische Lenkungswirkung. Vielfahrer werden durch die jährliche Einmalzahlung, den Pauschaltarif, bevorzugt. Sie ist nicht verursachergerecht.

(Abg. Anton Baron AfD: Wie ist es denn in Österreich?)

Die Hauptbelastung des Straßennetzes wird durch den Lkw-Verkehr verursacht und nicht durch den Pkw-Verkehr aus unseren Nachbarländern.

Sie ist ein bürokratisches Monstrum, das bestenfalls als Nullsummenspiel endet.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Schön, dass Sie meine Position übernehmen!)

Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags, des ADAC und anderer gehen davon aus, dass die Einnahmen die prognostizierte Höhe nicht erreichen. Unter Umständen wird sie sogar teurer, wird sie mehr kosten, als sie einbringt.

Es hatte schon einen Grund, warum Angela Merkel im Bundestagswahlkampf gesagt hat, mit ihr werde es keine Maut geben. Es hatte einen Grund, warum sich die Fachausschüsse des Bundesrats dazu entschieden haben, dem Bundesrat zu empfehlen, den Vermittlungsausschuss anzurufen: ganz einfach, weil diese Pkw-Maut vielen Ländern schadet, auch uns in Baden-Württemberg.

Es macht definitiv Sinn, sich über die Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur Gedanken zu machen. Diese muss auf ein nachhaltiges Fundament gestellt werden. Ein solches Konzept liegt bereits vor und wurde von der Verkehrsministerkonferenz am 2. Oktober 2013 einstimmig beschlossen: mehr Mittel aus Steuereinnahmen aus dem Bereich Verkehr – u. a. Kfz-Steuer, Mineralölsteuer –, eine Ausweitung der entfernungsabhängigen Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen, Einbeziehung der Lkws ab 7,5 t in das Netz, Ausweitung der Lkw-Maut auf das nachgeordnete Netz, beginnend mit den Landesstraßen.

Bei diesem einstimmigen Beschluss waren auch die Verkehrsminister der SPD- und der CDU-regierten Länder dabei. Das ist ein guter, ein vernünftiger Beschluss. Ja, auch eine Pkw-Maut könnte als innovative Lösung zu einer Nutzerfinanzierung der Straßen beitragen – wenn sie eine ökologische Lenkungswirkung hat, die geeignet ist, Verkehrsströme zu lenken, und wenn sie die Kosten gerechter auf die Verursacher verteilt.

Eine intelligente Maut müsste z. B. davon abhängen, wie viel ein Pkw auf unseren Straßen unterwegs ist – wer weniger fährt, zahlt weniger –, welchen Schadstoffausstoß das Fahr-

zeug hat – emissionsarme Fahrzeuge fahren günstiger –, zu welcher Tageszeit welche Straßenabschnitte befahren werden – stark belastete Abschnitte müssen teurer bepreist werden – und wo gefahren wird. Wenn es keine gute Bahnverbindung gibt, muss man halt weniger bezahlen. Strecken wie z. B. Heidelberg–Mannheim, auf denen es eine herausragende Alternative mit der Bahn gibt, werden dann etwas teurer.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Denkbar wäre vieles, und die Digitalisierung macht es möglich. Aber die Ausländermaut der CSU leistet nicht das, was wir Grünen von einer Maut verlangen. Sie bietet keine Anreize zur Schonung von Straßen und Umwelt; ganz im Gegenteil: Vielfahrer werden bevorzugt, Menschen, die weniger fahren, werden überdurchschnittlich belastet.

(Zuruf von der AfD)

Die Regierungsfractionen im Land haben bei diesem Bundes-thema sehr unterschiedliche Meinungen. Wir Grünen lehnen die Maut ab. Deswegen hat sich das Land im Bundesrat enthalten; so ist es im Koalitionsvertrag geregelt. Das ist ein ganz normales Geschäft; das sehen wir nüchtern und professionell.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dörflinger.

Abg. Thomas Dörflinger CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Katzenstein, vielen Dank für die klaren Worte zur Kanzlerin. Ich fand es auch ungeheuerlich, dass Sie, Herr Meuthen, die Kanzlerin mit Walter Ulbricht gleichstellen, der für den Mauerbau verantwortlich war.

(Zurufe von der AfD)

Das ist niederträchtig, schäbig und zeigt, wes Geistes Kind Sie sind.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Trump findet er gut! – Zurufe von der AfD)

Dabei debattieren wir heute über die Pkw-Maut. Da wollen wir uns doch noch mal ganz kurz erinnern, wie sie zustande gekommen ist, auch in der kurzen Historie.

Der Bundestag hat in einer namentlichen Abstimmung mit einer großen Mehrheit von CDU und SPD für die Einführung der Infrastrukturabgabe gestimmt. Dies hat der Bundesrat letzte Woche noch einmal bestätigt und den Weg dafür freige-macht. Es gab in der Länderkammer keine Mehrheit dafür, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Das ist der aktuelle Stand.

Die maßgeblichen Verfassungsorgane hier in Deutschland haben entschieden, dass die Maut kommt, und das ist gut so für Deutschland und für Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Thomas Dörflinger)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte gleich zu Beginn betonen, dass sich die CDU-Landtagsfraktion bereits seit vielen Jahren dafür einsetzt, dass mehr Geld, und zwar auch dauerhaft, für Verkehrsinfrastrukturprojekte zur Verfügung steht. Dem ist der Bund mit der Einführung der Maut nun einen Schritt näher gekommen.

Natürlich gibt es bei solch einem Projekt immer wieder Kritik. Die Einnahmeseite beispielsweise wird angezweifelt oder auch hinterfragt. Aber mittlerweile haben die Sachverständigenanhörungen auch im Bundestag dies widerlegen können. Dann wird behauptet – das kam auch vorhin zum Ausdruck –, die Maut sei uneuropäisch. Die Frage ist: Sind Österreich, Slowenien, die Schweiz, die alle die Maut haben, keine guten und überzeugten Europäer? Für mich greift dieser Vorbehalt überhaupt nicht.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es zum Thema Maut – der Kollege Katzenstein hat es angesprochen – in der Regierungskoalition wie auch in der Landesregierung unterschiedliche Meinungen gibt, ist bekannt; das ist ein alter Hut. Gerade für solche Fälle haben wir im grün-schwarzen Koalitionsvertrag eine Vorkehrung getroffen, und diese sieht vor, dass sich das Land bei Abstimmungen im Bundesrat der Stimme enthält, wenn es vorher nicht zu einer Einigung kommt. Genau dies ist geschehen, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Wenden wir uns bei diesem Thema doch dem eigentlichen Kern der Sache zu. Wie wollen wir zukünftig unsere Verkehrsinfrastruktur finanzieren? Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Erfolg unseres Landes hängt an einer gut ausgebauten Infrastruktur. Sie ist der Lebensnerv unseres Landes Baden-Württemberg. Wir wollen mehr Mittel zur Verfügung stellen für den Erhalt unserer Straßen, und wir brauchen auch mehr Mittel für den Neubau der Straßen dort, wo dies notwendig ist.

(Zuruf von der CDU: Bravo!)

Wir haben auch als CDU stets betont, dass hierfür dauerhaft und verlässlich mehr Geld zur Verfügung stehen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb muss jetzt Schluss damit sein, dass wir in Infrastruktur immer nur nach Kassenlage investieren und keine langfristig gültigen und guten Konzepte hierfür haben. Wir brauchen ein verlässliches Finanzierungsinstrument, das neben den Haushaltsmitteln des Bundes, neben den Einnahmen aus der Lkw-Maut wirken kann, und das ist nun mal die Infrastrukturabgabe.

(Beifall bei der CDU – Abg. Nicole Razavi CDU: Sehr gut!)

Denn durch diese Abgabe ist es uns jetzt zum ersten Mal möglich, dringend notwendige Investitionen zu tätigen, unabhängig von der Konjunktur, unabhängig von Wahlperioden und auch unabhängig von Regierungskoalitionen. So sieht eine

dauerhaft erfolgreiche Infrastrukturpolitik aus, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Über den Bundesverkehrswegeplan 2030 und den damit verbundenen Investitionshochlauf stellt der Bund deutlich mehr Geld für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung. Etwa die Hälfte der Mittel geht in den Straßenbau, da dort immer noch über 80 % der Verkehrsleistungen stattfinden. Mit der Pkw-Maut werden hier nun zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. So machen wir Deutschland in der Verkehrspolitik fit für die Zukunft. Es war immer wichtig, dass die Maut eine Infrastrukturabgabe ist und folgerichtig auch zweckgebunden in den Straßenbau geht.

Kurzum: Wir werden auch in Baden-Württemberg in den kommenden Jahren wieder viel Geld für die Infrastruktur zur Verfügung haben. Entscheidend ist aber, was wir daraus machen, was das Land daraus macht mit dieser großen Chance, die sich dadurch bietet. Wir, die CDU-Fraktion, werden weiter darauf pochen, dass alle Projekte des Bundesverkehrswegeplans bis 2030 im Land auch umgesetzt werden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Nicole Razavi CDU: Steht im Koalitionsvertrag!)

Damit dies klappt, muss das Land seine Hausaufgaben im Straßenbau auch erledigen.

(Abg. Anton Baron AfD: Ach, du meine Güte!)

Denn Planung und Bau liegen in unserer Zuständigkeit. Es müssen genügend baureife Planungen in der Schublade liegen,

(Zuruf von der CDU: Genau!)

damit die Bundesmittel auch vollständig ausgeschöpft werden können.

(Zuruf von der AfD: Entschuldigung! – Weitere Zurufe von der AfD)

Hierfür muss vor allem die Straßenbauverwaltung über passende Rahmenbedingungen verfügen. Die ab diesem Jahr geplanten Stellenzuwächse in der Straßenbauverwaltung sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Was hat denn das mit dem Thema Maut zu tun?)

Wir, die Regierungsfractionen, haben uns vor allem auch dafür starkgemacht, dass das Land gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung weitere 90 Millionen € für den Straßenbau zur Verfügung bekommt. Die ursprünglich eingesetzte Summe war viel zu niedrig.

Aber nochmals zur Maut: Wir von der CDU haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir die Maut auf Bundesstraßen, Landesstraßen und kommunalen Straßen als problematisch erachten. Deshalb sind wir jetzt auch zufrieden mit der aktuellen Regelung. Bezahlt wird nur die Nutzung der Autobahnen; die Nutzung aller anderen Straßen ist gebührenfrei.

(Zuruf von der AfD: Noch!)

(Thomas Dörflinger)

Es gibt keine Mehrbelastungen für in Deutschland zugelassene Pkws.

(Abg. Anton Baron AfD: Was ist mit den Oldtimern?)

Herr Katzenstein, in einem liegen Sie falsch: Für uns hat die Maut durchaus auch eine ökologische und innovative Lenkungsfunktion. Elektroautos sind ausgeschlossen – dafür wird keine Maut berechnet –, und auch die Besitzer von Euro-6-Fahrzeugen erfahren eine spürbare Entlastung. Deswegen hat die Maut aus unserer Sicht nicht nur eine ökologische, sondern auch eine innovative Lenkungsfunktion.

(Beifall bei der CDU)

Gerade mit dieser vernünftigen Regelung, dass nur für die Nutzung von Autobahnen Maut gezahlt werden muss, können nun auch der Handel und die Gastronomen in den Grenzregionen mit der Mauteinführung leben. Das ist unsere Überzeugung. Ehrlich gesagt: Ich glaube nicht, dass sich viele ausländische Gäste nur deshalb künftig davon abhalten lassen, in Deutschland einzukaufen, in Deutschland zu übernachten, jemanden in Deutschland zu besuchen, weil es eine Maut gibt.

Andersherum: Für uns ist es, wenn wir in die Schweiz fahren, selbstverständlich, eine Vignette an die Windschutzscheibe zu kleben. Ich habe aus der Schweiz nichts davon gehört, dass die Vignettenpflicht dort zu maßgeblichen Einbußen geführt hätte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich komme zum Schluss: Die Pkw-Maut kommt. Wir bekommen dadurch mehr Mittel für unsere Verkehrsinfrastrukturprojekte. Lassen Sie uns deshalb diese Chance beim Schopf packen, damit die Lebensadern unseres Landes, nämlich unsere Verkehrswege, in Schuss gehalten werden, damit wir sie weiter ausbauen. Dafür wird sich die CDU-Landtagsfraktion auch weiterhin kraftvoll einsetzen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Sandra Boser GRÜNE – Abg. Felix Schreiner CDU: Bravo!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Rivoir das Wort.

Abg. Martin Rivoir SPD: Frau Präsidentin, meine Kolleginnen und Kollegen! Der Bundestag hat die Maut beschlossen. Auch die SPD hat im Rahmen des Koalitionsvertrags diesem umstrittenen Projekt zugestimmt – nicht aus Überzeugung, sondern deshalb, weil das Vorhaben einem anderen Koalitionspartner, nämlich der CSU, besonders wichtig war. Es wurde ja schon mehrfach beschrieben, wie es in Koalitionen manchmal so ist. Im Gegenzug zur Pkw-Maut haben wir in Berlin eine Vielzahl anderer Projekte durchsetzen können, die zum Teil gegen die Überzeugung unserer anderen Koalitionspartner waren. Ich denke beispielsweise an den Mindestlohn, an das Bundesteilhabegesetz, an das Frackingverbot, an die Frauenquote in Führungspositionen oder das ElterngeldPlus. Es ließe sich eine unendlich lange Liste aufzählen.

Meine Damen und Herren, das eine – das ist uns wichtig – ist die Berliner Bühne, auf der das alles gespielt hat. Das andere ist das, was hier in Baden-Württemberg vor sich geht. Die Maut kommt, und wir müssen uns jetzt schon überlegen, wel-

che konkreten Auswirkungen diese Maut für Baden-Württemberg hat und was die Landesregierung mit ihrem Handeln versucht hat – oder eben nicht versucht hat –, um die Folgen für Baden-Württemberg abzumildern. Darum, und nur darum, geht es in der heutigen Debatte.

Meine Damen und Herren, ich muss jetzt einmal klar sagen: Aus Sicht der SPD-Fraktion war es ein schwerer Fehler, diese Maut im Bundesrat durchzuwinken, sie passieren zu lassen und eben nicht den Vermittlungsausschuss mit dem Ziel anzurufen, die Verbesserungen, die überall in den Grenzregionen, etwa in Südbaden, gefordert werden, durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD – Abg. Felix Schreiner CDU: Ungeheuerlich!)

Meine Damen und Herren, im August – –

(Unruhe)

– Ganz, ganz ruhig bleiben. – Ich zitiere einmal den damaligen und heutigen Landesvorsitzenden der CDU Baden-Württemberg aus dem August 2014. Da hat er gegenüber der „Bild am Sonntag“ Folgendes gesagt – ich lese es Ihnen kurz vor –:

Eine Maut, die den kleinen Grenzverkehr erschwert oder gar unterbindet, wäre zum Nachteil für diese Regionen – vor allem für die Familien- und Handwerksbetriebe dort, für den Einzelhandel, für die Gastronomie, für unseren starken Mittelstand. ... Was Südbaden und dem Mittelstand schadet, schadet Baden-Württemberg, und das können wir dann auch nicht mittragen.

Das sagte damals Thomas Strobl. – Herr Minister, mit dieser Aussage hatten Sie damals recht, und sie stimmt auch heute noch.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD – Abg. Andreas Stoch SPD: Ein Lob für Strobl! Das ist selten!)

Welche Konsequenzen haben Sie aus dieser richtigen Erkenntnis gezogen? Gar keine. Keine Konsequenzen haben Sie daraus gezogen.

(Minister Thomas Strobl: Doch!)

Sie haben es versäumt, im Bundesrat die Interessen des Landes Baden-Württemberg durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie haben in den letzten Wochen immer wieder versucht, den Eindruck zu erwecken, dass Sie ein mutiger Kämpfer gegen die Maut im Interesse Baden-Württembergs wären; erreicht haben Sie in diesem vermeintlichen Kampf gar nichts. Nichts haben Sie erreicht. Sie wurden im Sturm der CSU davongeweht wie ein abgelöster Klebestreifen einer Mautvignette. Weg war es. Nichts!

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Ich sage an dieser Stelle noch einmal: Sie haben in der Länderkammer die Interessen Baden-Württembergs sträflich miss-

(Martin Rivoir)

achtet. Wegen dieser von Ihnen selbst dringend geforderten und notwendigen Ausnahme für die Grenzregionen am Rhein hätte unbedingt ein Vermittlungsverfahren im Bundesrat herbeigeführt werden müssen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, Sie hätten starke Verbündete gehabt. Die anderen Bundesländer, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Saarland – die Grenzländer –, haben auch auf Nachbesserungen bei der Maut für die Grenzregionen für die vielen Pendler gedrungen. Sie haben beispielsweise mautfreie Autobahnabschnitte im Grenzbereich vorgeschlagen. Durch Ihr Verhalten im Bundesrat haben Sie auch die Menschen in den dortigen Grenzregionen im Regen stehen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir fürchten nun zusammen mit den Menschen am Oberrhein und am Hochrhein, dass sich die Pkw-Maut nachteilig auf diesen kleinen Grenzverkehr auswirkt und eben zu den befürchteten, vom Innenminister noch vor zweieinhalb Jahren beschworenen Auswirkungen auf den Umsatz bei Handel und Gastronomie usw. in diesen Grenzregionen führt. Das ist nicht gut für Baden-Württemberg.

Wir, die SPD in Baden-Württemberg, hatten schon immer eine kritische Haltung zur „Dobrindt-Maut“. Im Landtag gab es im Oktober 2014 eine Debatte zu diesem Thema. Sie wurde hier bereits zitiert. Damals waren wir – übrigens auch mit dem Verkehrsminister, so wie er es heute ja auch sagt – einig, dass diese Ausländermaut – um etwas anderes geht es nicht – überhaupt nichts für Baden-Württemberg und die Bundesrepublik bringt.

Meine Damen und Herren, ich will an dieser Stelle schon noch einmal anmerken – da wir Anfang der Woche darüber etwas in der Zeitung lesen konnten –: Ich finde es schon ganz putzig – wenn es nicht so traurig wäre –, wie sich der Verkehrsminister und der Innenminister in der Frage des Abstimmungsverhaltens im Bundesrat gegenseitig ans Schienbein treten. Der Verkehrsminister versucht, die Interessen des Landes zu vertreten, und der Innenminister nennt dies ein „böses Foul“. Wo sind wir denn eigentlich?

Der Herr Innenminister ruft dann – in diesem Fall nicht nach der Mutti – nach Vater Kretschmann, der dem Verkehrsminister – der in diesem Fall das Richtige sagt – einen Rüffel erteilen soll. Wenn das normales Regierungsgeschäft ist, Herr Katzenstein – – Ich sage Ihnen, das ist kein normales Regierungsgeschäft, sondern in dieser Frage geht es bei Ihnen zu wie im Kindergarten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Ich möchte abschließend noch einmal meinen Kollegen Hans-Martin Haller zitieren, der in der bereits genannten Debatte im Jahr 2014 an dieser Stelle sagte: Die „Dobrindt-Maut“ ist eine Milchmädchenrechnung. Sie ist ein bürokratisches Monster und bringt kein Geld in die Kassen für unseren Straßenbau.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Dem ist aus heutiger Sicht nichts hinzuzufügen, und die Zukunft, meine Damen und Herren, wird uns recht geben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit vier Jahren erleben wir jetzt dieses politische Schauauflegen, resultierend aus einer CSU-Bierzeltidee,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

die den Verkehrsminister schon zu einer Lebensaufgabe verdammt hat, nämlich, diese „Dobrindt-Murksmaut“ umzusetzen. Es könnte ihm jetzt durchaus gelingen. Die Freien Demokraten haben diese Maut von Anfang an abgelehnt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Erstens ist sie untauglich für die Finanzierung von Verkehrsinfrastrukturprojekten, weil die Kosten in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen, zweitens ist sie kompliziert, intransparent, bürokratisch und sorgt für eine massive Datenüberwachung der Autofahrer. Drittens ist diese Maut ein falsches Signal für Europa und für die europäische Integration, weil sie ganz einfach eine Ungleichbehandlung von deutschen und ausländischen Autofahrern darstellt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Viertens ist deren Einführung noch immer nicht gesichert. Es wird ein EU-Vertragsverletzungsverfahren geben; wir wissen also nach wie vor nicht, ob diese „Murksmaut“ überhaupt umgesetzt werden kann.

Am 10. März hat Verkehrsminister Hermann ebenfalls erklärt, die Maut sei bürokratisch, sie habe keine Lenkungswirkung, und sie koste mehr, als sie einspiele. Minister Strobl war davon nicht sehr begeistert; der Kollege Rivoir hat darauf hingewiesen. Wenn man die Maut so, wie der Verkehrsminister es getan hat, als „verqueres Konstrukt“ bezeichnet, ist dies eigentlich noch sehr diplomatisch formuliert. Es ist inhaltlich, denke ich, absolut in Ordnung. Aber das Bild, das die Landesregierung in dieser Sache abgibt, zeugt tatsächlich von einer bemerkenswerten „Geschlossenheit“, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Martin Rivoir SPD)

Die grün-schwarze Verkehrspolitik in Baden-Württemberg bietet wirklich ein chaotisches Bild, ein Bild der Uneinigkeit, der Unübersichtlichkeit

(Zuruf: Na, na, na!)

und der Wirtschaftsfeindlichkeit, und das ist für dieses Land nicht gut.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

(Jochen Haußmann)

Aber wir werden unter Tagesordnungspunkt 2 noch hierauf zu sprechen kommen; daher will ich nun gar nicht weiter darauf eingehen.

Schauen wir einmal auf die Fakten. Es gibt jetzt eine neue Infrastrukturabgabenbehörde – schon dieses Wort ist faszinierend –,

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

also eine Behörde, die die Infrastrukturabgabe erhebt. Die Ungleichbehandlung sieht man schon daran – um dies aufzuklären, Herr Kollege Dörflinger und Herr Kollege Katzenstein –, dass die Maut auf Bundesstraßen nicht für ausländische Pkws gilt, wohl aber für inländische. Wenn Sie als Inländer vermeiden wollen, eine Infrastrukturabgabe zahlen zu müssen, dann können Sie ein Fahrtenbuch führen, um nachzuweisen, dass Sie diese Straßen nicht benutzen. Dies ist eine faszinierende Lösung für das Gesamtkonstrukt, das hier vorgesehen ist.

Herr Dörflinger, Sie sagten, es gebe eine nachhaltige Entlastung, wenn man Neufahrzeuge, beispielsweise nach Euro-6-Norm, einsetzt. Rechnen wir dies einmal durch: Nehmen wir ein Mercedes-Fahrzeug der B-Klasse, 160 CDI. Dort haben Sie eine Entlastung – also die Differenz zwischen Infrastrukturabgabe und der Minderung der Kfz-Steuer – von 9,75 €. Beim VW Polo sind es 7,80 € und beim Fiat 500 8,45 €. – Ich vermute, dass man damit auch die Nachrüstprien unterstützt, die die CDU fordert; denn sie ist ja nun mitverantwortlich für die Fahrverbote in Baden-Württemberg. Bei dieser Geschichte hat doch alles keinen Sinn.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf von der AfD)

Minister Dobrindt rechnet mit 3,9 Milliarden € Gesamteinnahmen, davon 3,1 Milliarden € aus Einnahmen von deutschen Autofahrerinnen und Autofahrern. Das ist nicht einmal ein Nullsummenspiel, sondern es entstehen zusätzliche Ausgaben für den Staat – 830 Millionen € kommen durch ausländische Pkws –, nämlich 210 Millionen € Infrastruktur- oder Bürokratiekosten. Der ADAC hat die Lenkungswirkung bereits sehr heftig angezweifelt.

Man rechnet mit 100 Millionen € Steuerentlastung durch die Kfz-Steuer. Wenn durch den Wechsel auf Neufahrzeuge diese Minimalerstattung in zunehmendem Umfang erfolgt, dann bleiben nach diesen Berechnungen nicht 2 Milliarden € pro Legislaturperiode – also 500 Millionen € pro Jahr –, wie es Herr Dobrindt angeführt hat, sondern es bleibt in den nächsten Jahren allerhöchstens die Hälfte dieser Einnahmen übrig. Man muss also sagen, dass die Infrastrukturkosten dann in etwa so hoch sind wie das, was übrig bleibt. Das kann man mit normalem Menschenverstand nicht mehr nachvollziehen. Ich muss mich auch wundern, dass die SPD im Bundestag da zugestimmt hat.

Es hilft nichts, Herr Rivoir, wenn Sie jetzt der Landesregierung sagen, sie hätte sich im Bundesrat der Stimme enthalten sollen. Die SPD hier hat doch bei diesem Thema zugestimmt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Felix Schreiner CDU: So ist es! Peinlich!)

Offensichtlich hat man Thüringen – Herrn Ramelow – im Bundesrat dadurch gewonnen – das war dann überzeugend und beeindruckend –, dass Herr Dobrindt ihm eine Finanzierungszusage für ein regionales Schienenprojekt in Ostthüringen gemacht hat.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das war echt peinlich!)

Da sieht man einmal, wie schlagkräftig und überzeugend die „Dobrindt-Maut“ im Bundesrat war. Das nenne ich eine Politik, wie sie Deutschland nicht verdient hat, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Bundeskanzlerin hat ja gesagt: „Meinetwegen, lieber Herr Seehofer, dann machst du halt diese ‚Murksmaut‘. Aber sie darf den deutschen Autofahrer nichts kosten.“

Ich prophezeie an dieser Stelle:

(Abg. Anton Baron AfD: Ich auch!)

Diese Maut wird dazu führen, dass in den nächsten zwei, drei Jahren niemand mehr durchblickt – die Verrechnung zwischen der Kfz-Steuer und der Infrastrukturabgabe –

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

und wir dadurch eine schleichende Nutzerfinanzierung zulasten der deutschen Autofahrer haben,

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es! – Zuruf von der AfD: Mit Sicherheit!)

und dies bei Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe, wie wir sie derzeit haben. Das ist völlig unverantwortlich,

(Zuruf des Abg. Felix Schreiner CDU)

und genau das führt zu Politikverdrossenheit.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Dazu trägt insbesondere die CDU bei, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Das Problem sind doch im Augenblick gar nicht die finanziellen Ressourcen. Sie haben es selbst mitbekommen: Dobrindt kann seine Milliarden gar nicht an die Bundesländer verteilen, weil diese mit der Planung nicht hinterherkommen. Wir brauchen doch Planungskapazitäten, damit wir diese Infrastrukturprojekte überhaupt umsetzen können. Es mangelt also nicht an finanziellen Ressourcen für unsere Verkehrsinfrastruktur. Es mangelt vielmehr an den Planungskapazitäten. Umso mehr ist diese Maut von Herrn Dobrindt ein Murks.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich von der Großen Koalition über den Tisch gezogen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Hermann das Wort.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am letzten Freitag hat sich der Bundesrat zum letzten Mal mit der Maut befasst, und er hat darauf verzichtet – jedenfalls fand sich dafür keine Mehrheit –, Einspruch zu erheben. Damit ist die Maut – so wie von der Bundesregierung, von der Koalition vorgeschlagen und im Bundestag beschlossen – Gesetz.

Wenn nun eine Fraktion hier im Landtag fünf Tage später diese Maut zum Thema einer Aktuellen Debatte macht – nach einer 25-jährigen Diskussion über Maut in Deutschland, nach einer vierjährigen Diskussion über diese Maut –, dann zeigen Sie von dieser Fraktion einmal mehr, dass Sie von gestern sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Lachen bei Abgeordneten der AfD – Zurufe von der AfD)

Herr Meuthen, Ihre Rede hat gezeigt, dass Sie von vorgestern sind.

Meine Damen und Herren, die Maut-Debatte ist eine lange Geschichte. Ich werde sie heute nicht endlos fortsetzen. Wir haben die Debatte auch hier im Landtag schon mehrfach geführt. Das ist eigentlich ein Nachhutgefecht. Alle Argumente sind ausgetauscht.

Deswegen werde ich mich sehr zurückhalten und nur zum Verlauf nochmals einige Punkte sagen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Deshalb sind Sie sich auch so einig!)

Wir haben uns im Bundesrat lange damit befasst. Es war übrigens auch nicht ganz klar, ob der Bundesrat überhaupt etwas zu sagen hat. Denn primär ist der Bundestag zuständig. Liebe SPD, daran wart ihr eben auch beteiligt – keinen schlanken Fuß machen, sondern es war ein Koalitionsprojekt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Felix Schreiner CDU)

Wenn die SPD im Bundestag nicht zugestimmt hätte, wäre das Ganze schon gar nicht in den Bundesrat gekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Andreas Stoch SPD: Dann hätten wir auch keinen Mindestlohn!)

Es war bis zum Schluss umstritten, ob wir zu der Möglichkeit der Länder – die Betroffenheit in Grenzregionen – den Vermittlungsausschuss anrufen. Es war bis in die Nacht vor der Abstimmung hinein unklar, ob es eine Mehrheit gibt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Kollege Lede Abal!

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ja, ich weiß!)

– Dann ist es gut.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Felix Schreiner CDU)

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Vielen Dank, Herr Lede Abal. – Es war am Ende in der Tat Thüringen, das dann für eine Mehrheit gesorgt hat – gegen eine Zusage, gegen ein Geschenk. Aber es sind natürlich auch nicht alle SPD-Ministerpräsidenten und -ministerpräsidentinnen gestanden – so, wie Herr Rivoir hier mutig die Position gehalten hat.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Neun gibt es!)

Ich will daraus gar kein parteipolitisches Spiel machen. Wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie einräumen, dass es in allen Parteien schon seit Langem eine Diskussion über die Fragen gibt: Wie finanzieren wir Verkehrsinfrastruktur? Sind wir für eine Maut? Wie soll die Maut aussehen? Ich muss einfach sagen – ich war ja in mehreren Kommissionen –: Quer durch alle Parteien gibt es dazu unterschiedliche Meinungen. Denn einfach ist es nicht. Die Frage, wie wir Infrastruktur dauerhaft und verlässlich finanzieren und wie wir Nutzer einbeziehen, ist schon wichtig. Dazu hat Kollege Dörflinger das Richtige gesagt.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Viel beachtete Rede von Herrn Dörflinger!)

Wir brauchen eine dauerhafte und verlässliche Finanzierung. Über die Form kann man streiten; dazu gibt es eben unterschiedliche Meinungen. Das ist auch hier in dieser Koalition der Fall, und auch das ist ziemlich normal. Die Grünen haben die klare Position vertreten, dass sie diese Maut so nicht gut finden – sie haben aber nicht gesagt, dass sie eine Maut grundsätzlich schlecht finden, sondern die Maut so, wie sie jetzt eingeführt wird.

(Zurufe von der AfD)

Die Argumente habe ich bereits gebracht; die will ich nicht erneut darlegen. Ich will nur noch einmal sagen, was die Fachausschüsse des Bundesrats, die betroffen waren, beschlossen haben. Der Umweltausschuss hat empfohlen, das Gesetz müsse grundsätzlich überarbeitet werden – das hat der Ausschuss mit Mehrheit beschlossen; da haben wir nicht allein die Mehrheit. Der Verkehrsausschuss hat mit Mehrheit beschlossen, die Aufhebung des Gesetzes zu empfehlen, und im Finanzausschuss wurde die Anrufung des Vermittlungsausschusses beschlossen mit der Begründung, die Grenzregionen und die Wirtschaft seien betroffen, sodass etwas gemacht werden müsse.

Letztendlich hat im Plenum des Bundesrats keine dieser Positionen eine Mehrheit gefunden. Warum? Weil sich sowohl SPD- als auch CDU-Vertreter aus den Ländern koalitionsstreu gegenüber dem Bund verhalten haben. Das finde ich – das habe ich auch gesagt – problematisch; denn der Bundesrat ist ein Interessenorgan der Länder und muss somit primär die Länderinteressen vertreten. Das haben wir, glaube ich, versucht. Ich anerkenne auch, dass die CDU dies ihrerseits versucht hat, übrigens auch – das will ich ausdrücklich sagen – Thomas Strobl. Ich habe mit ihm extra noch einmal darüber gesprochen. Sein Anliegen war es, dass die Bundesfernstraßen nicht in die Maut einbezogen werden und es im Grenzgebiet keine Störungen gibt. Ich muss sagen: Er hat es mit durchgesetzt, dass zumindest die Fernstraßen herausgefallen sind.

(Abg. Felix Schreiner CDU: So ist es!)

(Minister Winfried Hermann)

Insofern sind wir da gar nicht so weit auseinander.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Felix Schreiner CDU: Bravo, Thomas Strobl!)

Am Ende haben wir uns nicht verständigt, sondern uns auf eine Enthaltung geeinigt. Das ist auch nichts Besonderes.

Nur, damit Sie mal eine Vorstellung von der Funktionsweise des Bundesrats haben: Eine Sitzung des Bundesrats hat in der Regel – ich habe den Eindruck, die meisten ahnen es nicht – ungefähr 100 Tagesordnungspunkte, und es finden bestimmt 300 bis 400 Abstimmungen statt. Da kommt es am laufenden Band vor, dass sich Regierungen absprechen müssen, sich aber nicht verständigen können und sich deshalb enthalten müssen. Deshalb wird im Bundesrat bei Abstimmungen nicht gefragt: „Sind Sie dafür? – Sind Sie dagegen? – Wer enthält sich?“, sondern es werden immer nur die Jastimmen genommen, und die anderen fallen weg. Deswegen sind Enthaltungen und Neinstimmen praktisch identisch und ist es auch so schwierig, im Bundesrat eine positive Mehrheit zu bekommen. Wir versuchen das trotzdem immer wieder, und das macht auch Sinn.

Jetzt ist die Frage gestellt worden: Was bedeutet das für Baden-Württemberg? Da kann ich ganz einfach sagen: Zuständig für die Maut ist der Bund, und zwar auch nach dem Beschluss. Ab 2019 wird es eine Infrastrukturgesellschaft auf Bundesebene geben. Die wird dann sowieso die ganze Abwicklung auf den Autobahnen verantworten.

Das Ganze ist im Gefüge Europas zu sehen. Das muss man einfach auch wissen; Herr Meuthen, da müssen Sie noch ein bisschen nachlernen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das hilft nichts!)

Die Europäische Union hat sich schon seit Langem Gedanken über einen Rechtsrahmen für die Mautsysteme in Europa gemacht, und zwar unter der Bedingung, dass man wenigstens einen einheitlichen Verkehrsraum schafft. Denn es wäre auch von gestern, wenn jedes Land einen eigenen Raum mit eigenen Regeln schaffte.

(Zuruf von der AfD)

Wir haben auch keine deutschen Schilder auf der Straße, sondern die Schilder gelten europaweit.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Genau das ist der Zentralismuswahn!)

Jetzt sieht die EU vor, spätestens 2019 einen Rechtsrahmen zu schaffen, der die Art und Weise, wie abgerechnet wird und wie Mautsysteme ausgestaltet sein können, zu vereinheitlichen versucht und den Ländern trotzdem einen Spielraum lässt, was sie daraus machen und wie sie es machen. Man darf auf diese Vorlage gespannt sein. Man darf auch gespannt sein, ob die deutsche Maut ein Modell für dieses Konstrukt sein wird; ich glaube es eher nicht.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Vereinzelt Beifall)

Wir vermuten, dass diese Debatte noch weitergeht. Denn wenn Österreich oder die Niederlande gegen die Maut klagen,

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ich dachte, das ist alles von gestern!)

wird der Europäische Gerichtshof entscheiden, ob sie europarechtswidrig ist oder nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die AfD-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Meuthen.

(Zuruf von der CDU: Da sind wir jetzt mal gespannt!)

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das war wirklich interessant, was wir hier geboten bekommen haben. Wir lernen hier viel. So lernen wir z. B., wie es ist, wenn der Vertreter einer Regierungspartei hier klipp und klar sagt, die Maut sei ein großer Fehler, sei schädlich für Baden-Württemberg, und anschließend der Vertreter der anderen Regierungspartei spricht und die Auffassung vertritt, die Maut sei für Baden-Württemberg von großem Nutzen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist Demokratie! – Gegenruf von der AfD)

Das ist eine interessante Form von Regierungsposition, die Sie da haben. Eine tolle Koalition haben wir da! So homogen, so einig, so zielorientiert! Wir sind wirklich beeindruckt und lernen, wie das geht. Ganz toll!

(Abg. Nicole Razavi CDU: Im Gegensatz zu Ihnen vertreten wir unterschiedliche Meinungen!)

Die Bürger, Wähler und Steuerzahler werden von Ihrer Enthaltung im Bundesrat schwer beeindruckt sein. Wo ist eigentlich der Nutzen einer solchen Regierungspolitik für die Steuerzahler, die dieses „Meine Rede sei: ja, nein“ über sich ergehen lassen müssen, meine Damen und Herren?

Was übrigens meinen Vergleich von Merkel und Ulbricht angeht: Hier ging es um den Umgang mit der Wahrheit, und dieser ist in beiden Fällen gleich.

(Beifall bei der AfD)

Beide kündigten Dinge an, die nachweislich nicht stimmten. Man könnte auch sagen, sie haben gelogen. Übrigens haben beide auch eine gewisse politische Nähe zu DDR-Zeiten gehabt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Merkel und Ulbricht hätten zu DDR-Zeiten eine politische Nähe gehabt? Das ist unglaublich!)

Nur am Rande, zum Umgang mit der Wahrheit, Herr Dörflinger: Es stimmt auch nicht ganz, wenn Sie hier als Vertreter der CDU sagen –

(Abg. Raimund Haser CDU: Das ist ja absurd, was Sie sagen! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment! Ich darf um Ruhe bitten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Unglaublich!)

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Es stimmt auch nicht, dass die Maut nur auf Autobahnen erhoben wird. Prüfen Sie das einmal.

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sie kommt auch auf Bundesstraßen vor.

Ganz interessant, Herr Minister Hermann, fand ich von Ihnen, dass Sie uns vorwerfen, wir seien vergangenheitsorientiert mit dieser Debatte, dann aber selbst zum Schluss Ihrer Ausführungen darauf hinweisen, dass wir in Zukunft mit diesem Thema noch viel zu tun haben werden,

(Heiterkeit bei der AfD)

weil Sie richtigerweise feststellen, dass die Maut in dieser Form eines nicht haben wird: Bestand. Da haben Sie recht, Herr Hermann.

(Zuruf: Genau! Das stimmt!)

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dörflinger.

Abg. Thomas Dörflinger CDU: Herr Rivoir, ganz kurz zu Ihrer Aussage zum Grenzverkehr: Dass wir uns im Vorfeld nicht genügend eingesetzt hätten,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

stimmt nicht. Wir haben uns sehr wohl dafür eingesetzt.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Erfolglos!)

Nehmen wir beispielsweise den deutsch-französischen Grenzverkehr, wo wir halt nicht diese Nord-Ost-Autobahnen haben und natürlich Ausweichverkehr über die Bundes- und Landesstraßen hätten. Da haben wir verhindert, dass es zu einer Bemaution dieser Straßen kommt. Deswegen haben wir uns dort durchgesetzt, was den Grenzverkehr betrifft, und haben dies auch unterstützt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Nicole Razavi CDU: Hört, hört!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Rivoir.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Er weiß es halt einfach nicht besser! – Gegenruf: Er will es nicht wissen!)

Abg. Martin Rivoir SPD: Er weiß es, und er will es auch wissen, und ich sage Ihnen: Für den Oberrhein, für Freiburg, wo aus der Schweiz eine Autobahn und keine Bundesstraße hin-

führt, hat diese Ausnahme überhaupt keine Wirkung. Sie hat keine Wirkung! Freiburg wird davon nicht profitieren, sondern einen Nachteil durch diese Maut haben, weil die Autobahn z. B. zwischen der Schweiz und Freiburg bemaution wird. Insofern ist all das, was ich gesagt habe, richtig.

Noch ein Satz zu dem Thema, das ebenfalls aufgebracht wurde: Ich habe es Ihnen doch ausführlich erklärt, wie es in einer Koalition ist – aber Sie haben ja selbst die Erfahrungen –: Die Schwarzen tragen die grünen Fahrverbote mit. Die Grünen tragen die schwarzen Abschiebungen mit. Das gehört halt manchmal in einer Koalition dazu – so wie wir in Berlin auch „mit der Faust in der Tasche“ diesem Projekt, das der CSU wichtig war, in dieser Koalition zugestimmt haben. So ist es halt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Wir arbeiten halt besser zusammen als ihr! Ihr habt doch auch zugestimmt!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ich würde gern noch auf einen Aspekt hinweisen, weil das ein wichtiger Punkt ist: Unterstellen wir einmal, dass die Infrastrukturabgabe das EU-Vertragsverletzungsverfahren passiert und auch den Europäischen Gerichtshof übersteht. Dann ist es wichtig, lieber Herr Verkehrsminister Hermann – auch an die Kollegen der derzeitigen Großen Koalition –, dass wir eine sinnvolle Struktur der neuen Bundesfernstraßengesellschaft, der Bundesinfrastrukturgesellschaft und der Infrastrukturabgabenbehörde schaffen; denn wir sollten sicherstellen, wenn schon dieser Murks kommt, dass das auch tatsächlich vollumfänglich zur Verfügung steht.

Erinnern wir uns an die Lkw-Maut. Bei ihrer Einführung hat man ebenfalls gesagt: Die Einnahmen stehen voll der Infrastruktur zur Verfügung. Herr Schäuble hat das beim Steuerzuschuss aber abgedreht.

Deswegen ist es, glaube ich, ganz wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Bundesfernstraßengesellschaft dann auch den Mittelzugriff bekommt. Denn sonst ist, denke ich, überhaupt keine Zweckmäßigkeit gegeben. Das muss man jetzt regeln, weil die Bundesfernstraßengesellschaft bald eingerichtet wird. Da höre ich schon wieder viel Uneinheitliches zwischen der SPD und der CDU. Deswegen bitte ich, darauf hinzuwirken. Denn sonst haben wir wirklich ein völliges Durcheinander.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen – – Doch. Herr Abg. Dr. Gedeon, bitte.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Oh nein! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Kommen wir mal zur Nähe von Herrn Gedeon und Herrn Meuthen! – Gegenruf: Zur Delegiertenversammlung!)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei der Einführung der Maut geht es um zwei Themen: erstens um eine Privatisierung der Autobahn durch die Hintertür und zweitens um populistischen Volksbetrug mit nationalen Phrasen,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da kennt ihr euch ja aus!)

vor allem durch Herrn Seehofer.

Die geplante Infrastrukturgesellschaft ist das Einfallstor für die internationalen Finanzinvestoren.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ach so!)

Oder sollen wir besser sagen: „für die internationale Finanzmafia“? Für die ist das das ideale Instrument der Wertschöpfung, der Ausbeutung. Milliarden Autofahrer auf deutschen Autobahnen, und alle zwei Jahre erhöht man die Maut – besser geht es nicht.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das ist Demokratie, dass jeder Wirtkopf etwas sagen darf! Das muss man als Christdemokrat ertragen!)

Einen Makel hat das Ganze allerdings: Es gibt in Deutschland noch keine Maut. Das kann man nicht als Privatinvestor einführen. Wenn man diese Maut einführen will, schreien alle gleich Zeter und Mordio. Also braucht man die Politiker, die das Ganze vorbereiten, die es sozusagen mundgerecht für die Investoren, sprich für die Finanzhaie machen. Diese Wegbereiter und Vorbereiter sind ausgerechnet die Politiker der CSU, ausgerechnet Herr Seehofer. Bei der Zuwanderung ist er ein zahnloser Löwe, brüllt herum, aber es kommt nur heiße Luft heraus. Aber hier stellt er sich plötzlich auf die Hinterbeine und setzt das durch. Das ist ein Skandal, meine Damen und Herren.

Natürlich ist es eine Sauerei, wenn slowakische Autofahrer, die deutsche Autobahnen nutzen, hierfür nichts zahlen, aber deutsche Autofahrer für die Nutzung slowakischer Autobahnen zahlen. Das kann kein Mensch verstehen.

(Zuruf: Doch, ich schon!)

Aber das Problem ist die EU. Das muss man über die EU klären. Man muss dort sagen: „Ihr könnt uns nicht mit jedem Blödsinn daherkommen.“

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Aber stattdessen wird diese Schau inszeniert und der Anfang für eine Enteignung gemacht, die letztlich mit einer totalen Privatisierung der Autobahnen enden soll.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: In Ihrer Partei wird über die Privatisierung der Sozialversicherung diskutiert!)

Das ist ein Skandal, eine Enteignungspolitik, ein Volksbetrug. Deswegen müssen wir uns mit allem dagegenstellen. Ich kann in diesem Fall nur sagen: Pfui Teufel, Herr Seehofer.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Gott sei Dank!)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Der grüne Verkehrsminister – Bremsklotz für die Zukunft unseres Landes – beantragt von der Fraktion der SPD

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Rededzeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Rededzeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung.

(Abg. Winfried Mack CDU: Jetzt bin ich auf die Begründung gespannt!)

Ich darf auch hier die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Rededzeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Ich weiß nicht, ob es auch Ihnen so geht. Mir jedenfalls gehen in den letzten Wochen und Monaten häufiger die Worte von Ministerpräsident Kretschmann von vor gut sechs Jahren durch den Kopf.

(Zuruf von der SPD: Wo ist er?)

Herr Ministerpräsident Kretschmann hat zu Beginn der letzten Legislaturperiode mit dem Satz Aufsehen erregt: „Weniger Autos sind natürlich besser als mehr Autos.“ Mit diesem Satz hat er in einem Land wie Baden-Württemberg, das seinen wirtschaftlichen Erfolg ganz wesentlich neben dem Maschinen- und Anlagenbau auch auf die Gewinne und die Arbeitsplätze der Automobilindustrie stützt, natürlich sehr viel Aufsehen erregt. Denn für Baden-Württemberg ist es, glaube ich, ein falsches Signal, wenn man sich grundsätzlich gegen die Automobilindustrie positioniert, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Ich habe in den letzten Wochen verstärkt das Gefühl, dass dieser Satz zwar nicht mehr in den Reden der grünen Regierungsmitglieder vorkommt, aber nach wie vor das Denken und Handeln dieser Landesregierung bestimmt, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

(Andreas Stoch)

Ich möchte dies begründen. Natürlich haben wir in Deutschland, auch in Baden-Württemberg und auch gerade in Stuttgart, ein Problem, das sich aus dem Feinstaub ergibt, das sich aus Stickoxiden ergibt, das sich daraus ergibt, dass Menschen in diesem Talkessel von Stuttgart leben und arbeiten.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Gegen das Sie fünf Jahre nichts gemacht haben!)

Natürlich muss Politik verantwortlich handeln und muss sich dieser Probleme annehmen.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Das tun wir!)

Aber, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, das kann ich nicht tun, wenn ich bloße Scheinlösungen präsentiere oder Schwarz-Weiß-Diskussionen führe.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Ihr habt fünf Jahre gar nichts präsentiert! Gar nichts!)

Genau dies tut Verkehrsminister Hermann. Er erweckt den Eindruck, dass durch Fahrverbote diese Probleme gelöst werden können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Felix Schreiner CDU: Gar nichts getan! Zugeschaut!)

Es passt natürlich in die grüne Verbotskultur, wenn jetzt Fahrverbote befördert werden, aber nicht darüber nachgedacht wird, welche Konsequenzen diese Diskussion hat. Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, wenn wir, wie wir alle wissen, an manchen Stellen der Stadt erhöhte Feinstaubwerte haben, dann wissen wir gleichzeitig, dass die Feinstaubwerte nicht allein durch die Dieselmotoren entstanden sind. Dann müssen wir den Menschen auch ehrlich sagen, dass eine Lösung dieses Problems nur dann zustande kommt, wenn man eine Vielzahl von Maßnahmen ergreift.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Das tun wir doch!)

Das, was bisher passiert, ist eine einseitige Diskussion über Fahrverbote, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD – Abg. Felix Schreiner CDU: Ihr habt gar nichts gemacht! Fünf Jahre nichts gemacht! – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Stoch – –

Abg. Andreas Stoch SPD: Keine Zwischenfrage.

Präsidentin Muhterem Aras: Er lässt keine Zwischenfragen zu.

(Unruhe)

Abg. Andreas Stoch SPD: Hier, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, ist bei den Konzepten der Landesregierung aus Grünen und CDU eben Fehlanzeige. Wir haben keine Diskussion darüber, wie wir tatsächlich den öffentlichen Personennahverkehr leistungsfähiger machen können. Aber wir müssen Menschen, denen wir möglicherweise das Recht nehmen, mit ih-

rem Fahrzeug in die Stadt Stuttgart zu fahren, Alternativen anbieten.

(Abg. Anton Baron AfD: Radwege! Radwege bauen!)

Wir erleben aber keine Offensive der Landesregierung. Wir erleben nicht die Offensive, die z. B. die SPD-Fraktion im Stuttgarter Rathaus seit Langem fordert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, natürlich auch darüber nachdenken, wie wir die Fahrzeugflotte aus Stadtbahnen, Straßenbahnen und Bussen modernisieren können. Wir haben in Stuttgart das Problem, dass auch bei den örtlichen Straßenbahnbetrieben, bei den SSB, ein großer Teil der Busse eben noch mit alter Technik fahren. Ich möchte mir nicht vorstellen, wie die Mobilität der Menschen dann im Jahr 2018 aussieht, wenn Fahrverbote kommen. Ich halte dies für den falschen Weg.

Liebe CDU, wenn Sie in diesen Verhandlungen über die Zustimmung zum Fahrverbot immer wieder einmal das Thema Nordstring bringen, dann möchte ich Ihnen eines sagen: Zu diesem Thema, das ja von der CDU auch befördert und begrüßt wird, hat der Verkehrsminister in einer der letzten Debatten hier im Landtag gesagt – Sie waren dabei, Sie müssten es auch gehört haben –: „Wir brauchen, um diese Probleme zu lösen, wirkliche Lösungen, keine Scheinlösungen. Da können Sie als Opposition jetzt herumpolemisieren und als Lösung z. B. den Nordstring fordern. Das ist aber keine Lösung.“

Das heißt, dieser Verkehrsminister sagt Ihnen offensichtlich Dinge zu, die einzuhalten er überhaupt nicht bereit ist.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Herr Stoch, Sie lassen ja nicht einmal eine Frage zu!)

Dieser Verkehrsminister will Fahrverbote nicht als Mittel zum Zweck. Dieser Verkehrsminister will Fahrverbote, weil sie das Ziel seiner Politik sind.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD – Abg. Felix Schreiner CDU: Wo ist denn jetzt Ihre Lösung?)

Ich halte es für sehr zynisch, wenn dann der Verkehrsminister und das Verkehrsministerium den Menschen in diesem Land gute Ratschläge geben, wenn der Minister z. B. den Menschen, die solche Fahrzeuge besitzen, hier in Stuttgart und in der Region empfiehlt, diese Fahrzeuge doch dann nach Nordbaden oder nach Südwürttemberg zu verkaufen. Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, wer mit den Problemen und den Sorgen der Menschen in dieser Weise zynisch umgeht, der arbeitet an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Diese Debatte über Verbote wurde zu einem Zeitpunkt angestoßen, und es wurde mit dieser Keule der Fahrverbote beglückt, als noch gar nicht endgültig geprüft worden war, ob z. B. die Nachrüstung dieser Fahrzeuge möglich ist. Ich halte es für richtig, dass wir in der Debatte um mögliche Alter-

(Andreas Stoch)

nativen auch die Nachrüstoption in den Blick nehmen, dass nämlich Menschen, die ein Fahrzeug teilweise erst vor zwei, drei Jahren mit viel Geld gekauft haben, die Möglichkeit haben, dieses Fahrzeug auch nachrüsten zu lassen.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Das machen wir auch!)

Das ist ein weit geringerer Eingriff in die Rechte der Menschen als die Verhängung von Fahrverboten. Aber die sind ja für den Verkehrsminister nicht Mittel zum Zweck, sondern Ziel seiner Politik.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Felix Schreiner CDU: Die Rede ist von vorgestern!)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, was in dieser Debatte um Fahrverbote in Stuttgart bisher viel zu wenig berücksichtigt wurde, sind doch die Auswirkungen dieses Geredes über Fahrverbote auf viele Hunderttausend Arbeitsplätze in Baden-Württemberg.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was habt ihr denn fünf Jahre lang gemacht?)

Es gibt in Baden-Württemberg in vielen Automobilfirmen sowie in kleinen und mittelständischen Firmen eine hohe Abhängigkeit von der Pkw-Produktion, und zwar sowohl im Hinblick auf die Verbrennungsmotoren als auch im Hinblick auf die im Moment stattfindende Transformation auf andere Antriebskonzepte.

Es ist aber doch eine Scheinlösung, wenn Sie so tun, als ob bereits ab 2018 die Welt eine andere wäre. Die Verbrennungsmotoren spielen für Baden-Württemberg, gerade wenn es um industriepolitische Fragen und dort um Hunderttausende von Arbeitsplätzen geht, nach wie vor eine bedeutende Rolle. Wer jetzt fahrlässig Fahrverbote fordert, ohne deren Konsequenzen zu bedenken, der vergisst Hunderttausende von Arbeitsplätzen und damit das Schicksal von vielen Menschen in diesem Land, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Wir, die SPD-Fraktion, haben in den letzten Wochen und Monaten viele Gespräche geführt, gerade mit der Beschäftigten-seite.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Habt ihr Lösungen?)

Frau Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut, Sie haben am Montag eine erste Runde mit der Automobilindustrie gehabt. Wir führen solche Gespräche schon lange.

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD – Weitere Zurufe)

Denn die Konsequenz dieses Geredes und auch des Handelns dieser Landesregierung ist, dass bereits heute die Absatzzahlen für Dieselfahrzeuge sinken. Das heißt, bereits jetzt resultieren wirtschaftlich negative Konsequenzen aus dem Reden und Handeln dieser Landesregierung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Felix Schreiner CDU: Fünf Jahre nichts gemacht! – Weitere Zurufe)

Wir brauchen einen gewissen Zeitraum, um diesen Transformationsprozess mit den Menschen – das sind die Nutzerinnen und Nutzer der Fahrzeuge, aber auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – schaffen zu können. Wenn Sie hier durch Fahrverbote vorzeitig wie mit einer Guillotine eingreifen, dann haben Sie das riesengroße Problem, dass viele dieser Arbeitsplätze verloren zu gehen drohen. Deswegen ist es auch kein Wunder, wenn der Aufsichtsratschef von Bosch, Herr Fehrenbach, oder auch Daimler-Chef Zetsche deutlich machen, dass das, was von der Landesregierung zum Thema Fahrverbote gesagt wird, industriepolitisch höchst gefährlich ist. Und dass die CDU da einfach apathisch mittrabt, das zeugt davon, dass Sie keine hohe wirtschaftspolitische Kompetenz haben, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Stoch, warten Sie bitte. Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Andreas Stoch SPD: Nein, ich möchte in meinen Ausführungen fortfahren.

Präsidentin Muhterem Aras: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Stoch hat gesagt, dass er keine Zwischenfragen zulässt.

(Oh-Rufe)

Deshalb brauchen Sie sich auch nicht zu melden. – Fahren Sie bitte fort, Herr Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Deswegen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, glaube ich, dass wir den Sorgen der Menschen hier in Stuttgart und im Land Baden-Württemberg nur dann gerecht werden, wenn wir nach wirklichen Lösungen suchen, wenn wir nicht Debatten über Schwarz-Weiß-Lösungen wie Fahrverbote führen. Denn wenn wir diese Debatten in dieser Weise führen, wie sie der Verkehrsminister bisher geführt hat, dann haben wir negative Folgen für Baden-Württemberg, für die Mobilität der Menschen in diesem Land.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Mobilität darf nicht zur sozialen Frage werden. Ich weiß, dass es für die Grünen keine Rolle spielt, ob Menschen mobil sind.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ach, so ein Quatsch!)

Aber nicht jeder Mensch hat 20 000 € auf dem Konto, wie das vielleicht in einer grünen Welt angenommen wird, um ein neues Fahrzeug kaufen zu können, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Deswegen braucht dieses Land eine Landesregierung,

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

die in der Lage ist – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Ich darf um etwas Ruhe bitten. Herr Kollege Walter, das gilt auch für Sie.

(Abg. Sascha Binder SPD: Er wollte zeigen, dass er auch einmal hier ist! – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD: Ist doch schön! – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Abg. Andreas Stoch SPD: Das Land braucht eine Landesregierung, die in der Lage ist, heute die richtigen industrie- und wirtschaftspolitischen Weichenstellungen zu treffen, um Baden-Württemberg – gerade auch, was die Themen Fahrzeugbau und Automobilindustrie angeht – in der Erfolgsspur zu halten. Wer aber wie Verkehrsminister Hermann in seiner grünen Verbotsideologie die Ächtung des Individualverkehrs und damit der Pkws betreibt,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: „Die Ächtung“! Das glaubt ihr ja selbst nicht!)

der sägt an dem Ast, auf dem wir alle sitzen und der in den vergangenen Jahrzehnten einer der Garanten für den wirtschaftlichen Erfolg dieses Landes war.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Großer Beifall von der AfD!)

Präsidentin Muhterem Aras: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte einen Hinweis geben. Da ich verschiedentlich aufgeklappte Laptops und Ähnliches – auch auf der Regierungsbank – sehe, möchte ich daran erinnern, dass wir die Regelung haben, dass das nicht geht. Ich bitte Sie, von der Benutzung dieser Geräte abzusehen. Das gilt auch für die Regierungsbank. – Danke schön.

Jetzt erteile ich für die Fraktion GRÜNE das Wort – –

(Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Regeln haben wir im Präsidium gemeinsam beschlossen. Sie gelten für alle. Wenn Sie eine Änderung wollen, muss diese im Präsidium beschlossen werden.

Jetzt erteile ich für die Fraktion GRÜNE das Wort Herrn Abg. Renkonen.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sprachlos ob der Worte der SPD-Opposition. Sie sind wirklich endgültig im verkehrspolitischen Steinzeitalter angekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: So ist es! Keine Lösungen!)

Erst hat die SPD den Strukturwandel in der Kohleindustrie verpasst und jetzt auch noch in der Automobilindustrie. Und dann blasen Sie hier die Backen auf.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Radfahrerschnellwege! Zukunftsfähig!)

Schauen Sie einmal nach Nordrhein-Westfalen, was da läuft. Die SPD blockiert die Energiewende und hält an der Kohle fest. Jetzt blockieren Sie die Verkehrswende und blasen hier die Backen auf, kritisieren die Landesregierung, haben aber keinen einzigen Vorschlag gebracht, wie Sie es besser machen wollen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf von der CDU: Genau! Keinen einzigen Vorschlag! – Abg. Andreas Stoch SPD: Sie hören nicht zu!)

Das ist wirklich ein bisschen billig. So einfach kommen Sie heute Mittag hier nicht davon, das sage ich Ihnen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: So ist's recht!)

Sie spielen mit der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in Stuttgart und anderswo, die von diesen Abgasbelastungen betroffen sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf von den Grünen: So ist es! – Oh-Rufe von der AfD – Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist doch eine Unverschämtheit!)

Bundesweit, Herr Stoch, sind im Jahr 2013 an den Folgen einer zu hohen Stickoxidbelastung 84 000 Menschen gestorben.

(Oh-Rufe von der AfD)

Da ist Schluss mit lustig; da kann man nicht mit solchen Parolen kommen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Welche Parolen? – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Jetzt aber zur Sache. Die grün-schwarze Landesregierung hat sich sehr gut überlegt, was sie mit diesem Konzept der blauen Plakette verfolgt. Sie hat das wissenschaftlich unterlegt durch eine Wirkungsanalyse. Wir haben sehr viele Maßnahmen durchgespielt und geprüft, was die Emissionsbelastung letzten Endes um 20 % reduziert. Nur darum geht es. Das ist EU-Recht; die EU hat uns Vorgaben gemacht, dass wir die Belastungen unter die Grenzwerte drücken müssen. Da müssen wir, muss die Landesregierung, handeln und können kein Oppositionsgeschwätz veranstalten.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Nicole Razavi CDU)

Wir haben uns ganz bewusst für die blaue Plakette entschieden,

(Abg. Anton Baron AfD: Die bringt's gar nicht! Genauso wenig wie diese Umweltzonen! So ein Quatsch!)

weil diese blaue Plakette auch in anderen Städten, die von erhöhten Stickoxid- und Feinstaubwerten betroffen sind – nicht nur in Stuttgart –, eingeführt werden kann. Das ist eben kein Fahrverbot, wie Sie es darstellen,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Hä?)

sondern wir haben ein temporäres Fahrverbot für besonders schmutzige Fahrzeuge

(Abg. Martin Rivoir SPD: Euro 5! Sie machen gerade so weiter! – Abg. Andreas Stoch SPD: Euro 5! – Unruhe bei der SPD)

(Daniel Renkonen)

bis Euro 5. Das kann ich Ihnen wissenschaftlich erklären.

(Anhaltende Unruhe bei der SPD – Glocke der Präsidentin)

Dann müssen Sie einmal die Studie der Hochschule Heilbronn lesen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Diesel-Mobbing!)

Darin steht, dass Euro 6 um 50 % weniger Emissionen ausstößt als Euro 5.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist ja der Wahnsinn!)

Das ist ein enormer Sprung, ein Quantensprung. Deshalb haben wir uns dafür entschieden, diese Technologie – Euro 6 – einzuführen bzw. zuzulassen.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist der Wahnsinn!)

Da kann man nicht von einem pauschalen Fahrverbot reden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Wissenschaft hat die Landesregierung also in ihrem Konzept bestärkt. Jetzt ist die Bundesregierung am Zug, sprich auch die SPD. Sie wehren sich dagegen, sagen aber nicht, was Sie machen wollen. Darauf wartet der Richter nicht. Der Richter entscheidet jetzt, und er will sehen, dass wir diese Schadstoffbelastung aus Stickoxiden und Feinstäuben um 20 % reduzieren.

(Abg. Anton Baron AfD: Ich übernachtete nie mehr in Stuttgart!)

Das ist der gerichtliche Vergleich, den wir geschlossen haben.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Da ist es einfach unverantwortlich, sich hier hinzustellen und zu behaupten, wir zerstörten Arbeitsplätze. Ich sage Ihnen einmal etwas anderes: Wir wollen Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen.

(Abg. Anton Baron AfD: Ach du meine Güte! – Abg. Andreas Stoch SPD: Mit Fahrverboten? Dann fragen Sie mal Herrn Zetsche!)

Das nennt man Strukturwandel in Baden-Württemberg – den Sie andernorts verpasst haben.

(Beifall bei den Grünen – Unruhe – Zuruf von der SPD: Dann fragen Sie mal den Gesamtbetriebsrat!)

– Ja. Der Gesamtbetriebsrat hat entschieden, dass die Batteriefabrik nach Untertürkheim kommen soll. Das ist die Entscheidung des Mercedes-Betriebsrats.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Und der will Fahrverbote?)

Der Betriebsrat von Daimler ist schon weiter als Sie.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

So können wir doch nicht weitermachen. Sie betreiben doch eine Politik von vorgestern und verängstigen die Leute.

(Abg. Anton Baron AfD: Radschnellwege sind die Zukunft, die Politik von morgen!)

Im Übrigen haben wir dieses Konzept eingebettet in einen Ausbau des ÖPNV. Wir sagen nicht nur „blaue Plakette“ und „temporäre Fahrverbote“, sondern schaffen auch

(Abg. Anton Baron AfD: Radwege, jawohl!)

Anreize, damit die Menschen den ÖPNV nutzen und eben nicht mit dem alten Stinker nach Stuttgart oder anderswohin fahren.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Euro 5 sind Stinker? Grüne Arroganz! Halbhöhenarroganz!)

Dazu haben wir ein Feinstaubticket eingeführt, das 50 % günstiger ist als das normale ÖPNV-Ticket, um die Menschen zum Umsteigen zu bewegen. Auch das muss doch ein Ziel der Politik sein, verantwortlich und nachhaltig Verkehrspolitik zu betreiben.

(Beifall bei den Grünen)

Abgesehen davon passt die Überschrift, die Sie gewählt haben, wirklich in den „Hohlspiegel“. Den Verkehrsminister so zu beleidigen – ihn als „Bremsklotz“ der Verkehrspolitik in der Landesregierung zu bezeichnen – ist der Sache hier wirklich nicht dienlich.

(Abg. Anton Baron AfD: Die Überschrift ist sehr treffend! Da muss ich der SPD wirklich ausnahmsweise mal zustimmen!)

Im Gegenteil: Winfried Hermann hat die Bremsen in der Verkehrspolitik gelöst

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das ist der Abrieb! Feinstaub!)

und steht für eine nachhaltige Verkehrspolitik.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Bravo!)

Zweites Beispiel: Fahrradschnellwege. Das ist ein Konzept aus dem Hause Hermann. Selbst der Bund, die Koalition aus CDU und SPD, verfolgt dieses Konzept und will 25 Millionen € zur Verfügung stellen. Auch da sind Sie sich offenbar wieder nicht einig mit den Genossen auf Bundesebene; da sollten Sie sich einmal ein bisschen besser abstimmen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Machen Sie lieber die Fahrradwege fertig, die Lücken zu! Kein Geld für Lückenschluss!)

Die sind für Fahrradschnellwege, so wie wir das auch geplant haben, weil Fahrradschnellwege eine Möglichkeit sind, die Pendler zum Umsteigen zu bewegen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe)

(Daniel Renkonen)

Jetzt noch zum Thema Strukturwandel: Die Landesregierung hat mit der Landesagentur für Elektromobilität und Brennstoffzellentechnologie Baden-Württemberg eine Einrichtung geschaffen, die den Strukturwandel in Baden-Württemberg mit gezielten Zuschüssen vorantreiben soll. Dafür haben wir jetzt 8 Millionen € zur Verfügung gestellt, einen Teil über das Wirtschaftsministerium, einen Teil über das Verkehrsministerium.

Das führt dazu, dass wir im ländlichen Raum 2 000 Ladestellen aufbauen können, um nachhaltige Mobilität auch im ländlichen Raum in Baden-Württemberg zu gewährleisten. Dann kann man sich nicht hier hinstellen und sagen, wir hätten kein Konzept, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Jetzt lassen Sie mich – weil Sie ja immer wieder vom Thema ablenken mit dem angeblichen Verlust von Arbeitsplätzen durch Fahrverbote – noch ein Wort zur nachhaltigen Verkehrspolitik in Baden-Württemberg sagen: Wir haben mit dem Zielkonzept 2025 für den Schienenpersonennahverkehr ein Programm präsentiert, wie wir den Bahnverkehr in Baden-Württemberg zusammen mit dem Koalitionspartner CDU ausbauen können.

(Zuruf von der AfD: Da bin ich gespannt!)

2,6 Milliarden € hat das Land Baden-Württemberg aus eigenen Mitteln für Bundesprojekte zur Verfügung gestellt, um den Bahnverkehr auszubauen. Da sind u. a. 530 Millionen € Zuschuss für die Rheintalbahn und der Zuschuss für die Elektrifizierung der Südbahn von Ulm nach Friedrichshafen dabei. Damit machen wir Ernst, wenn es darum geht, Baden-Württemberg auch zu einem Bahnland zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Kollege Renkonen, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Poreski zu?

(Heiterkeit – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das ist nur Ablenkung! – Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist gefährlich!)

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Ich hätte das jetzt aus einer anderen Richtung erwartet, aber bitte, ja.

Präsidentin Muhterem Aras: Bitte.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Thomas, jetzt aber keine Fangfrage stellen!

(Abg. Anton Baron AfD: Ach du meine Güte!)

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Lieber Kollege, finden Sie – ich sage an dieser Stelle ein kollegiales Sie – es nicht auch peinlich, dass der Kollege Stoch keine Zwischenfragen zulässt?

(Heiterkeit – Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin! Das ist legitim! – Weitere Zurufe)

– Ich bin nicht fertig. – Er wirft Ihnen und uns vor, kein Konzept zu haben, gleichzeitig lässt er auch keinen Widerspruch zu, aus dem klar werden könnte, dass wir keineswegs alternativlos auf Fahrverbote setzen, sondern selbstverständlich die Option der Nachrüstung in unserem Konzept enthalten ist,

(Zurufe: Frage! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist grüne Redezeitverlängerung! Künstliche Redezeitverlängerung! – Weitere Zurufe)

die das Verkehrsministerium bereits am ersten Tag eröffnet hat, an dem das Konzept der Plakette vorgestellt wurde.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Poreski, stellen Sie Ihre Frage!

(Zurufe: Frage!)

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Ich habe gefragt: „Finden Sie es nicht auch peinlich, dass ...?“ Vielleicht erinnern Sie sich daran, wenn Sie ein Kurzzeitgedächtnis haben, dass das eine Frage war.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Ich kann nur mutmaßen, Herr Kollege, was da die Ursache ist. Vielleicht hat die SPD keine Antworten auf die aktuellen Fragen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Nicole Razavi CDU: Genau!)

Ich möchte zum Schluss kommen und möchte mich noch einmal bei unserem Verkehrsminister Winfried Hermann für die hervorragende Arbeit für das Land Baden-Württemberg und für die Bürgerinnen und Bürger bedanken. Er hat dazu beigetragen,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

dass Baden-Württemberg zu einem Musterländle für nachhaltige Mobilität geworden ist.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Schütte. Es ist seine erste Rede.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf: Bravo!)

Daher bitte ich Sie um Ruhe und darum, von Zwischenfragen abzusehen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Genau! Keine Zwischenrufe! – Abg. Nicole Razavi CDU zu Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Hau rein!)

Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren von der SPD, nachdem Sie fünf Jahre lang nichts zur Luftreinhaltung unternommen haben,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wer war der Verkehrsmister?)

(Dr. Albrecht Schütte)

nachdem Sie am vorhandenen Straßensanierungsstau nichts geändert haben, bescheren Sie uns heute wenigstens eine Debatte zum Thema Verkehr.

Eines muss man sagen: Sie sind nach wie vor jegliche Lösungsansätze schuldig geblieben. Sie haben keine einzige Idee.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Zum Thema Luftreinhaltung einige inhaltliche Anmerkungen, weil man sie in der Berichterstattung gern vergisst. Es geht um zwei völlig verschiedene Sachen: zum einen die Stickoxide, ein Gas, auf der einen Seite, und zum anderen die Feinstaubpartikel kleiner als 10 µm auf der anderen Seite. Während Stickoxide tatsächlich aus den Auspuffen von Dieselfahrzeugen stammen, trifft das beim Feinstaub überhaupt nicht zu. Nicht einmal 7 % des Feinstaubes kommen aus Autoabgasen; der Rest ist eine Hintergrundbelastung oder stammt von Kaminen und häufig vom Abrieb von Bremsen und Reifen. Das heißt, auch eine vollständige Umstellung auf E-Mobilität würde das Feinstaubproblem in Stuttgart nicht lösen.

Nachdem Sie, meine werten Damen und Herren von der SPD, in den letzten fünf Jahren nichts gemacht haben, lag zu Beginn der Arbeit der neuen Koalition das Vergleichsangebot des Gerichts schon auf dem Tisch. Es gab nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder wir riskieren, dass seitens eines Richters pauschale Fahrverbote verhängt werden, oder wir tun etwas, was Sie nicht tun wollten, nämlich gemeinsam mit dem Verkehrsminister handeln.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf: So ist es!)

Zugegeben, manchen – z. B. von der Grünen Jugend, muss ich jetzt einmal sagen – fällt außer pauschalen Fahrverboten zu diesem Thema tatsächlich nichts ein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der AfD –
Zuruf: Genau!)

Aber in der Koalition arbeiten wir zusammen, denn wir sind es den Menschen, die als Gewerbetreibende oder Anlieger auf ihr Auto angewiesen sind, schuldig, die Eingriffe so gering wie möglich zu halten. Schließlich können es sich die wenigsten leisten, zusätzlich zu einem Auto mit einem geraden Nummernschild auch noch eines mit einem ungeraden Nummernschild zu kaufen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD)

Es geht ja tatsächlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, um relativ hohe Beträge. Es geht um Autos im Wert von z. B. 25 000 €. Darauf spart ein Durchschnittsverdiener jahrelang; es entspricht nämlich seinem Nettoeinkommen eines ganzen Jahres.

(Abg. Sascha Binder SPD: Herzlich willkommen in der Realität!)

– Genau.

Deshalb stehen für uns, die CDU, die Menschen im Mittelpunkt, und natürlich – wir haben das schon gefordert und wer-

den das auch tun – setzen wir uns für eine Prämie für die Nachrüstung zum Erreichen von Euro 6 ein. Das hat verschiedene Vorteile. Zum einen belastet es die Bürgerinnen und Bürger wesentlich weniger stark, wenn man umrüstet, und zum anderen modernisieren wir durch die Umrüstungen den Fahrzeugpark. Wir bringen damit die Industrie voran und kommen mit dem Fahrzeugpark auf Standards, die demnächst auch in anderen Städten notwendig sein werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Natürlich sind wir überzeugt, dass die Ideen zur Nachrüstung vor allem in Baden-Württemberg erfunden werden; denn wenn nicht wir in Baden-Württemberg als dem Land der Tüftler das tun, wer dann kann solche Umrüstungsfähigkeiten entwickeln?

Noch ein Wort dazu: Wir brauchen – das wissen wir alle genau – die Dieselsechologie auch noch in den nächsten Jahren, um die Klimaschutzziele, die zu Recht ambitioniert sind, überhaupt erreichen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Übrigens: Um innovative Lösungen geht es bei der Feinstaubproblematik grundsätzlich. Out of the box, wie es so schön neudeutsch heißt. Ich möchte hier zunächst einmal auf die lange verlassenen Ideen, Mooswände aufzustellen oder eine intensive Straßenreinigung vorzunehmen, erinnern.

(Heiterkeit)

– Alle lachen.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Nein, nicht alle!)

Fünf vor zwölf hat die Stadt Stuttgart dieser Idee plötzlich eine Chance gegeben, und siehe da, im März hat an neun von 13 Tagen mit Feinstaubwarnung nachher keine Feinstaubgrenzwertüberschreitung stattgefunden.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das heißt, diese Maßnahmen – Sie mögen darüber lachen – wirken, und sie verhindern, dass wir an solchen Tagen Fahrverbote aussprechen müssen. Insofern müssen wir genau das weiterverfolgen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ich darf an dieser Stelle klar sagen: Der Verkehrsminister hat einen Vorschlag vorgelegt, den wir nach einigen Nachbesserungen – so ist es in einer Koalition – für einen tragfähigen und verhältnismäßigen Kompromiss halten. Zunächst einmal wurde an diesen Tagen die Komfortkaminnutzung verboten und nicht der Autoverkehr. Zudem hat die CDU Wert darauf gelegt, dass es, sollte die Zufahrt in den Stuttgarter Kessel an einzelnen Tagen tatsächlich eingeschränkt werden, natürlich für Handwerker, Lieferanten, Baustellenfahrzeuge und soziale Härtefälle auch Ausnahmen gibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Nicole Razavi CDU: Hört!)

(Dr. Albrecht Schütte)

Auch bei der weiteren detaillierten Ausgestaltung des Luftreinhaltplans werden wir darauf achten, Einschränkungen für die Menschen so gering wie möglich zu halten und trotzdem gleichzeitig die Gesundheit der Anwohner zu schützen. Es geht nämlich darum, mit innovativen Ideen zwei Sachen gleichzeitig zu erreichen. Wir können nicht einerseits sagen: „Wir schädigen die Gesundheit der Anwohner“ und andererseits sagen: „Wir lassen keine Autos mehr fahren.“ Wir brauchen die verschiedenen Ideen.

Im Gegensatz zu Ihnen von der SPD, Herr Stoch, die Sie nur sagen: „Man braucht Ideen“, haben wir diese Ideen eben auch und setzen sie um.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Felix Schreiner CDU: So ist es!)

Zur Verbesserung der Situation gehören auch langfristig wirkende Infrastrukturmaßnahmen. Da kann man es natürlich machen wie Sie: Man macht fünf Jahre lang nichts, und im Anschluss sagt man: „Na ja, jetzt ist aber die Zeit zu knapp; solche Maßnahmen wirken gar nicht mehr.“

Deshalb fangen wir heute gemeinsam mit dem Koalitionspartner an, Maßnahmen zu ergreifen. Da gehört es natürlich dazu, Möglichkeiten zu finden, die 20 % des Individualverkehrs, die nur an Stuttgart vorbei wollen, auch an Stuttgart vorbei zu lenken.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Nordostring!)

Dazu gehören eine nachhaltige Verbesserung des Schienennetzes und des öffentlichen Personennahverkehrs insgesamt,

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Sanierung und Unterhalt der Schieneninfrastruktur, Ergänzungen im Schienennetz wie z. B. eine zusätzliche Verbindung zwischen Bad Cannstatt und Mitnachtstraße,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Steigerung der Leistungsfähigkeit der S-Bahn-Stammstrecke mit dem Zugbeeinflussungssystem ETCS. All das hätten Sie wenigstens erwähnen können, wenn Sie schon in den letzten fünf Jahren nichts dazu gemacht haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ich erlaube mir, hier hinzuzufügen: Wir können uns auch überlegen, ob man nicht Park-and-ride-Parkplätze deutlich besser auslasten kann, ob man gegebenenfalls auch neue nutzt und – die Digitalisierung macht es möglich – ob man den Übergang zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln massiv erleichtert. Dazu muss man auch nicht für jeden einzelnen Park-and-ride-Parkplatz einen Business Case aufstellen. Denn 3 Millionen € für Elektrofahrzeuge sind in diesem Sinn kein positives wirtschaftliches Geschäft. Wir müssen vielmehr schauen, dass der Individualverkehr reduziert wird, ohne dass wir Fahrverbote aussprechen müssen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut!)

Sie sehen – vielleicht zu Ihrer Überraschung, liebe Kolleginnen und Kollegen –: Die Zusammenarbeit mit Winfried Her-

mann funktioniert sehr gut – manchmal vielleicht auch zu unserer Überraschung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen
– Vereinzelt Heiterkeit)

Aber eine Koalition ist ein Kompromiss, und wir arbeiten innerhalb dieses Kompromisses zielgerichtet an Lösungen.

Schauen wir einmal grundsätzlich auf die Verkehrspolitik. Kaum ist die SPD nicht mehr an der Regierung, gibt es die Zuschüsse für den Ersatz von Schienenfahrzeugen. Die Mittel für Straßensanierung und die Planung für Bundesfernstraßen sind höher, als Sie es selbst im Wahljahr hinbekommen haben.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

– Sie können den Kopf schütteln. Es war doch Ihr Finanzminister, der es blockiert hat. Jetzt sieht es halt anders aus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Felix Schreiner CDU: Da läuft es! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Wir haben gehört: Es gibt zusätzliche Ladesäulen, wir stellen 5 Millionen € mehr für Busse bereit, wir machen so viel, dass die Zeit hier gar nicht reicht, das alles aufzuzählen.

(Heiterkeit des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Ich möchte zu dem, was alles passiert, trotzdem sagen – um das einmal ganz klar zu machen –: Der Bremsklotz ist sicherlich nicht Winfried Hermann, sondern von 2011 bis 2016 haben Sie die Sachen blockiert.

(Lachen bei der SPD)

Deshalb stehen Sie jetzt da, wo Sie hingehören, nämlich auf dem politischen Abstellgleis.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Thomas Blenke CDU: Bravo!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Gögel das Wort.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Jetzt wird es schwierig!)

Abg. Bernd Gögel AfD: Ich wüsste nicht, warum es schwierig werden sollte. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich der SPD ein Kompliment aussprechen, nämlich für den Titel dieser Aktuellen Debatte.

(Beifall bei der AfD – Oh-Rufe von der CDU zur SPD – Unruhe)

Ganz ehrlich, meine Damen und Herren: Schmissiger und populistischer hat in diesem Haus noch nie jemand diese Misere formuliert. Dazu herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Allerdings haben Sie im Titel dieser Aktuellen Debatte ein Wort zu viel. Sie hätten eigentlich das Wort „Verkehrsminis-

(Bernd Gögel)

ter“ weglassen können. Denn im Prinzip sind es die Grünen, die den Bremsklotz für die Zukunft unseres Landes darstellen.

(Beifall bei der AfD)

Doch jetzt „Haltet den Dieb!“ zu schreien, liebe Kollegen von der SPD, ist natürlich etwas verwegen. Denn in den letzten fünf Jahren haben Sie in diesem Land Regierungsmitverantwortung getragen und tragen deshalb in hohem Maß Mitverantwortung für falsche Weichenstellungen.

Was ist insgesamt schiefgegangen? Grüne Regierungen wollten und wollen das Verkehrsgewerbe ausgehend von einer Idee nachhaltiger Lebensweise ökologisieren. Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ist selbstverständlich unabdingbar. Wir von der AfD unterstützen jede Aktion, jedes Unternehmen in diese Richtung.

Sie hingegen haben ideologische Götzen geschaffen. Die Lebens- und Wirtschaftsweise eines Technologielands ist auf Wachstum ausgerichtet. Die Infrastruktur muss mit diesem Wachstum Schritt halten können, wenn man Zukunftsfähigkeit und Wohlstand unseres Landes in Zukunft nicht strangulieren will.

(Beifall bei der AfD)

Die Grünen tun aber zweierlei. Erstens möchten sie eine kompromisslose Ökoidylle,

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

die die Rechte anderer Lebewesen vergötzt. Die Vernachlässigung besonders der Straßeninfrastruktur gefährdet aber unsere Wettbewerbsfähigkeit. Auf Ihre Misserfolge im Schienenverkehr komme ich noch zu sprechen.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Sind die Menschen „andere Lebewesen“?)

Doch selbst die idealistische Illusion einer Wirtschaftsform, die keinem Lebewesen wehtut, ist bei Ihnen vor allem zu einem Vehikel für beinharte, unduldsame, linke Ideologie gekommen.

(Beifall bei der AfD)

Zweitens haben die Grünen die Natur als Ersatzreligion missbraucht.

(Zuruf von der AfD: Sehr gut! – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Wir haben was? – Gegenruf von der AfD: Zuhören!)

Sie haben mit Ihrem Klimagötzen einen monströsen, unduldsamen Superimperativ der vermeintlichen Weltrettung erzeugt. Diesen benutzen Sie als Feigenblatt für ökosozialistische Ordnungsvorstellungen, für Zwangskollektivismus, der den freiheitlichen Anlagen des Menschen widerspricht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie streben all das an, was wir im Kalten Krieg abgewehrt haben.

(Lachen bei den Grünen – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Was? Sie haben keine Kinder, oder?)

Um im Sinne dieser unfreiheitlichen Ideologie zu herrschen, sind Sie zur Deindustrialisierung eines hoch entwickelten Landes bereit. Sie sind bereit zur leistungsfeindlichen Gleichmacherei. Wenn Sie noch 20 Jahre weitermachen würden, meine Damen und Herren, bekämen wir ein Land wie unter Mao Tse-tung,

(Beifall bei der AfD – Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

– da können Sie Ihren Vorsitzenden gern fragen –, willenlose Heerscharen glücklicher, zur Fronarbeit in globalisierten Fabriken radelnder Proletarier,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Da kann Ihnen Herr Gedeon etwas erzählen!)

untergebracht in tristen städtischen Wohnsilos in besitzloser, bargeldloser, total überwachter, total abhängiger Wirtschaft des Tauschens und Teilens.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Der Redner trinkt aus dem am Rednerpult bereitgestellten Glas. – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was ist denn in dem Glas drin? – Heiterkeit – Unruhe)

– Ich kann es Ihnen noch nicht sagen, ich habe es gerade erst probiert, aber es scheint Wasser zu sein. – Ich bin noch nicht fertig mit Ihren Ideologien. Das, was Sie möchten, sind identitätslose, geschichtslose, urteilsunfähige, in niveaulosen Schulen verdummte, zum täglichen Nachplappern all der monströs leeren Menschheitsziele, die grüne Ideologen ihnen bieten, erzogene Menschen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Es gibt aber auch Positives. Am Wochenende dürfen sie dann auf Fahrradautobahnen ins Grüne, das man als Stätte der Naherholung für die „Arbeitsameisen“ von allen widerspenstigen menschlichen Einwohnern gesäubert und zu einem Windkraftthemenpark gemacht hat. Herzlichen Glückwunsch!

(Lachen – Beifall bei der AfD)

Sie haben Angst vor dem Individuum Mensch. Unterschiede sind für Sie Barrieren, sind Teufelswerk.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Haben Sie Drogen genommen?)

Denn Unterschiede sind zugleich Leistungswille, Wille zur Freiheit, zur Auszeichnung und zur persönlichen Vorstellung von Glück.

(Vereinzelt Beifall)

Sie pflegen, uns diese Macht als Notwendigkeit zur Weltrettung auszugeben, der sich der Mensch zu unterwerfen hat.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

(Bernd Gögel)

Daraus ergeben sich natürlich logischerweise strukturelle Benachteiligungen aller Aspekte des Verkehrs und der Infrastruktur, die im weitesten Sinn mit individuellem Konsum, mit individuellen, selbstbestimmten Mobilitätswünschen zu tun haben –

(Lachen des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

die von Ihnen als angeblich unnötiger Luxus beargwöhnt werden.

Ihr Angriff auf die Zukunft, Herr Minister Hermann, besteht nicht nur in der Vernachlässigung der Infrastruktur; von der zu langsamen digitalen Infrastruktur will ich gar nicht reden. Sie wissen sehr gut, dass die 70 Millionen € Erstattung an die Kreise für die Unterhaltung der Landesstraßen kaum den geplanten Verfall während Ihrer ersten Amtszeit wiedergutmachen können,

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: „Geplanter Verfall“?)

und Sie wissen auch, dass in Baden-Württemberg über 60 % aller Brücken sanierungsbedürftig sind, wobei die Klassifizierung noch entschärft wurde. Sie wissen ferner, dass wir bei der Straßeninfrastruktur einen Sanierungsstau in Milliardenhöhe haben, und Sie wissen auch, dass die Planung von Fahrradautobahnen – angeblich, um Pendlerströme anzuziehen – ein Offenbarungseid und de facto Bestandteil einer kühl in Kauf genommenen Deindustrialisierung ist.

(Lachen des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Sie haben von der Substanz gelebt und diese heruntergewirtschaftet, und Sie verkaufen uns dies nun als ökologischen und moralischen Fortschritt.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Weil er das ist!)

Das Stuttgarter Feinstaubproblem haben Sie in purem Unverständnis zu einem ideologischen Krieg gegen den Dieselmotor missbraucht

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

und haben unserer heimischen Industrie immensen Schaden zugefügt.

(Beifall bei der AfD)

Dann erfahren wir noch, dass die Deutsche Umwelthilfe – eine dieser neuen, unduldsamen NGOs –, die die deutschen Städte und die Hersteller von Dieselfahrzeugen verklagt und damit Ihnen die Bälle vorlegt, von der EU einen Kampagnenzuschuss von über 520 000 € erhalten hat.

(Abg. Anton Baron AfD: So absurd!)

Sie finanzieren Ihre eigene Bestrafung selbst aus unseren Steuergeldern. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der AfD)

Zur Eisenbahn: Bei all Ihren Flirts mit privaten Eisenbahndienstleistern ist das Verhältnis zum größten Partner im Be-

förderungsgewerbe, der bundeseigenen DB, heute zerrüttet. Bei der Realisierung von Stuttgart 21 hat man Sie, liebe grüne Landesregierung, politisch vergewaltigt, und das haben Sie nicht vergessen. Deshalb verschließen Sie sich auch ökonomisch sinnvollen Ergänzungen. Ihre ideologisch motivierte Deckelung des Landeszuschusses für S 21 auf 950 Millionen €

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: So gehen Sie mit Steuergeldern um! – Abg. Anton Baron AfD: Wendlinger Kurve! – Weitere Zurufe)

verhindert sinnvolle Investitionen in die Schiene, etwa im Bereich Wendlinger Kurve oder bei der Gäubahn

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es! Die Kosten werden doppelt kommen!)

und bei einigen anderen Verkehrsinfrastrukturthemen im Schienenbereich.

Bei der Gäubahn erlebt dieses Parlament ein Verwirrspiel um die Neigetchnik. Aus der von der Landesregierung selbst in Auftrag gegebenen Gäubahnstudie

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Hört, hört! Wer hat sie gemacht? Wer hat sie bestellt?)

erfahren wir, dass die vollständige Erfüllung des Verkehrsvertrags von Lugano 2 Milliarden € kostet. Punkt. Zeitgleich erfahren wir von den Schweizerischen Bundesbahnen, dass die Schweizer Neigezüge bis 2030 definitiv verplant sind und keine neuen Züge angeschafft werden. Was aber wird am 30. März in der „Stuttgarter Zeitung“ lanciert? Jetzt soll angeblich das Schweizer Bundesamt für Verkehr Druck in Richtung Einsatz von Neigetchnikzügen auf der Gäubahn ausgeübt haben. Es soll sogar Neigetchnikzüge für die Gäubahn angeboten haben. Was stimmt nun, Herr Minister?

Herr Minister Hermann, die SPD hat der Aktuellen Debatte einen pikanten Titel gegeben. Tatsächlich müssen Sie sich die Frage gefallen lassen: Sind Sie der Weichensteller, als der Sie sich gern sehen, sind Sie Bremsklotz, oder sind Sie gar der Prellbock, an dem unsere Verkehrsinfrastruktur zum Erliegen kommt?

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die SPD diese Aktuelle Debatte zum baden-württembergischen Verkehrsminister beantragt, dann macht dies die Fraktion, die, denke ich, bei diesem Thema über die größte Erfahrung aus den letzten Jahren verfügt. Denn Sie mussten in der Verkehrspolitik auch die letzten fünf Jahre mit diesem Verkehrsminister zubringen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Insofern, denke ich, kann die SPD zu diesem Thema aus eigener Erfahrung berichten und ist dies insofern sehr nachhaltig.

(Jochen Haußmann)

Lieber Herr Dr. Schütte, Sie waren in der letzten Legislatur noch nicht im Landtag.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Die Gnade der späten Geburt!)

Sie müssten vielleicht einfach einmal mit Ihrer Kollegin Razavi sprechen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Nicole Razavi CDU: Machen wir oft! – Zuruf des Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU)

Ich denke, dass sie eine andere Meinung hat, wenn Sie sagen: „Der Bremsklotz war die SPD.“ Ich habe die Kollegin Razavi hier erlebt

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und wie!)

und hatte einen ganz anderen Eindruck. Denn sie war die größte Kritikerin dieses Verkehrsministers.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Und der SPD!)

Inzwischen hört man davon leider nichts mehr.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Ich darf Ihnen aber einfach noch einige wenige Punkte aus der letzten Legislaturperiode in Erinnerung rufen. Das Jahr 2011 war bei Verkehrsminister Hermann durch den Kampf gegen Stuttgart 21 belegt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Und 2012!)

Im Jahr 2012 gab es die Initiative mit dem Ziel einer Citymaut in Stuttgart. OB Kuhn hat ihn dann wieder zurückgepiffen. Kurz darauf gab es die Initiative, eigene Abgasmessungen an Fahrzeugen durchzuführen.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Geschichtsstunde!)

Leider ist ihm die Verkehrsministerkonferenz nicht gefolgt, sodass auch diese Initiative inzwischen wieder beerdigt wurde. 2013 und übrigens auch 2016 sind Millionen an Straßenbaumitteln für Straßen in Baden-Württemberg verloren gegangen, weil man sie nicht abgerufen hat.

Über vier Jahre lang hat der Verkehrsminister mit allen Möglichkeiten versucht, den Feldversuch der Lang-Lkws in Baden-Württemberg zu unterbinden. Es war dann der Ministerpräsident, der nach einem Gespräch bei Daimler

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Er weiß halt, was Ökobilanz ist!)

den Verkehrsminister bewegt hat, einzulenken und dieses ökologisch sinnvolle Projekt umzusetzen. Vier Jahre hat Baden-Württemberg an diesem sinnvollen Versuch nicht teilgenommen. Bis heute gäbe es sinnvolle Strecken, die auch mit kombiniertem Verkehr verknüpft sind. Wer hat das unterbunden? Verkehrsminister Hermann.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Zuruf des Ministers Winfried Hermann)

– Herr Hermann, man darf von der Regierungsbank aus keine Zwischenrufe machen.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es ist aber nicht Ihre Aufgabe, das zu sagen!)

Aber es zeigt sich, ich liege auf der richtigen Spur. Ich bin aber noch nicht ganz durch.

14. April 2015, „Reutlinger General-Anzeiger“, Interview mit Verkehrsminister Hermann – ich zitiere ihn –:

Wahr ist aber auch, dass sich durch das autonome Fahren das Auto den öffentlichen Verkehrsmitteln wie Bus und Bahn annähert. Deswegen werden sich in Zukunft rational denkende Menschen kein Auto mehr kaufen müssen.

(Minister Winfried Hermann: „Müssen“!)

In den Hinweisen zum Thema Fahrverbot stand dann auch noch einmal: Wer weniger als 10 000 km pro Jahr fährt, braucht sich eigentlich gar kein Auto mehr zu kaufen.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Super!)

Am letzten Montag war der Spatenstich zu dem größten ÖPP-Projekt in Baden-Württemberg, dem Ausbau der A 6 Wiesloch/Rauenberg bis zum Autobahnkreuz Weinsberg. Ich zitiere Verkehrsminister Hermann aus der betreffenden Pressemitteilung:

Wenn der Ausbau schon über ein ÖPP-Modell läuft, müssen die Unternehmen jetzt zeigen, dass sie es schnell und im Kostenrahmen umsetzen können.

Da frage ich mich, Herr Verkehrsminister: Wenn wir andere Projekte machen, müssen das die Unternehmen dann nicht schnell und nicht im Kostenrahmen machen? Ich habe nicht verstanden, wie Sie das gemeint haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Zuruf des Ministers Winfried Hermann)

Ein Antrag der FDP/DVP zum Thema Kostenplanabweichung aus der letzten Legislaturperiode und die Hinweise des Landesrechnungshofs sollten uns Anlass genug sein, dieses Thema bei allen Projekten anzusetzen und nicht nur bei ÖPP-Projekten, wie Sie es hier formuliert haben.

In diesem Jahr feiern wir „200 Jahre Fahrrad in Baden-Württemberg“. Wir alle wollen den Radverkehr voranbringen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ehrlich? – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Hört, hört!)

Ich habe nur manchmal den Eindruck, dass außer Radverkehr kein anderes Thema im Verkehrsministerium mit dieser Priorität behandelt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Das ist doch Unsinn!)

Manchmal schießt man da über das Ziel hinaus.

(Jochen Haußmann)

Dieser Tage wurde vom Verkehrsministerium das Gutachten zur Helmpflicht veröffentlicht.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Nein, nicht zur Helmpflicht! Zur Helmwirkung!)

Es kostete 220 000 €, lieber Herr Katzenstein, und brachte zum einen die beeindruckende Erkenntnis, dass sich die Gefahr von Kopfverletzungen deutlich reduziert, wenn man einen Fahrradhelm trägt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Völlig neu!)

Zweite Erkenntnis: Das Thema Helmpflicht ist Bundesrecht und nicht Landesrecht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auch neu!)

Dafür geben Sie 220 000 € für 371 Seiten aus. Eine derartige Steuerverschwendung habe ich hier in Baden-Württemberg schon lange nicht mehr gesehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Falsch! Das ist die erste Studie, die alles untersucht hat!)

Am 27. Februar 1892 hat Rudolf Diesel das Patent zum Diesel angemeldet. Ich finde es schon richtig, dass man „200 Jahre Radverkehr“ feiert. Aber man hätte im Automobilland Baden-Württemberg anlässlich dieses 125-Jahr-Jubiläums durchaus auch einmal etwas zum Thema „Moderne Dieseltechnologie“ machen können.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Dazu hört man aus dem Verkehrsministerium nichts;

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Das kommt doch noch! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Fahrverbot!)

da ist Schweigen im Walde.

Der Diesel wird verboten, und erst hinterher macht man sich Gedanken über die Folgen. So kann doch die Verkehrspolitik in Baden-Württemberg nicht aussehen.

(Beifall bei der FDP/DVP, Abgeordneten der AfD sowie der Abg. Dr. Stefan Fust-Blei und Andreas Stoch SPD – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Gern, ja.

Präsidentin Muhterem Aras: Bitte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Vielen Dank. – Sie haben auf ein sehr interessantes Gutachten hingewiesen. Könnten Sie uns sagen, wer dieses Gutachten erstellt hat, wer von den mehreren Hunderttausend Euro profitiert hat?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Herr Kollege Dr. Fiechtner, das Gutachten hat eine Berliner Agentur bearbeitet. Auf der ersten Seite stehen fünf Bearbeiter.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Wissenschaftler! Vorsicht!)

Es ist von einer Berliner Agentur erstellt worden,

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Institut!)

soweit mir dies bekannt ist.

Aber ich gehe mal davon aus, dass dieses Gutachten sowieso jetzt im Archiv des Verkehrsministeriums verschwindet. Denn diese Analysen sind derart verkorkst, dass man das Gutachten, denke ich, am besten schnell wieder in die Ablage legt.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Dieses Geld hätte man besser verwenden können, beispielsweise für die Jugendverkehrsschulen der Landesverkehrswacht. Denn im Vergleich aller Bundesländer erhalten die baden-württembergischen Jugendverkehrsschulen die niedrigste Förderung. Da hätte man echte Radverkehrspolitik für Jugendliche machen können.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Stattdessen versenken wir dieses Geld in Gutachten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Sie erlassen das Fahrverbot. – Lieber Kollege Renkonen, wenn Sie sagen, dass es da deutliche Unterschiede gebe, weise ich auf die Stellungnahme zu einem Antrag der FDP/DVP aus dem Jahr 2015 hin. Der Verkehrsminister bestätigt darin, dass es bezogen auf den Feinstaub zwischen dem Euro-5-Diesel und dem Euro-6-Diesel keinen Unterschied gibt. Dennoch erlassen Sie jetzt die Fahrverbote.

Ich habe noch nicht verstanden – das frage ich auch Sie, liebe Kollegen von der CDU –: Wieso verbieten wir wegen des Feinstaubes den Diesel, obwohl es in Bezug auf die Feinstaubemissionen nachweislich keinen Unterschied zwischen dem Euro-5-Diesel und dem Euro-6-Diesel gibt? Diese Verkehrspolitik müssen Sie mir einmal erklären.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD sowie Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Kollege Haußmann, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Nein.

Präsidentin Muhterem Aras: Keine Zwischenfrage.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ich frage mich, wie lange Ministerpräsident Kretschmann diesem Treiben eigentlich zuschaut. Er geht jetzt wieder zu Daimler, macht Schadensbegrenzung gegenüber dem, was der Verkehrsminister macht. Ich frage mich, wie lange Ministerpräsident Kretschmann da eigentlich noch zuschaut. Denn diese Verkehrspolitik für Baden-Württemberg ist ein Rückschritt ins Mittelalter. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Unsinn!)

(Jochen Haußmann)

Dieser Tage hat Joschka Fischer dem „Magazin Wirtschaft“ der IHK Region Stuttgart ein Interview gegeben. Er wurde auch zur grünen Politik gefragt. Ich zitiere:

Und für die Wirtschaft sind die Grünen nun auch nicht mehr gleichbedeutend mit Dschingis Khan.

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Ich maße mir nicht an, zu urteilen und einen Vergleich zwischen den Grünen und dem mongolischen Führer aus dem 13. Jahrhundert zu ziehen. Ich habe aber manchmal den Eindruck, dass zumindest der Verkehrsminister alles dafür tut, dass wir die Mobilität des 13. Jahrhunderts erreichen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: FDP-Vorschläge: Fehlanzeige!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Hermann das Wort.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mich bei der Opposition für die charmante Beschimpfung bedanken.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich habe selten so viel Text gehört, der nichts mit der Realität zu tun hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Man hat es Ihnen angesehen! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Lieber Andi Stoch, inzwischen lächelst du ja wieder, aber nach deiner Rede musstest du dir den Schaum vom Mund putzen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Was?)

– Ja. Das war eine aggressive, ideologisch aufgeladene und undifferenzierte Rede. Genau das, was du als Kultusminister immer verlangt hast – differenzierte Argumentation –, hast du im Verkehrsbereich überhaupt nicht eingehalten: schwarzes kleines Chaos, schwarz-weiß, sonst nichts.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Es ist nicht wahrgenommen worden, was wir seit Jahren machen, was wir übrigens auch gemeinsam gemacht haben. Das, was von euch zu hören war, war eine Selbstbeschimpfung der letzten Koalition.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber zu Recht!)

Ihr habt einen anspruchsvollen Titel gewählt. Darin heißt es, es gehe um die Zukunft unseres Landes. Doch in deiner Rede kam nichts über die Zukunft. Keine einzige Zukunftsfrage wurde angesprochen,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Natürlich!)

geschweige denn, dass zu irgendeiner Frage eine Antwort gegeben worden wäre.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist ein Teil der Debatte!)

Das ist ja das Peinliche: dass ihr auf nichts eine Antwort gegeben habt.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Eine zentrale Frage – das war der Aufhänger der Debatte – ist: Was tun wir in Stuttgart, um für die Luftreinhaltung zu sorgen und trotzdem Mobilität zu sichern? Das war eigentlich die Frage, doch nur in einem Nebensatz ist davon gesprochen worden, dass es dabei auch irgendwie um die Gesundheit geht. Ja, aber das ist doch die Hauptvoraussetzung, das Hauptproblem in Stuttgart:

(Zuruf von der SPD: Das Hauptproblem ist die CDU!)

dass wir seit zwölf Jahren die europäischen Grenzwerte – die auch deutsche sind – beim Feinstaub nicht einhalten.

(Beifall bei den Grünen)

Das ist doch die Hauptursache: dass seit sieben Jahren bei NO_x die Grenzwerte nicht eingehalten werden. Wir, die Regierung, dürfen nicht zulassen, dass die bestehenden Regeln permanent verletzt werden. Es ist doch eine Selbstverständlichkeit, dass eine Regierung etwas tun muss.

Wir tun seit mehreren Jahren etwas. Mit einem gesamtkonzeptionellen Ansatz gehen wir an das Problem heran. Jetzt höre ich, wir würden nur über Fahrverbote sprechen. Sag mal, warst du in den letzten fünf Jahren blind und taub?

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Zuruf von der SPD: He!)

In der gemeinsamen Koalition haben wir doch den ÖPNV ausgebaut. Wir haben große Schienenprojekte vorangebracht.

(Zuruf: Richtig!)

Wir haben GVFG-Projekte zur Stärkung des ÖPNV in Ballungsräumen umgesetzt und Regionalbusse eingeführt – alles mit eurer Unterstützung. War das kein Gesamtkonzept? War das nur Fahrverbot?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das war es jetzt? – Abg. Reinhold Gall SPD: Wie geht es jetzt weiter?)

Was soll das denn? Das ist doch völlig daneben!

(Beifall bei den Grünen)

Das Einzige, was du gesagt hast, war: „Wir sind im Autoland, und wir müssen den Diesel schützen.“ Ich kann dir sagen: Wir sind im Autoland,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

und dort müssen wir alles tun, um auch in Zukunft Autos zu produzieren, die verkäuflich sind, weil sie der Gesundheit nicht schaden und klimaverträglich sind. Das ist die Herausforderung. Dieses Problem müssen wir lösen.

(Minister Winfried Hermann)

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schade, wenn sich Menschen so entzweien! – Abg. Felix Schreiner CDU: Ende einer Liebesbeziehung!)

Ich sage es noch einmal: Es ist peinlich für eine Partei, die immer Anwalt des kleinen Mannes sein will, wie sie immer sagt. Sie müsste aber auch einmal Anwalt der Kinder sein, die in dieser Luft leben müssen, und nicht nur Anwalt des Altdiesels. Das war wiederum die Rede zum Schutz alter Technik.

(Beifall bei den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Reich-Gutjahr zu?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Nein. Nach so vielen Beschimpfungen darf ich jetzt mal antworten.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das klingt ein bisschen nach Selbstmitleid! – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas Ruhe. Der Redner entscheidet jeweils selbst, ob er Zwischenfragen zulässt oder nicht.

(Zuruf: Genau! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und wenn er es so charmant tut, ist es auch okay!)

Das steht in der Geschäftsordnung. Punkt.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Genau. Sie müssen das Mittagessen also nicht verschieben. Ich werde nicht auf jeden Blödsinn, der gesagt worden ist, reagieren, sondern ich werde mir einige Punkte herausgreifen.

(Unruhe)

Jetzt noch einmal zum Thema Gesundheit: Ihr habt keinen Vorschlag gemacht, wie man den Gerichtsbescheid, dass wir bis 1. Januar 2018 im Bereich der B 14, Neckartor, 20 % weniger Verkehr mit Maßnahmen nachweisen müssen, erfüllen kann. Kein einziger Vorschlag! Daraus ist ja die Notwendigkeit entstanden, dass wir überhaupt an Fahrverbote denken. Ich möchte, bitte schön, daran erinnern: Wenn die Automobilindustrie in den letzten Jahren Autos verkauft hätte, die so sauber wären, wie sie auf dem Papier behauptet haben, würden wir heute nicht über Fahrverbote sprechen müssen. Das ist doch der eigentliche Skandal.

(Beifall bei den Grünen)

Wenn man auf Bundesebene und auf europäischer Ebene nicht schon früher darauf gekommen wäre, dass die Art und Weise, wie die Autos genehmigt werden – wobei auf der Rolle buchstäblich Kunstsituationen geschaffen werden, die nichts mit dem Realverkehr und realen Emissionen zu tun haben –, dann wären wir heute auch schon weiter. Aber auch hier sind große Versäumnisse geschehen, mit denen wir jetzt vonseiten des Landes und der Stadt zu tun haben.

Es geht im Ballungsraum Stuttgart eben einerseits um Gesundheit und andererseits auch um die Sicherstellung von Mobilität,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Richtig!)

und natürlich geht es in Baden-Württemberg darum, dass wir – weil wir alle wissen, dass unsere Prosperität am Verkauf von Automobilen und Zuliefererprodukten hängt – alles tun müssen, damit die Automobilindustrie die beste Technologie liefert und nicht die schlechte, die gesundheitsschädlich ist.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Richtig! – Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt geht es wieder gegen die Autoindustrie!)

Zu Recht weisen der Ministerpräsident und auch ich bei jeder Debatte, in jeder Rede darauf hin, dass nicht die Dieseltechnik als solche schlecht ist, sondern das, was wir in den letzten Jahren verkauft bekommen haben,

(Abg. Anton Baron AfD: So schlecht war das auch nicht, ganz ehrlich!)

und dass wir selbstverständlich mit den modernen Zulieferern und mit den Herstellern in unserem Land in der Lage sind, bessere Dieselfahrzeuge zu liefern, und zwar solche, die weitgehend sauber sind.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt werden auch noch die beschimpft, die Dieselautos mit Euro 5 gekauft haben!)

Dafür kämpfen wir, dafür streiten wir, und dafür machen wir auch Druck. Wir finden auch, dass die baden-württembergische Automobilindustrie da in der Pflicht ist und etwas liefern muss.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Das ist fast eine Bewerbungsrede, Herr Minister!)

Dann kommt immer wieder der Vorwurf, wir würden überhaupt nicht bedenken, dass sich die Leute, die schon ein Auto gekauft hätten, jetzt umstellen müssten. Daran denken wir sehr wohl. Deswegen haben wir mit dem ÖPNV-Pakt den ÖPNV in der Region systematisch entwickelt und ausgebaut, und wir sind noch weiter dabei. Es gibt mehr Linien, es gibt bessere Vertaktungen. Wir bauen das Metropolexpresssystem auf.

(Zuruf von der SPD: Wo? – Abg. Dr. Heinrich Fiechter AfD: Was hat das mit dem Auto zu tun? – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir tun also ziemlich viel, um einen Ausgleich zu schaffen. Ein Element ist auch der Radverkehr.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Herr Haußmann, es ist echt eine billige alte Nummer, immer so zu tun, als würden wir nur von Radverkehr sprechen. Sie sind ja Mitglied des Verkehrsausschusses. Sie schreiben ja auch über andere Themen fast täglich Briefe an das Ministerium. Wir beantworten das alles genauso kompetent wie beim Radverkehr. Also geben Sie doch diese einseitige Beschreibung dieser Politik auf.

Wir haben ein umfassendes Gesamtkonzept, das an der Nachhaltigkeit orientiert ist. Wir sagen ganz klar: Wir wollen Mobilität mit modernster Technologie sichern, auch mit Autos, aber mit modernen Autos, die klima- und umweltfreundlich

(Minister Winfried Hermann)

sind und die in ein vernetztes Mobilitätskonzept eingebettet sind. Das ist unsere Philosophie. – Lieber Andi, das könntest du eigentlich nach fünf Jahren Regierungsbeteiligung hier im Landtag mal zur Kenntnis genommen haben.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt will ich noch ein paar Dinge klarstellen.

Herr Haußmann, Sie haben gesagt, sie verstünden nicht, warum man jetzt Fahrverbote verhängt und die blaue Plakette einführt. Das habe ich gemerkt: Sie haben es immer noch nicht verstanden. Die grüne Plakette war gegen den Feinstaub gerichtet; deswegen ist der Partikelfilter eingeführt worden. Aber dabei wurde nicht berücksichtigt und sogar übersehen, dass mit dieser Technologie gleichzeitig die Werte bei NO_x hochgegangen sind.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Bei CO₂!)

Deswegen ist die Euro-6-Norm eingeführt worden, um die NO_x-Werte zu senken. Die blaue Plakette hat zum Ziel, die NO_x-Werte wie auch die Feinstaubwerte zu reduzieren und eine sauberere Autotechnologie zu erreichen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Da kann man doch nicht dagegen sein. Im Gegenteil: Die blaue Plakette ist eigentlich ein Modernisierungsschub für die Wirtschaft, aber auch für den Verkehr und für die Erreichung des Ziels, dass es insgesamt in unseren Städten sauberer wird.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Felix Schreiner CDU – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: So ist es!)

Thema Nachrüstung: Es waren mein Ministerium und meine Fraktion, die gesagt haben, dass es ihnen nicht egal ist, wenn neue Autos an Feinstaubtagen nicht mehr fahren dürfen, und die sich gefragt haben, was man da machen kann.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Wir waren es aber auch!)

Es war die Automobilindustrie, die zunächst gesagt hat, man könne da nichts machen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir sind drangeblieben. Der Ministerpräsident hat mit den obersten Verantwortlichen gesprochen, und wir haben mit den Technikern gesprochen. Je länger wir darüber sprechen, desto häufiger kommen Vorschläge wie „man könnte ja“ oder „man muss probieren“. Deswegen gehen wir diesen Weg. Wir probieren und loten aus, ob eine Nachrüstung von Euro-5-Modellen möglich ist, und wenn das geht, werden wir die Letzten sein, die dagegen sind.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau richtig! Genau so! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig!)

Aber eines will ich auch dazusagen: Vor zwölf Jahren waren ich als Abgeordneter im Bundestag und mein jetziger Amtschef als Mitarbeiter des Umweltministeriums für die Nachrüstung der Partikelfilter verantwortlich. Wir haben damals

das Nachrüstungskonzept einschließlich der Finanzierung durchgesetzt. Aber wir mussten auch eine Lehre daraus ziehen. Wir haben das damals nicht mit den Automobilherstellern, sondern mit den Zulieferern, die solche Lösungen hatten, gemacht. Was ist herausgekommen? Teilweise Konstrukte, die nicht richtig funktionieren haben, die nicht zum Motor gepasst haben. Und es ist übrigens auch herausgekommen, dass viel Schund angeboten worden ist, der nicht funktioniert hat.

Daraus haben wir die Konsequenz gezogen: Eine Nachrüstung ohne Einbeziehung der Hersteller – wobei Schrauber von außen nur noch etwas dranmachen müssten, um irgendetwas zu verbessern – kann bei so komplizierten Motoren wie denen, die wir heute haben, nicht funktionieren. Wir brauchen die Automobilindustrie, die die Autos hergestellt hat, bei der Verbesserung der Motoren und der Abgasreinigung. Ohne die wird es nicht gehen. Wir nehmen sie da auch in die Pflicht. Wenn Sie da dabei sind, dann soll es mir nur recht sein, weil das natürlich eine Lösung ist, die den Konflikt für manche entschärft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ein anderer Punkt war immer das Argument, die Beeinträchtigung von Wirtschaftsverkehren schade unserer Wirtschaft. Auch da haben wir von Anfang an gesagt, dass wir natürlich Ausnahmen machen müssen, weil der Ballungsraum weiter funktionieren muss. Wir haben im Rahmen der Meinungsfindung, was wir tun werden, ein Gutachten erstellen lassen, in dem unterstellt wurde, dass wir bis zu 20 % Ausnahmen machen müssen. Wenn man sich die Situation einmal anschaut, stellt man fest, dass es auch jetzt schon bei der grünen Plakette viele Ausnahmen gibt, und so werden wir auch dieses Mal verfahren. Morgen wird es in meinem Haus einen Termin geben, bei dem Vertreter aller Betroffenen dazukommen. Da reden wir genau über unseren Vorschlag, Ausnahmen zuzulassen. Das haben wir schon längst bedacht. Das muss man sogar nicht sagen. Da sind wir schon lange auf dem Weg.

Meine Damen und Herren, ich will die Debatte nicht endlos verlängern, aber ich will noch einmal einen grundsätzlichen Punkt ansprechen. Wer in dieser Debatte immer unter dem Gesichtspunkt „Fahrverbote“ diskutiert, hat noch nicht verstanden, was eigentlich die Stunde geschlagen hat. Wir stehen doch vor der allergrößten Herausforderung: Wie schaffen wir es, die am Verbrennungsmotor orientierte Automobilbranche in eine Branche zu transformieren, die als Dienstleister moderne Mobilität mit entsprechenden Produkten anbietet, mit modernen Motoren, die abgasfrei sind, ob sie elektrisch betrieben sind oder mit Brennstoffzelle, mit digitalen Technologien oder mit welcher Technologie auch immer?

(Abg. Anton Baron AfD: Also irgendwo kommt auch der Strom her, Herr Minister, falls es Ihnen entgangen ist! Der Strom kommt aus der Luft, oder was? Das ist doch lächerlich! Das ist doch absurd!)

Das ist die eigentliche Herausforderung, und die Politik muss alles tun, um diesen Transformationsprozess zu begleiten und da und dort auch zu beschleunigen.

(Beifall bei den Grünen)

(Minister Winfried Hermann)

Es gibt keine Rede des Ministerpräsidenten oder von mir, in der wir nicht genau auf diese Verantwortung, auf dieses Problem hinweisen. Das ist die eigentliche Herausforderung, die eigentliche Aufgabe von Verkehrspolitik. Insofern bin ich wirklich ziemlich verwundert, wie die Debatten hier immer ablaufen, dass man immer an so kleinteiligen Punkten, die gar nicht wirklich zur Sache gehören, herummacht und die großen Fragen nicht wirklich bearbeitet, aber mir unterstellt, ich würde es nicht machen, nur weil man es selbst nicht sieht und nicht tut. Das ist ziemlich blind.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Felix Schreiner CDU: Die SPD ist blind!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Ich denke, in dieser Debatte wurde deutlich, dass wir hier zwei Ebenen haben, und diese zwei Ebenen sollte man auch tunlichst voneinander trennen.

Auf der einen Ebene, wenn es um die Diskussion um Fahrverbote geht, stellt sich natürlich die Frage, ob Menschen ihre Mobilität behalten können, ob Menschen, die heute z. B. mit einem Dieselfahrzeug unterwegs sind, auch zukünftig nach Stuttgart kommen können. Da brauchen wir Alternativen. Wir haben sehr wohl über Alternativen gesprochen. Aber wenn wir über den öffentlichen Personennahverkehr sprechen, dann reicht es eben nicht, vonseiten des Landes nur die Ersatzbeschaffung zu unterstützen. Dann brauchen wir eben auch Kapazitätserweiterungen, und das geht nur, wenn auch Neuanschaffungen unterstützt werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Wenn wir über kurzfristig wirksame Maßnahmen reden, dann ist die Nachrüstfrage eine ganz entscheidende. Mir ist klar: Auch technisch ist das ein hoch komplexes Unterfangen. Aber dann ist die Nachrüstfrage, weil sie einen weniger starken Einschnitt in die Mobilität der Menschen bedeutet, die erste Frage, die ich stellen muss, bevor ich die große Keule, nämlich das Fahrverbot, auspacke, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Deswegen werden wir darauf achten, dass die Menschen in ihrer Mobilität möglichst nicht über Gebühr beeinträchtigt sind. Deswegen brauchen wir von dieser Landesregierung Lösungen, und diese fordern wir ein.

Die zweite wichtige Komponente, die zweite Ebene ist die Frage der Auswirkungen auf Arbeitsplätze und auf die Industrie in Baden-Württemberg. Sie glauben doch nicht, dass der Besuch des Ministerpräsidenten, der am Montag stattgefunden hat, von langer Hand geplant war.

(Abg. Anton Baron AfD: Eine politische Inszenierung!)

Das sind Rettungsmaßnahmen, nachdem die Autoindustrie inzwischen höchst alarmiert ist und diese Landesregierung eben

einen Irrweg beschritten hat, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Deswegen, glaube ich, ist es gerade wichtig, dass wir z. B. mit dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden von Daimler-Benz gesprochen haben. Michael Brecht hat klar gesagt: Wir brauchen diesen Transformationsprozess. Wir brauchen die Zeit, um diesen Transformationsprozess auch nicht gegen die Beschäftigten zu vollziehen. Da hilft eben nur Zeit, die den Übergang vom Verbrennungsmotor zu anderen Antriebskonzepten ermöglicht. Da können wir aber auch keine Ansagen der Grünen gebrauchen, die sagen: „Ab 2030 keine Verbrennungsmotoren“, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann für die FDP/DVP-Fraktion.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Also dass ein Verkehrsminister des Landes Baden-Württemberg sich hier hinstellt und von „Aldiesel“ spricht,

(Abg. Andreas Stoch SPD: „Alte Stinker“, hat er gesagt!)

die jetzt verboten werden, die noch Baujahr 2015 sind, das ist, denke ich, schon ein starkes Stück.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Das spricht für ihn!)

Das zeigt die Arroganz dieser Politik.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Absolut!)

Wir haben zahlreiche Vorschläge gemacht. Einer davon ist das Thema, das auch die FDP/DVP-Gemeinderatsgruppe in Stuttgart angesprochen hat: viele Maßnahmen am Neckartor, wo wir die einzige Messstelle haben, bei der der Feinstaubgrenzwert noch überschritten wird. Alle Vorschläge für Maßnahmen sind abgelehnt worden. Die Maßnahmen, die jetzt umgesetzt wurden, wurden von der FDP, auch von der FDP/DVP-Landtagsfraktion, schon vor längerer Zeit vorgeschlagen.

Deswegen ist es eben nicht richtig, wenn Sie, lieber Herr Verkehrsminister Hermann, sagen, wir hätten keine Vorschläge gebracht. Wir haben darüber vielfach, auch im Ausschuss, diskutiert. Sie haben unsere Vorschläge immer blockiert.

Ich halte es für ein starkes Stück, Fahrverbote zu erlassen, ohne eine Folgenabschätzung vorzunehmen. Sie laden die Verbände jetzt ein, haben aber am 7. März im Nahverkehrsmagazin erklärt, dass es für Busse, die noch Euro 5 haben und noch nicht abgeschrieben sind, keine Ausnahmen gibt. Was ist denn das für ein Stil, öffentlich zu erklären, es gebe keine Ausnahmen, dann zu merken, was für Auswirkungen es gibt – der Ministerpräsident lenkt ein –, und dann die Verbände einzuladen? Wenn das die Verkehrspolitik in Baden-Württemberg ist, dann gute Nacht Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Zwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag – Drucksache 16/1674

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/1793

Berichterstatter: Abg. Reinhold Gall

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat festgelegt, in der Zweiten Beratung auf die Aussprache zu verzichten.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung gleich zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1674. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 16/1793. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Gesetz zum Zwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten, Bekanntmachungen

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 2 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 5. April 2017 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zum Zwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt und Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr – Flugverkehrsbelastung über Südbaden – geplante Änderung der 220. Durchführungsverordnung zur Regelung der Anflüge auf den Flughafen Zürich – Drucksache 16/172

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion. Die antragstellenden Fraktionen sind übereingekommen, die Begründung des Antrags in ihre Ausführungen zu integrieren.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Marwein das Wort.

Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt nicht viele Themen, bei denen sich alle Fraktionen im Landtag einig sind. Doch in einer Sache stimmen wir schon seit Jahren überein: Die Bevölkerung in Südbaden, am Hochrhein in der Nähe des Flughafens von Zürich muss besser vor Fluglärm geschützt werden.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Der Bund, der hier zuständig ist, muss handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ein großer Anteil der Flugzeuge, die in Zürich landen, schwebt über den deutschen Luftraum ein. Bisher hat die Bundesregierung es nicht geschafft, eine Lösung mit der Schweiz auszuhandeln, die die Bevölkerung in der Region ausreichend vor Lärm schützt.

Nun will die Schweiz die Anflugregelungen ändern – mit der Folge, dass pro Jahr ca. 2 000 bis 10 000 Flugzeuge zusätzlich in Zürich landen würden. Das wären am Tag umgerechnet sechs bis 27 Flugzeuge zusätzlich; manche sprechen auch von noch mehr.

Darüber hinaus ist beantragt, die Sperrzeiten der 220. Durchführungsverordnung aufzuheben, die die Anzahl der Flugzeuge dort momentan noch beschränkt. Die Entscheidung über den Antrag der Schweiz steht und fällt mit der Zustimmung des Bundesverkehrsministeriums. Wenn die bestehende Regelung aufgeweicht wird, hat das mehr Lärm für die Bevölkerung in Südbaden zur Folge.

Dies wiederum bedeutet gesundheitliche Schädigungen; denn neueste Erkenntnisse zeigen: Wer 15 Jahre lang oder länger in seinem Haus unter Fluglärm über 60 dB(A) leidet, hat ein um 50 % höheres Risiko, an einem Herzinfarkt zu sterben, als andere, die mit 45 dB(A) oder weniger leben. Die Ursache dafür ist: Fluglärm verursacht chronischen Bluthochdruck. Als Folge des Bluthochdrucks können Schlaganfälle und Herzinsuffizienz entstehen.

Fluglärm schadet aber nicht nur dem Körper. Wenn der Dauerschallpegel um 10 dB(A) ansteigt, steigt laut Studien das Risiko für eine Depression um beinahe 10 % an. Weitere Studien berichten, dass Kinder, die in der Schule durch Fluglärm gestört werden, langsamer lesen lernen, weniger motiviert sind und ein schlechteres Langzeitgedächtnis haben.

(Thomas Marwein)

Bei anderen Risikofaktoren haben es die Menschen selbst in der Hand, Verantwortung für sich zu übernehmen. Sie können selbst entscheiden, ob sie rauchen oder nicht, ob sie Sport treiben und wie sie sich ernähren. Beim Fluglärm allerdings kann der oder die Einzelne nichts tun. Hier ist die Politik in der Pflicht, sich für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land einzusetzen.

Mit diesen Erkenntnissen können und wollen die Bürgerinnen und Bürger in Südbaden und in ganz Baden-Württemberg nicht alleingelassen werden. In unserem Koalitionsvertrag beziehen wir uns nicht nur auf Lärmschutz allgemein, sondern auch konkret auf die Situation in Südbaden. Ich zitiere:

Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, die Flugverkehrsbelastungen durch den Flughafen Zürich in der Region Südbaden/Hochrhein deutlich zu reduzieren.

Außerdem bekennen wir uns darin ausdrücklich

zu den Inhalten der „Stuttgarter Erklärung“.

Meine Damen und Herren, der Fluglärm über Südbaden ist regelmäßig Thema hier im Landtag. Das war auch schon in früheren Legislaturperioden so. Zuletzt haben Ende 2012 alle Landtagsfraktionen gemeinsam einen Antrag gestellt, der sich gegen den Staatsvertrag mit der Schweiz richtete, der damals ausgehandelt wurde. Sowohl unser Verkehrsminister Hermann als auch Ministerpräsident Kretschmann haben sich wiederholt für Südbaden eingesetzt – in der Schweiz und bei Verkehrsminister Dobrindt.

Wir Grünen könnten uns vorstellen, dass die neue Bundesregierung einen neuen Staatsvertrag mit der Schweiz aushandelt, der den Fluglärm in Südbaden auf Grundlage der „Stuttgarter Erklärung“ reduziert. Wir fordern gemeinsam mit der CDU, dass die Bundesregierung die geplante Änderung der 220. Durchführungsverordnung ablehnt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Lärmschutz ist kein Luxus. Er ist Gesundheitsvorsorge, Wirtschaftsfaktor für unseren Tourismus und unser Gesundheitssystem und eine wichtige Grundlage für die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Genau so ist es!)

Für Gesetze, Verordnungen und Grenzwerte beim Lärmschutz ist der Bund zuständig. Deshalb appelliere ich nun zum Schluss an Bundesverkehrsminister Dobrindt: Herr Bundesverkehrsminister, vertrauen Sie dem Landtag von Baden-Württemberg, den Landrätinnen und Landräten in Baden-Württemberg, den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Land

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

und den Bürgerinitiativen. Auch wenn Sie selbst in der CSU sind: Vertrauen Sie den Grünen und der baden-württembergischen CDU.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Felix Schreiner CDU: Vor allem Letzterer!)

Vertrauen Sie darauf, dass wir wissen, was zu tun ist. Wenn der Landtag von Baden-Württemberg geschlossen gegen die geplante Änderung der 220. Durchführungsverordnung ist: Halten Sie sich daran, und lehnen Sie das ab. Wenn der Landtag von Baden-Württemberg geschlossen die Lärmbelastung über Südbaden reduzieren will: Handeln Sie einen neuen Staatsvertrag mit der Schweiz aus. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Schreiner.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dem vertraue ich!)

Abg. Felix Schreiner CDU: Herr Präsident! Es ist Zeit, dass sich der Landtag wieder einmal mit den südbadischen Interessen beschäftigt. Es ist vor allem Zeit, dass wir unser Bekenntnis – Herr Marwein hat es gerade richtig gesagt –, das wir hier – übrigens in der letzten Legislaturperiode – über Parteigrenzen hinweg gemeinsam beschlossen haben, heute erneuern. Und wir wollen es erneuern.

Die Regierungsfaktionen haben sich an die Seite der südbadischen Bevölkerung gestellt. Wir haben es im Koalitionsvertrag so festgehalten. Wir treten vehement dafür ein, dass die Bevölkerung nicht noch weiteren Belastungen durch den Flugverkehr ausgesetzt wird, sondern – ganz im Gegenteil – entlastet wird.

Es ist wichtig, dass wir zusammen mit der Landesregierung heute gemeinsam ein Signal nach draußen senden, nicht nur ein Signal nach Südbaden, sondern natürlich auch ein Signal in Richtung Schweiz und vor allem in Richtung Berlin. Es ist uns damals, als der unsägliche Staatsvertrag auf den Tisch kam, gelungen – damals maßgeblich durch Thomas Strobl als Chef der CDU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag –, den Staatsvertrag dorthin zu befördern, wo er hingehört, nämlich in die Tonne. Genauso stark müssen wir jetzt mit den neuen Anträgen und den neuen Vorgängen aus der Schweiz, die uns begegnen, umgehen.

Dazu gehört natürlich als Erstes das von der Schweiz beantragte Betriebsreglement. Es kann nicht sein, dass man in einem Staatsvertragsverfahren scheitert, aber dann durch die Hintertür mit einer Salamtaktik einzelne Änderungen durchzusetzen versucht und sie einfach beantragt. Die Antwort aus Berlin muss klar sein, nämlich dass diesem Antrag nicht stattgegeben werden darf. Es geht um die geplanten baulichen Veränderungen am Pistensystem des Flughafens Zürich. Es geht um die Planungen, in Dübendorf quasi einen Nebenflughafen zu errichten, auf dem dann die ganzen Privatflüge abgewickelt werden.

All dies führt in der Summe zu einem wirklichen Worst-Case-Szenario für die Bevölkerung in Südbaden, weil es zu einer erheblichen Mehrbelastung durch den Flughafen kommen würde. Die Kapazitäten sollen steigen und steigen, und damit müssen wir uns hier auch beschäftigen. Jede einzelne Maßnahme würde zu einer Kapazitätssteigerung führen. Nimmt

(Felix Schreiner)

man alle drei Maßnahmen zusammen, ergeben sich sehr erhebliche Ausmaße.

Sämtliche Planungen sehen vor, dass der größte Teil der Anflüge weiterhin über die – ich wollte gerade sagen: südbadische Landesgrenze – baden-württembergische Landesgrenze, die deutsche Landesgrenze stattfinden sollen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

– Einzelne südbadische Kollegen haben es verstanden. – Nein, das lehnen wir, die CDU-Fraktion, in aller Schärfe ab.

An dieser Stelle möchte ich betonen, dass es nicht nur um den Wahlkreis Waldshut geht; die Kollegen im Schwarzwald-Baar-Kreis sind genauso betroffen. Es geht um eine erhebliche Kapazitätserweiterung über dem Bodenseeraum; wir sind da allesamt gleichermaßen betroffen.

Wir reden hier über eine Region, die die touristische Region Nummer 1 in unserem Land ist und die meisten Übernachtungszahlen hat. Das ist auch nicht aus der Luft gegriffen; vielmehr hat der Europäische Gerichtshof genau diesen Tatbestand, nämlich dass diese Region eine touristisch geprägte Region ist, ganz genau berücksichtigt und uns darin recht gegeben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Da dürfen wir zu Recht fragen, warum noch mehr Flugverkehr über den Köpfen der Menschen in dieser Region abgewickelt werden soll, ob es nicht Möglichkeiten gibt, diese Kapazitätserweiterungen – bestenfalls – gar nicht umzusetzen. Aber wenn sie umgesetzt werden, dann sollen sie eben auch über dem eigenen Staatsgebiet umgesetzt werden. Ich sage ganz klar: Niemand bestreitet die Notwendigkeit des Flughafens Zürich. Aber dass über 80 % der Flüge – verbunden mit den entsprechenden Belastungen – eben nicht über das eigene Land abgewickelt werden, sondern der Fluglärm exportiert wird, können wir uns auf Dauer nicht gefallen lassen. Deshalb kommt es heute auch wieder zu einem Antrag, diesem Antrag, den die Grünen und die CDU gemeinsam auf den Weg gebracht haben.

Ein einseitiger Export von Fluglärm nach Deutschland kann nicht die Lösung sein. Das muss geklärt werden. Die Alternativlosigkeit und die Zementierung dieser Nord-Ost-Ausrichtung des Flughafens Zürich, wie es von der Schweiz angestrebt wird, stellen wir wirklich infrage. Nichts anderes ist wieder mit dem beantragten Betriebsreglement gewollt.

An dieser Stelle sollten wir deshalb als Landtag ein Signal in Freundschaft in die Schweiz senden: Man kann eine Lösung finden, aber das muss auf Augenhöhe geschehen, indem man gemeinsam miteinander spricht, aber nicht einseitig versucht, die Belastungen auf den Nachbarn abzuschieben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wichtig ist: Die Verantwortung, ob und wie die entsprechende Durchführungsverordnung, die DVO, bzw. die Regelung von An- und Abflügen auf den Flughafen Zürich geändert wird, liegt beim Bund. Das ist richtig. Aber die Zuständigkeit des Bundes – nur weil sie dort liegt – ist für uns kein Grund, dazu nichts zu sagen. Ganz im Gegenteil: Wir müssen uns damit beschäftigen. Wir müssen mit unserem Verkehrsministe-

rium darüber reden, ob wir nicht auch zu einer grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung kommen sollten, wie sie von Teilen gefordert wird. Wir müssen mit allem Nachdruck darum werben, dass der vorliegende Antrag aus der Schweiz abgelehnt wird. Mir liegt jetzt wieder ein Brief des Bundesverkehrsministers vor, in dem er schreibt, er werde keiner Regelung zustimmen, die zu einer Mehrbelastung führen wird. Deshalb sagen wir heute auch ganz klar: Wir nehmen ihn beim Wort, aber dieses Wort muss auch für uns gelten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen sowie des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

Es geht heute um eine Botschaft dieses Parlaments, es geht um eine Botschaft in die südbadische Region, aber auch in die Schweiz. Wir stehen an der Seite der südbadischen Bevölkerung. Wir wollen Entlastungen beim Fluglärm durchsetzen, und wir fordern den Bund auf, dafür aktiv zu werden.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Kollegin Wölfle.

Abg. Sabine Wölfle SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schön, dass wir auch einmal über etwas debattieren, bei dem wir alle einer Meinung sind. Ich könnte mich jetzt eigentlich wieder hinsetzen, aber ich möchte natürlich schon klarmachen, dass auch die SPD hier eine klare Einstellung dazu hat.

Die durch den Flughafen Zürich verursachte Flugverkehrsbelastung durch die Anflüge über deutsches Gebiet stellt – das haben wir gerade schon gehört – eines der größten Ärgernisse in der Raumschaft Südbaden dar, nicht nur in den Landkreisen Waldshut, Konstanz, Breisgau-Hochschwarzwald und im Schwarzwald-Baar-Kreis. Bereits heute führen nahezu 90 % aller Landeanflüge auf den Flughafen Zürich über deutsches Staatsgebiet. Bei dem von der Schweiz beantragten Ostanflugkonzept würden u. a. die Nordanflüge weiter zunehmen und damit natürlich auch die Beeinträchtigungen der Menschen am Hochrhein. Ich selbst erlebe die ungeheure Belastung der Bevölkerung vor Ort; denn ich habe viel Verwandtschaft in Waldshut, und ich höre bei meinen Besuchen, was im Himmel über uns abgeht. Ich habe mit vielen Leuten da unten gesprochen

(Abg. Felix Schreiner CDU: Machen wir mal gemeinsam!)

– das machen wir gern –, und ich weiß: Die Belastung ist sehr, sehr hoch.

Die Geduld der Menschen dort war bisher bewundernswert. Es gab dort immer wieder ein Vertrauen, dass von deutscher Seite im Interesse der Bevölkerung eine Lösung mit der Schweiz gefunden werden kann. Bereits die grün-rote Landesregierung hat sich in ihrem Handeln in den letzten Jahren immer an der „Stuttgarter Erklärung“ orientiert, ebenso mehrfach auch der Landtag, welcher sich ja auch klar und deutlich gegen den 2012 ausgehandelten Staatsvertrag ausgesprochen hat.

(Sabine Wölfle)

Wir begrüßen es daher außerordentlich, dass sich auch die neue Landesregierung in dieser Kontinuität weiterbewegen will. Die Landesregierung sagt dazu folgerichtig, dass sie sich für eine Reduzierung der vom Flughafen Zürich ausgehenden Flugverkehrsbelastung in der Region Südbaden/Hochrhein einsetzt. Auch wir fordern die Ablehnung des von der Schweiz beantragten Ostanflugkonzepts. Denn dieses Betriebsreglement würde in den deutschen nächtlichen Sperrzeiten durch die teilweise Sammlung der Anflüge über süddeutschem Gebiet zu zusätzlichen Flugbelastungen im Südschwarzwald und am Hochrhein in deutlichem Umfang führen, da damit ja der Flugverkehr über Süddeutschland faktisch zu jeder Tages- und Nachtzeit möglich wäre.

Aber eine wirkliche Begrenzung der Zahl der Anflüge über deutsches Staatsgebiet auf den Flughafen Zürich ist rechtlich nur dem Bund möglich. Über die beantragte Änderung der 220. Durchführungsverordnung entscheidet das deutsche Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung, dessen übergeordnete Behörde das unionsgeführte Bundesverkehrsministerium ist. Da die von der rot-grünen Bundesregierung 2002 verhängte Durchführungsverordnung gerichtsfest ist und durch den Europäischen Gerichtshof bestätigt wurde, ist ein Aushebeln der DVO – womit auf eine Verschlechterung des südbadischen Schutzniveaus gezielt wird – einfach nicht hinnehmbar. Daher fordern auch wir CSU-Bundesverkehrsminister Dobrindt erneut auf, endgültig seine Zustimmung zu dieser Änderung zu verweigern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Er selbst hat im März 2016 bei einer öffentlichen Veranstaltung in Waldshut versprochen,

(Abg. Felix Schreiner CDU: Tiengen!)

keine Mehrbelastung zuzulassen. Die Menschen dort verlassen sich auf sein Wort.

Wir unterstützen auch nachdrücklich das Ansinnen des Fluglärmbetrats und der Raumschaft am Hochrhein, die geplante Änderung der aktuellen 220. Durchführungsverordnung zur Luftverkehrsordnung abzulehnen. Denn von einem fairen Lastenausgleich zwischen der Schweiz und Südbaden kann mitnichten die Rede sein. Süddeutschland ist auch nicht verpflichtet, die Lasten für den Kapazitätswachstum des Schweizer Flughafens Zürich zu tragen. Denn die Schweiz argumentiert stets, dass aus Sicherheitsgründen der Anflugverkehr über deutsches Hoheitsgebiet abgewickelt werden müsse. Aber so zu argumentieren ist nach unserer Auffassung ungeheuerlich. Denn in Sachen Lärmschutz scheint die Schweiz nur den Schutz ihrer eigenen Bevölkerung ernst zu nehmen, während ihr der Schutz der Bevölkerung im Norden, also in Süddeutschland, deutlich weniger bis gar nichts wert ist.

Wir fordern daher die Landesregierung auf, beim Thema Fluglärm in Südbaden im Zusammenhang mit dem Flughafen Zürich so viel Druck wie möglich auf das Bundesverkehrsministerium auszuüben, damit die Ziele der „Stuttgarter Erklärung“ von 2009 und damit eine Begrenzung der Zahl der Anflüge auf maximal 80 000 pro Jahr angegangen werden können.

Sie können sich sicher sein, dass die SPD-Landtagsfraktion Sie bei diesem Ansinnen wie in der Vergangenheit auch in Zu-

kunft tatkräftig unterstützt. Wir tragen selbstverständlich auch den Beschlussteil des heutigen Antrags aus voller Überzeugung mit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Felix Schreiner CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Gögel.

Lieber Kollege, ich bitte um Entschuldigung. Ich hatte gerade die Kollegin in ihrem leuchtend roten Jacket in diesem Moment so im Blick, dass ich ihr vor Ihnen das Wort gegeben habe. Ich bitte um Nachsicht.

Sie haben das Wort.

(Vereinzelt Beifall)

Abg. Bernd Gögel AfD: Herr Präsident, weil wir von vorgestern sind, überlassen wir den Damen gern den Vortritt.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Selbstverständlich steht die AfD-Fraktion in der Frage der Flugverkehrsbelastung durch den Züricher Flughafen für die Interessen der südbadischen Region ein. Sie lehnt jedes Reglement ab, welches der „Stuttgarter Erklärung“ von 2009 und der Begrenzung auf jährlich 80 000 Anflüge über deutsches Gebiet widerspricht. Es darf keine zwischenstaatliche Einigung geben, welche die eigenen Bürger zugunsten der Wachstumsinteressen eines ausländischen Verkehrsbetriebs weiter schädigt.

(Beifall bei der AfD)

Allerdings halten wir den Antrag Drucksache 16/172, über den wir heute im Plenum sprechen, doch eher für eine Wahlveranstaltung. Man möchte den Bürgern im südbadischen Raum aus dem Landtag heraus eine Geschlossenheit signalisieren und den Eindruck erwecken, dass man sich hier energisch für ihre Interessen einsetzt. Man appelliert, und man möchte tatsächlich – bezogen auf uns würde man sagen: populistisch – Botschaften nach außen bringen, um die Menschen in Südbaden noch rechtzeitig vor der Wahl zu beruhigen.

Doch der eigentliche Adressat des Antrags, der zuständige Bundesminister Dobrindt – für die Genehmigung einer Änderung der 220. DVO letzten Endes zuständig –, muss sich davon nicht beeindrucken lassen.

Ob der Züricher Flughafen nun am Ende seine Kapazitäten um 30 % erweitert – samt zusätzlichen Überflügen über Südbaden – oder ob Herr Dobrindt in der Laune ist, dem Ruf der Schwesterpartei CDU nachzukommen und der Schweiz nicht zu Willen zu sein: Wenn Dobrindt erwartungsgemäß das Schweizer Ansinnen – wohlgermerkt nach der Bundestagswahl – genehmigt, stehen Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, immer noch gut da. Sie haben ja mit rituellen Appellen vom Dienst die Interessen der Südbadener mit Nachdruck verteidigt. Doch, meine Damen und Herren, für die Einwohner in den Landkreisen Waldshut und Konstanz sowie dem Schwarzwald-Baar-Kreis, die vom Luftwarteraum RILAX betroffen sind, sind Fluglärm und Abgasemissionen

(Bernd Gögel)

keine Posse, sondern ein Schaden für Lebensqualität und Gesundheit.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wie kann eine Landesregierung nur so unterwürfig auftreten? Gerade Sie von den Grünen haben doch als Protestbewegung gegen die Frankfurter Startbahn West Ihre Laufbahn als politische Kraft begonnen. Die Damen werden das nicht erlebt haben. Dafür sind sie zu jung. Aber die Älteren haben sich dort womöglich an Bäume gekettet, Hüttendörfer gebaut und an Protestspaziergängen teilgenommen. Sie haben sich für ihre Interessen und die Interessen der Bürger in der Frankfurter Region eingesetzt.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Sie haben die Frösche vergessen, die wir noch über die Straße getragen haben!)

Sie wollten doch Basisdemokraten par excellence sein. Sie wollten den Großteil Ihrer Diäten an die Partei abtreten und sich selbst mit einem Facharbeitergehalt bescheiden. Was wollten Sie denn nicht alles vor 30 Jahren? Was ist denn daraus geworden, seit Sie in elf Landesregierungen präsent sind und tatsächlich im Bundesrat Einfluss für die Interessen der Bürger Baden-Württembergs ausüben können? Wo sind die fanatischen Fledermausfreunde, wenn es den eigenen Menschen schlecht ergeht?

(Lachen und Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Sabine Wölfle SPD: Was hat das mit dem Flughafen zu tun?)

Wo sind die nimmermüden Symbolpolitiker und Klimaschützer, wenn Zürich bald 30 % mehr Flugpassagiere haben wird und sein Kerosin über dem Schwarzwald verbrennt? Wo ist jetzt der Ministerpräsident,

(Abg. Felix Schreiner CDU: Er sitzt doch da!)

der die Interessen Baden-Württembergs zuvorderst stellen wollte und einen Amtseid geschworen hat, er werde seine Kraft dem Wohl des Volkes widmen? Steht er an der Seite ebendieser Bürger und seiner einstigen Ideale?

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Jeden Tag! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aufs Neue!)

Nein. Er hält rituelle staatstragende Reden, er setzt sich ein und appelliert. Jetzt wissen die Bürger im Südschwarzwald wenigstens, wo der Barthel den Most holt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Den Wein in diesem Fall!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Kollegen Haußmann.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Mach es besser, Jochen!)

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 8. November 2012 gab es die letzte Plenardebatte zum Staatsvertrag mit der Schweiz. Einstimmig haben die damals im Landtag vertretenen Fraktionen diesen Staatsvertrag abgelehnt, und einstim-

mig gab es auch am 25. November 2009 das Bekenntnis zur „Stuttgarter Erklärung“.

Inhaltlich hat sich, denke ich, bei den vier Fraktionen, die in der letzten Legislaturperiode im Landtag vertreten waren, daran nichts geändert. Die 220. Durchführungsverordnung lässt mehr Flüge und mehr Belastung zu, als es die „Stuttgarter Erklärung“ vorgesehen hat. Statt 80 000 sind zwischen 122 000 und 128 000 Nordanflüge und ein deutlich höheres Stundenkontingent vorgesehen. Insofern kann ich an dieser Stelle für die FDP/DVP-Landtagsfraktion unterstreichen, dass es uns ein wichtiges Anliegen ist, auch für die betroffenen Landkreise und für die betroffenen Menschen dieses Bekenntnis gern noch einmal abzugeben.

Der Flughafen Zürich hat einen „Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt“ aufgelegt. Ziel ist ein neues Ostanflugkonzept. Der Fluglärmbeirat hat dieses Konzept jedoch abgelehnt. Denn dafür müsste die 220. Durchführungsverordnung geändert werden, und mit diesem Konzept würde sich eine deutlich höhere Belastung im Flugbereich für Südbaden ergeben.

Von den Landkreisen Waldshut, Konstanz und dem Schwarzwald-Baar-Kreis wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben, das Alternativen aufgezeigt hat. Es ist also nicht so, dass man die Themen nur ablehnen würde, sondern man hat durchaus auch Alternativen aufgezeigt, mit denen, denke ich, auch vom Bund aus mit der Schweiz ins Gespräch gegangen werden kann. Das Gutachten zeigt auch, dass es grundsätzlich möglich ist, die „Stuttgarter Erklärung“ unter gewissen Randbedingungen umzusetzen.

Verkehrsminister Hermann hat am 17. Juni 2016 in einem Schreiben an die Mitglieder des Verkehrsausschusses darauf hingewiesen, dass aber Gefahr im Verzug sei, da das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung dem BMVI vorschlagen wolle, dem Schweizer Antrag aus flugbetrieblicher Sicht zuzustimmen und stattzugeben.

Es gibt auch weitere Fragezeichen, die man, denke ich, ernst nehmen muss. So gab es eine Sitzung der Konsultativen Konferenz Flughafen Zürich am 3. November 2016. Die Ausführungen der Bundesrätin Doris Leuthard in dieser Sitzung werden im Protokoll folgendermaßen wiedergegeben:

Bundesrätin Doris Leuthard erklärt, dass der gekröpfte Nordanflug im Staatsvertrag eine Drohgebärde gewesen sei. Dies sei ein Trumpf, der nicht aus der Hand gegeben werden dürfe. Die Situation sei heute für die Schweiz besser, als wenn der Staatsvertrag in Kraft wäre.

Weiter heißt es:

Hinsichtlich Betriebsreglement 2014 stellt Bundesrätin Doris Leuthard in Aussicht, dass die Zustimmung von Deutschland bald zu erwarten sei. ... Eben tags zuvor habe der Bundespräsident Johann Schneider-Ammann das Thema mit Bundeskanzlerin Angela Merkel aufgenommen, und es sei in Aussicht gestellt worden, dass bis Ende Jahr eine Lösung zu erwarten sei.

Das ist natürlich ein Appell auch an Sie, lieber Kollege Schreiner, der Sie ja voraussichtlich dem nächsten Bundestag angehören werden,

(Zuruf des Abg. Felix Schreiner CDU)

(Jochen Haußmann)

dieses Thema jetzt nicht nur im Landtag zu vertreten, sondern dies dann auch im Bund aufzugreifen und darauf hinzuwirken, dass die Interessen Südbadens gewahrt werden. Denn wir haben manchmal schon den Eindruck, dass die Geschlossenheit, die wir hier im Landtag zeigen – Die Einbringung des Antrags, den wir gerade beraten – Sie haben dabei die Initiative ergriffen –, liegt ja schon einige Zeit zurück, und Sie haben sich heute über dpa zu Wort gemeldet. Klar ist, dass die Sache Hand und Fuß haben muss und wir von Land und Bund mit einer Stimme sprechen müssen. Denn es hilft nichts, wenn Sie zwar ankündigen, sich um Einheitlichkeit zu kümmern, wir dies aber nicht auf die Bundesebene bringen.

Deswegen ist es wichtig, dass Sie diese Thematik dann auch im Bund mit der gleichen Intensität verfolgen, die Sie bislang hier an den Tag gelegt haben. Ich hoffe, dass Sie dabei auch Verkehrsminister Dobrindt mitnehmen können. Er hat jetzt vielleicht wieder etwas mehr Zeit, sich auch um andere Dinge zu kümmern.

Das Thema ist ernst, und deswegen wäre es meines Erachtens ein wichtiges Signal, wenn nun die im Landtag vertretenen Fraktionen Geschlossenheit zeigen. Sie haben die FDP/DVP dabei an Ihrer Seite.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Felix Schreiner CDU und Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Verkehrsminister Hermann.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Ein großer Hermann-Day heute!)

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Schweiz verbindet uns eine jahrhundertealte gute Nachbarschaft – und ein jahrzehntelanger Konflikt um den Fluglärm vom Flughafen Zürich.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Nicht nur da!)

In den Siebzigerjahren hat die Schweiz – genauer gesagt der Flughafen Zürich – mit dem Bau der dritten Startbahn, die nach Norden gerichtet wurde, Fakten geschaffen, die uns seitdem beschäftigen; denn dies führt in Südbaden zu einer Belästigung durch Fluglärm. Da die allermeisten Flugzeuge dort beim Landeanflug von Norden her kommen, hat die Schweiz mit dieser dritten Start- und Landebahn den Fluglärm de facto nach Süddeutschland verlagert, exportiert. Dies hat einer meiner Vorredner schon gesagt. Das ist es, was für uns den Ärger verursacht, und deswegen gibt es hiergegen seit vielen, vielen Jahren einen parteiübergreifenden Widerstand, getragen von zahlreichen Bürgerinitiativen, Landräten, Bürgermeistern wie auch Landtagsabgeordneten. Wir haben uns auch hier immer wieder mit diesem Thema befasst, und tatsächlich ist dies ein Thema, über das wir hier im Landtag nicht streiten, sondern bei dem wir einer Meinung sind.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Bis auf die AfD!)

Aber auch wenn wir uns immer wieder hiermit befassen, sind wir bei diesem Thema formal nicht zuständig. Wenn es um

Luftverkehr geht, liegt die formale Zuständigkeit beim Bund, bei der Bundesregierung. Die Bundesregierung hat bereits vor geraumer Zeit die 220. Durchführungsverordnung erlassen. Dies war die erste Verordnung, durch die der Verkehr überhaupt eingeschränkt wurde. Als diese Verordnung in Kraft trat, kam es zu Einschränkungen; diese haben den Betroffenen aber nicht ausgereicht. Inzwischen gibt es die „Stuttgarter Erklärung“, die weitere Einschränkungen fordert und die erreichen will, dass der Fluglärm in dieser Region reduziert wird. Diesen Wunsch können wir vonseiten der Landesregierung nur bestätigen und nachvollziehen. Wir haben uns stets und immer wieder dafür eingesetzt, dass der Fluglärm reduziert wird und nicht etwa noch weiter ansteigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der Abg. Sabine Wölfle SPD – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Aber eines muss auch klar sein: Wir können nur Appelle formulieren; die Verantwortung trägt jedoch der Bund. Nicht wir erlassen eine Durchführungsverordnung, sondern der Bund. Dies war auch nicht Gegenstand im Bundesrat. Herr Gögel, vielleicht haben Sie es noch nicht gemerkt: Nicht alles ist im Bundesrat. Wir haben nur begrenzten Handlungsspielraum. Diesen nutzen wir aber, sowohl der Ministerpräsident als auch ich. Wir reden sowohl mit der Bundesregierung als auch mit Abgeordneten.

Man kann ja auch sagen: In den letzten Jahren waren unsere Bemühungen erfolgreich. Denn es ist verhindert worden, dass der Staatsvertrag zustande kommt. Man weiß auch, wie das verhindert worden ist. Er wäre im Bundestag nicht mehrheitsfähig gewesen. Das lag daran, dass alle baden-württembergischen Abgeordneten dagegen gestimmt hätten. Dies hätte ausgereicht, dass – –

(Abg. Felix Schreiner CDU: Vor allem die CDU-Landesgruppe, bitte!)

– Die CDU-Landesgruppe aus Baden-Württemberg, die Grünen und die SPD-Abgeordneten: Alle waren dagegen – das muss man einfach sagen –, eine breite Allianz. Das hätte ausgereicht, um das Projekt zum Kippen zu bringen. Deswegen ist es auch nie durchgeführt worden.

Ich will noch einmal sagen: Wir haben uns ja auch immer bemüht, eine gute nachbarschaftliche Beziehung zur Schweiz zu haben und ein bisschen zu vermitteln. Ich erinnere mich daran, dass sich der Ministerpräsident dafür angeboten hat. Der Bund hat uns jedoch ziemlich hängen lassen. Der damalige Bundesminister Ramsauer hat sich nicht ein einziges Mal zurückgemeldet und war überhaupt nicht zu Gesprächen bereit. Am Ende ist das Projekt dann doch gescheitert. Aus baden-württembergischer Sicht können wir sagen: Gott sei Dank; denn dieser Staatsvertrag wäre für Südbaden und für ganz Baden-Württemberg nicht gut gewesen.

Jetzt gibt es sozusagen ein neues Debattenthema, das verstärkte Anfliegen der Startbahn 10/32. Das ist die sogenannte Ost-West-Anfluglinie. Die Schweiz hat vor – das ist sozusagen der Antrag –, diese Startbahn mehr zu nutzen mit der Ansage: „Dann müssen wir nicht so viel aus dem Norden kommen.“ Das ist aber irreführend. Denn jetzt geht es zunächst einmal darum, die zeitlichen Beschränkungen, die man beim Anflug von Norden hat – abends, in der Nacht, am Wochenende –,

(Minister Winfried Hermann)

durch das Ostanflugkonzept zu umfliegen. Da verstehe ich gut, dass die Bevölkerung hellhörig ist und sagt: „Nicht mit uns.“ Da sagen wir, die Landesregierung: So einfach geht das nicht. Man kann nicht auf der einen Seite eine Reduktion haben und sich jetzt auf der anderen Seite Gedanken machen, wie man die Beschränkungen am besten umfliegt.

Es wird zu mehr Belastung am Bodensee kommen – übrigens auf deutscher Seite wie auf Schweizer Seite. Manchmal hat man den Eindruck, in der Schweiz hofft man nur, dass wir auf deutscher Seite das Ganze blockieren, weil man dann in der Schweiz nicht die Probleme mit einem Volksentscheid hat. Denn ein solcher würde garantiert kommen, wenn das Ostanflugkonzept von deutscher Seite genehmigt würde.

Meine Damen und Herren, der Ball liegt immer noch eindeutig beim Bund, beim Bundesverkehrsminister. In diesem Fall, muss ich sagen, ist es gut, dass er zögert und nicht handelt. Das liegt in diesem Fall im Interesse Baden-Württembergs. Ich vermute auch einmal, dass er sich in dieser Legislaturperiode im Bundestag keine blutige Nase holen wird. Denn ich sehe nicht, dass es im Bundestag eine Mehrheit geben würde. Jedenfalls werden wir alles tun – die CDU, aber auch die SPD und die Grünen –, dass es dafür keine Mehrheit gibt.

Zum Schluss will ich allerdings auch noch sagen: Wir, die Landesregierung, vertreten selbstverständlich die Interessen der Anwohner, die von Lärm geplagt sind. Aber wir, die Landesregierung, haben auch das allergrößte Interesse, dass wir ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis zur Schweiz haben. Auch dies werden wir weiterhin pflegen, und wir werden es nicht durch diesen Streit irgendwie gefährden lassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/172. Abschnitt I dieses Antrags ist ein Berichtsteil, der für erledigt erklärt werden kann. – Sie stimmen dem zu.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der drei Handlungersuchen enthält. Wird Abstimmung über Abschnitt II des Antrags gewünscht? –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

Das ist der Fall. Wer Abschnitt II des Antrags Drucksache 16/172 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt II einstimmig zugestimmt. Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der AfD und der SPD)

Damit ist auch Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder der Regierung, bevor wir in die Mittagspause eintreten, darf ich Sie auf die Eröffnung der Ausstellung „polio kreativ“ anläss-

lich des 15-Jahr-Jubiläums des Landesverbands Poliomyelitis Baden-Württemberg hinweisen, die jetzt gleich im Foyer stattfindet.

Von Polio Betroffene und an Postpolio Erkrankte zeigen ihre Exponate und versuchen mit schöpferischen Mitteln, ihre Krankheit zu verarbeiten. Entstanden ist eine farbenfrohe Ausstellung, die viel Lebensfreude und Kreativität ausstrahlt.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie an dieser Stelle ausdrücklich bitten, dieser Ausstellung Ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Ich freue mich, wenn Sie meine Einladung zum Besuch der Ausstellungseröffnung mit anschließendem Stehempfang annehmen. Es wird auch ein kleiner Imbiss gereicht.

Wir treten in die Mittagspause ein und setzen die Sitzung entgegen der ursprünglichen Planung um 14:15 Uhr – also eine halbe Stunde früher – fort. Ich bitte die Fraktionen, ihre Rednerinnen und Redner für die Regierungsbefragung entsprechend zu informieren.

Herzlichen Dank.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:50 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:14 Uhr)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren! Es ist 14:15 Uhr. Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Gemeldet wurde von der Fraktion der CDU das Thema

P o l i z e i l i c h e K r i m i n a l s t a t i s t i k

(Minister Thomas Strobl befindet sich nicht im Plenarsaal. – Zurufe)

– Bin ich für die Regierung verantwortlich?

Ich bitte den Kollegen Lorek um sein Statement und seine Fragestellung.

(Minister Thomas Strobl betritt den Plenarsaal. – Abg. Nicole Razavi CDU: Er kommt, und zwar schnell!)

– Der Minister ist auch schon da; wunderbar.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Ministers Thomas Strobl)

Bitte, Kollege Lorek.

Abg. Siegfried Lorek CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, Herr Minister Strobl, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die innere Sicherheit zu gewährleisten ist eine der grundsätzlichen Aufgaben unseres Staates. Das Freiheitsgefühl der Menschen, der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land hängt im Wesentlichen auch mit dem Sicherheitsgefühl zusammen. Nichts beeinträchtigt dieses Sicherheitsgefühl mehr, als Opfer eines Überfalls zu wer-

(Siegfried Lorek)

den oder als wenn in die eigenen Räume, den Bereich der Intimsphäre, eingebrochen wird.

Die Kriminalitätsbelastung im Land ist in den Jahren 2012 bis 2015 kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2015 wurden in der PKS, der Polizeilichen Kriminalstatistik, so viele Straftaten registriert wie seit 2005 nicht mehr. Das hat natürlich schon zu einer zunehmenden Verunsicherung und Kriminalitätsfurcht geführt. Die Häufigkeitszahl pro 100 000 Einwohner, also das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, hat sich von 5 317 im Jahr 2012 auf 5 761 im Jahr 2015 erhöht.

Bei der Wohnungseinbruchskriminalität hatten wir acht Jahre lang mit Anstiegen zu kämpfen: Die Zahl ist von ca. 8 500 im Jahr 2012 auf 12 255 im Jahr 2015 gestiegen. Der Höchststand war 2014.

Im vergangenen Jahr – das ist sehr erfreulich – deutete sich, auch dank der sehr, sehr guten Arbeit der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, ein Rückgang an. Mit minus 10 % gab es eine Trendwende.

Allerdings machen sich viele Bürgerinnen und Bürger große Sorgen, dass die angesprochenen Kriminalitätsarten sozusagen importiert werden – Stichwort Einbrecherbanden. Hier machen sich alle, die sich vernünftig mit dem Thema befassen, Sorgen, dass sich einmal neben der Kriminalität auch das gesellschaftliche Klima in unserem Land zum Negativen wandelt.

Deshalb frage ich erstens: Herr Minister, wie bewerten Sie die Kriminalitätslage im Jahr 2016? Zweitens: Was hat Ihr Ministerium im Jahr 2016 gegen die Wohnungseinbruchskriminalität unternommen, und wie hat sich diese Kriminalitätslage entwickelt? Drittens: Wurde das Kriminalitätsgeschehen in Baden-Württemberg im letzten Jahr, im Jahr 2016, durch Flüchtlinge und Asylbewerber bestimmt? Wie hat das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration auf diese Lageentwicklung reagiert?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Zur Beantwortung durch die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Strobl das Wort.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Habe ich pro Frage oder insgesamt fünf Minuten?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Fünf Minuten.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Es waren aber drei Fragen.

(Zurufe)

– Das war nur informativ. Es liegt mir fern, mit dem Präsidenten zu diskutieren.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Man sollte sich mit ihm auch nicht anlegen!)

– Nein, nein. Das liegt mir fern.

Herr Präsident – schuldigsten Respekt –, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Schön, dass Sie da sind und sich für die Polizeiliche Kriminalstatistik in Baden-Württemberg interessieren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Zumindest die, die da sind! – Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Besten Dank, Herr Abg. Siegfried Lorek, für die Fragen.

Erstens zur Sicherheitslage in Baden-Württemberg. Um einen Satz vorwegzustellen: Baden-Württemberg ist jedenfalls eines der sichersten Bundesländer und, was die Kriminalitätsbelastung der Bürgerinnen und Bürger angeht, das sicherste Bundesland in der Republik.

Nachdem seit dem Jahr 2012 die Zahl der Straftaten in Baden-Württemberg kontinuierlich angestiegen ist, haben wir in der aktuellen PKS erstmals wieder einen Rückgang der Fallzahl zu verzeichnen. Das ist sehr schön. Im Ergebnis ist die Kriminalitätsbelastung der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land gesunken. Ich sage noch einmal: Was die Kriminalitätsbelastung der Bürgerinnen und Bürger angeht, ist Baden-Württemberg das sicherste Bundesland in Deutschland.

Nicht nur die Fallzahlen sind zurückgegangen. Mindestens genauso erfreulich ist, dass die Aufklärungsquote gestiegen ist. Es gibt also eine zurückgehende Anzahl von Straftaten und gleichzeitig eine höhere Aufklärungsquote. Bei der Aufklärungsquote haben wir sogar einen Spitzenwert, den wir seit zwölf Jahren nicht haben erreichen können.

Herr Abg. Lorek, ich möchte ausdrücklich betonen, dass wir dies einer verlässlichen und sehr gut arbeitenden Polizei in unserem Land verdanken. Wir genießen in Baden-Württemberg einen außerordentlich hohen Sicherheitsstandard. Das ist gut für die Bürgerinnen und Bürger, für jeden einzelnen Bürger und jede einzelne Bürgerin. Das ist aber auch gut für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg, weil die innere Sicherheit auch ein maßgeblicher Standortfaktor für das Wirtschaftsland Baden-Württemberg ist.

Was wir jedoch nicht akzeptieren können, ist die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Das ist besorgniserregend, und wir verurteilen das entschieden. Ich bin nicht bereit, mich mit dieser zunehmenden Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten abzufinden.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

Der zweite Fragenkomplex, den Herr Abg. Siegfried Lorek angesprochen hat, ist die Wohnungseinbruchskriminalität. Diebstahldelikte machen rund ein Drittel aller Straftaten aus; deshalb ist dies ein wichtiger Bereich. Nachdem wir jahrelang auch bei den Diebstahldelikten einen Anstieg hatten, geht in der aktuellen PKS die Anzahl der Straftaten in diesem Bereich erfreulicherweise zurück.

Nicht nur die Anzahl der Laden-, Taschen- und Trickdiebstähle sank, sondern – das freut mich besonders, da es auch ein Schwerpunkt der Arbeit dieser Landesregierung war – auch die Anzahl der Wohnungseinbruchdiebstähle sank laut der aktuellen PKS immerhin um knapp 10 % gegenüber dem Vorjahr.

Wir konnten also bei den Wohnungseinbruchdiebstählen – das möchte ich so klar sagen, Herr Abg. Lorek – eine Trendwende erreichen. Nachdem über viele Jahre hinweg die Anzahl der Wohnungseinbruchdiebstähle bundesweit stark angestie-

(Minister Thomas Strobl)

gen ist – leider auch in Baden-Württemberg –, können wir inzwischen von einer Trendwende sprechen und verzeichnen eine Abwärtsentwicklung, ohne dass wir uns auch nur eine Sekunde zurücklehnen. Vielmehr tun wir alles dafür, diesen Abwärtstrend bei den Wohnungseinbruchdiebstählen festzuschreiben.

Ich möchte Ihnen nur eine Zahl bei den Wohnungseinbruchdiebstählen nennen. Die Kriminalitätsbelastung in Baden-Württemberg sank von 114 im Vorjahr auf 102 Wohnungseinbrüche je 100 000 Einwohner. Diese Zahl habe ich Ihnen genannt, weil wir bundesweit eine Kriminalitätsbelastung von 206 Wohnungseinbrüchen pro 100 000 Einwohner haben. In Baden-Württemberg sind wir jetzt bei 102. Das heißt, wenn man irgendwo anders im Bundesgebiet lebt, ist das Risiko, Opfer eines Einbruchdiebstahls zu werden, doppelt so hoch, als wenn man in Baden-Württemberg lebt. Ich finde, das ist eine gute Botschaft.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Sehr gut! – Zuruf von der AfD: Das beruhigt aber ungemein!)

Wir haben in diesem Bereich viel getan. Beispielsweise gibt es eine Kooperationsvereinbarung mit den Bayern, mit denen wir eine exzellente Zusammenarbeit haben – wie auch mit Hessen und Rheinland-Pfalz – mit entsprechenden Brennpunkteinsätzen. Das zeigt Wirkung, und das schlägt sich in diesen positiven Zahlen nieder.

Ich möchte Ihnen sagen: Wir werden bei der Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls nicht nachlassen und in Zukunft auch neue Techniken wie die pilothaft erstmals eingesetzten automatischen Kennzeichenlesegeräte bei unseren Fahndungsmaßnahmen einsetzen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Der dritte Komplex: Kriminalität im Kontext der Zuwanderung. Ich möchte vorausschicken – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, ich habe einen Verfahrensvorschlag. Dem Kollegen Lorek steht es zu, weitere Fragen zu stellen, wenn die anderen Kollegen durch sind. Das heißt, wir stellen jetzt die Antwort auf die dritte Frage zurück, da Ihre Beantwortungszeit für die erste Runde abgelaufen ist.

Gibt es weitere Zusatzfragen zu diesem Thema? – Kollege Räßple.

Abg. Stefan Räßple AfD: Herr Minister, guten Tag! 2016 gab es insgesamt 250 000 tatverdächtige Straftäter, davon 25 000 Flüchtlinge. Das entspricht 10 %. Letztlich machen die Flüchtlinge aber nur ca. 1 % der Bevölkerung aus. Wie ist das zu erklären? Und wie vermitteln Sie der Bevölkerung die Asylpolitik der Bundesregierung?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, bitte.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Das schließt im Grunde genommen an die Frage des Kollegen Lorek an. Das kann ich gemeinsam beantworten.

Einen Satz möchte ich vorausschicken: Herr Abg. Räßple, wir dürfen nicht den Fehler machen, Schutz suchende Flüchtlinge unter einen Generalverdacht zu stellen. Das soll vorweg einmal gesagt sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Stefan Räßple AfD: Das sind Fakten!)

Faktisch hatten die Zuwanderungszahlen aber tatsächlich Auswirkungen auf die Kriminalitätslage, und das ist auch ganz klar. Ich will es einmal einfach ausdrücken: Wenn in einem Land von der absoluten Zahl her mehr Menschen leben, beispielsweise wenn in Deutschland eine Million Menschen mehr leben, dann gibt es auch entsprechend mehr Straftaten.

Deswegen hat auch die Zahl der Straftaten durch tatverdächtige Asylbewerber und Flüchtlinge zugenommen. Wir haben das so formuliert, dass diese Gruppe im vergangenen Jahr einfach im Kriminalitätsgeschehen angekommen zu sein scheint. Dabei dominieren Delikte, welche die Armut und teilweise die subjektiv empfundene Perspektivlosigkeit der Zuwanderung deutlich machen. Es gibt hier insbesondere Delikte im Bereich der Ladendiebstähle, des Schwarzfahrens und der Rauschgiftkriminalität.

(Zuruf von der AfD)

Leider bilden auch Körperverletzungsdelikte einen Schwerpunkt. Sie werden maßgeblich – in über 60 % der Fälle – in Asylbewerberunterkünften und ähnlichen Einrichtungen begangen.

Bei der Bewertung der Kriminalitätslage und den nicht von der Hand zu weisenden Anstiegen in diversen Deliktsbereichen dürfen wir nicht nur den reinen Anstieg der Zahl der Straftaten beleuchten, sondern müssen in Relation dazu auch die gestiegene Zahl Schutz suchender Menschen betrachten. Ich habe es bereits gesagt: Ein Mehr an Menschen bedeutet auch ein Mehr an Straftaten.

Bezogen auf die Gruppe der Asylbewerber/Flüchtlinge ist in soziodemografischer Hinsicht die Personengruppe der jungen Männer stärker vertreten; sie gilt auch in kriminologischer Hinsicht als tendenziell stärker kriminalitätsbelastet.

Die Polizei im Land beobachtet das Kriminalitätsgeschehen sehr genau und greift insbesondere bei Intensiv- und Mehrfachtätern sehr konsequent und hart durch. So wurden seit Beginn des Jahres 2016 in neun regionalen Polizeipräsidien Intensivtäterprogramme, beispielsweise in Form von Ermittlungsgruppen oder auf örtlicher Sachbearbeiterebene, initiiert, deren Ziele konzentrierte Ermittlungen und frühzeitige Prüfung aufenthaltsbeendender Maßnahmen sind. Das machen wir mit großer Konsequenz. Aufgrund dieser Programme wurden bislang über 120 Haftbefehle erlassen. Den Ausländerbehörden bzw. dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurden rund 30 Personen zur priorisierten Bearbeitung der Asylverfahren gemeldet mit dem Ziel, dass sie unser Land wieder verlassen.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Vielen Dank, Herr Minister. – Eine weitere Zusatzfrage, Kollege Stickelberger.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Herr Minister, vielen Dank. – Eine Frage haben Sie schon beantwortet, bevor ich sie gestellt habe, nämlich die Frage zu den automatischen Kennzeichenlesesystemen. Vielen Dank für den Hinweis.

Im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien steht, dass Sie dem Landtag jährlich mit der Kriminalstatistik einen Sicherheitsbericht vorlegen werden. Da hätte mich interessiert, was wir unter einem solchen Sicherheitsbericht zu verstehen haben. – Eine schwierige Frage, wenn Sie den Koalitionsvertrag da nicht so kennen.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Felix Schreiner CDU)

Mich interessiert, was wir unter einem solchen Sicherheitsbericht zu verstehen haben und bis wann wir mit dessen Vorläge rechnen können.

Vielen Dank.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, Sie können die Frage auch schriftlich beantworten lassen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abg. Stickelberger, ich freue mich darüber, dass Sie das Koalitions geschehen so exakt verfolgen.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Von A bis Z!)

– Das ist gut so.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Von Aras bis Zimmermann! – Heiterkeit)

Es ist in einer Demokratie immer gut, wenn es kundige und gut informierte Abgeordnete gibt.

Wir werden Ihnen den Sicherheitsbericht zeitnah vorlegen.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Gibt es weitere Zusatzfragen? – Kollege Lorek, Sie haben noch eine Frage.

Abg. Siegfried Lorek CDU: Herr Minister – Herr Stickelberger hat es auch angesprochen –: Könnten Sie bitte noch etwas zu dem Einsatz von AKLS sagen und zu den Erfolgen bei dem ersten Test, bei dem das Gerät eingesetzt wurde, und wie kam man dazu, es jetzt wieder einzusetzen?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Wir haben das automatische Kennzeichenlesegerät eingesetzt, weil wir der Auffassung sind, dass wir vorhandene technische Möglichkeiten, die rechtlich unstreitig zulässig sind, der polizeilichen Arbeit nicht vorenthalten sollten, sondern sie ihr zur Verfügung stellen wollen.

Das gilt insbesondere deswegen, weil wir eine hervorragend arbeitende Polizei haben, aber die Polizei im Bundesvergleich personell eine schlanke Polizei ist. Umso wichtiger ist es, alle technischen Möglichkeiten, die zur Verfügung stehen und die rechtlich zulässig sind, auch einzusetzen.

Deswegen haben wir das automatische Kennzeichenlesegerät zum ersten Mal eingesetzt. Ich kann Ihnen sagen: Es war

schon bei diesem ersten Einsatz außerordentlich erfolgreich. Wir haben eine ganze Reihe von interessanten Treffern durch das Kennzeichenlesegerät erzielt. Das hat einen nicht unmaßgeblichen Beitrag zu den Fahndungserfolgen, die wir bei den Fahndungsmaßnahmen hatten, geleistet. Wir werden das automatische Kennzeichenlesegerät da, wo es sinnvoll ist, auch in Zukunft zur Anwendung und zum Einsatz bringen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Endlich! Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Eine weitere Zusatzfrage, Kollege Berg.

Abg. Lars Patrick Berg AfD: Herr Minister, die Polizei in Baden-Württemberg leistet sehr gute Arbeit. Dennoch habe ich das Gefühl, dass sie in Teilen von der Politik in den letzten Jahren im Stich gelassen worden ist. Baden-Württemberg hat die geringste Polizeidichte im Ländervergleich. Wie wollen Sie denn die guten Dinge, die Sie jetzt gerade genannt haben, mit dieser geringsten Polizeidichte, wie sie Baden-Württemberg eben hat, umsetzen? Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise hat eine wesentlich höhere Polizeidichte pro Einwohner.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abg. Berg, Sie haben mit Ihrer ersten Bemerkung recht: Die Polizei in Baden-Württemberg leistet eine hervorragende, eine exzellente Arbeit. Zweitens ist auch Ihre Analyse richtig, dass die baden-württembergische Polizei von der Personalstärke, bezogen auf die Bevölkerungszahl, sehr schlank ist. Um es klar zu formulieren: Es ist die schlankste Polizei, die es in Deutschland gibt.

Deswegen hat sich diese Koalition aus den Grünen und der CDU darauf verständigt, innerhalb dieser Legislaturperiode 1 500 zusätzliche Stellen bei der Polizei in Baden-Württemberg zu schaffen, davon 900 Stellen im Polizeivollzugsdienst. Wir haben das nicht nur beschlossen und angekündigt, sondern ich bin Ihnen, dem Landtag von Baden-Württemberg, außerordentlich dankbar, dass Sie vor einigen Wochen – ich glaube, nicht mit Ihrer Zustimmung, Herr Abg. Berg – beschlossen haben, dass wir mit 381 zusätzlichen Stellen für die baden-württembergische Polizei einen ersten, nicht ganz unbeachtlichen Aufschlag machen. Wir bilden im Augenblick so viele Polizistinnen und Polizisten aus wie möglich.

Ich darf diesen Dank an den Landtag von Baden-Württemberg gleich mit der Bitte verbinden, bei den anstehenden Beratungen des Doppelhaushalts 2018/2019 unsere Polizei weiter signifikant personell zu stärken. Das ist dringend notwendig.

Das ist im Übrigen nicht nur die Meinung des Innenministers. Vielmehr hat die von mir eingesetzte Gruppe zur Evaluierung der Polizeistrukturereform im dritten Teil ihrer Analyse klar zum Ausdruck gebracht, dass wir erstens eine sehr schlank aufgestellte Polizei haben und dass diese Polizei zweitens außerordentlich erfolgreich arbeitet, dass sie aber auch am Anschlag arbeitet und wir dringend eine weitere personelle Verstärkung für die baden-württembergische Polizei brauchen. Ich freue mich über die Unterstützung des Landtags von Baden-Württemberg – von Ihnen allen – bei den anstehenden Haushaltsberatungen über diesen Bereich.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Eine weitere Frage, Kollege Hinderer.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Kollege, ich habe lieber einen guten Handwerker als zwei schlechte!)

Abg. Rainer Hinderer SPD: Herr Innenminister, Sie haben selbst auch das Thema „Gewalthandlungen gegen Polizistinnen und Polizisten“ angesprochen. Das sehen wir genauso wie Sie: 4 394 Fälle sind 4 394 Fälle zu viel. Wir verzeichnen einen Anstieg um 12 %. Sie haben gesagt, dass Sie sich damit nicht abfinden wollen.

Können Sie vielleicht etwas zu Ihren konkreten Maßnahmen sagen? Ich konkretisiere meine Frage anhand von zwei Beispielen: Wie ist der Stand der Ausstattung mit Bodycams in dem Modellversuch, und gibt es z. B. ähnlich wie in der Justiz ein Konzept zum Umgang mit dem Phänomen Reichsbürger und mit der Gewalt, die von Reichsbürgern ausgeht?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Natürlich gibt es entsprechende Konzeptionen, wie mit Reichsbürgern und mit anderen gewaltgeneigten, gewaltbereiten Gruppen umzugehen ist. Es ist ein Teil der Ausbildung, der Schulung unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, dass sie selbst alles dazu beitragen, deeskalierend zu wirken.

Es kommen weitere Dinge hinzu, für die ich sehr dankbar bin. So wurde beispielsweise in der letzten Sitzung des Koalitionsausschusses in Berlin vereinbart, den Straftatbestand, der Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten, Gewalt gegen Vollstreckungsbeamte insgesamt betrifft, noch einmal zu erweitern, insbesondere aber auch das Strafmaß zu erhöhen. Dafür war es höchste Zeit. Ich bin unserem Berliner Koalitionspartner dankbar dafür, dass er sich dazu am Ende der Legislaturperiode in Berlin noch durchringen konnte.

Das Zweite ist – danach haben Sie konkret gefragt –: Ja, die Bodycam ist ein Instrument zur Gewaltdeeskalation. Die Bodycam ist natürlich wichtig, um Straftaten aufzuklären, um Beweissicherung vorzunehmen. Überall auf der Welt, wo die Bodycam mit wissenschaftlicher Begleitung getestet worden ist, war ein Ergebnis unstrittig, nämlich dass es beim Einsatz der Bodycam zu weniger Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte kommt.

Deswegen hat sich diese Koalition auf die Einführung der Bodycam verständigt. Wir haben dazu keine fünf Jahre Diskussion über die Bodycam gebraucht. Vielmehr wurde die Einführung hier im Landtag von Baden-Württemberg schon nach fünf Monaten einstimmig – mit Ausnahme der Stimmen einer Fraktion – beschlossen und verabschiedet. Sie ist in einem Landesgesetz verankert. Ich werde morgen – wenn Sie mögen, sind Sie herzlich dazu eingeladen –

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Plenarsitzung!)

– Entschuldigung, nicht morgen, sondern am Freitag – Herr Abg. Hinderer, da ist keine Plenarsitzung, sonst könnte ich das auch nicht machen – werden wir hier in Stuttgart in eine erste Erprobungsphase mit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gehen.

Sie sehen also: Wir reden nicht lange, wir reden insbesondere nicht eine gesamte Legislaturperiode lang, sondern wir haben die Einführung der Bodycam nach fünf Monaten beschlossen, und jetzt geht es in die praktische Erprobung.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Eine weitere Frage, Kollege Lorek.

Abg. Siegfried Lorek CDU: Zunächst freut es mich, dass die SPD-Fraktion nach der Bodycam fragt, nachdem sie den entsprechenden Gesetzentwurf abgelehnt hat. Vielleicht sieht sie auch die Notwendigkeit für die Bodycam.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der AfD)

Herr Minister, Sie haben die Stellen bei der Polizei angesprochen. Meine Fragen lauten: Haben wir genügend Bewerberinnen und Bewerber? Wie sieht es mit der Qualität der Bewerberinnen und Bewerber für den Polizeiberuf aus?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abg. Lorek, das ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich darf Ihnen sagen, dass das nicht schlecht aussieht. Ich suche gerade die genauen Zahlen. Das Erfreuliche ist – das will ich gleich einmal vorwegschicken –, dass wir nach wie vor

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Seite 4!)

in ausreichender Zahl qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber haben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Seite 4, Herr Minister!)

Es ist erfreulich – das meine ich jetzt ganz ernst –, dass es eine ausreichende Zahl junger Frauen und Männer gibt, die sich mit großer Leidenschaft, viel Idealismus und großer Empathie für den Polizeiberuf bewerben.

(Der Redner blättert in seinen Unterlagen. – Abg. Anton Baron AfD: Weiß jemand von der CDU-Fraktion, welche Seite?)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: So weit gut, Herr Minister?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Nein. Entschuldigung, Herr Präsident. Ich würde gern einige Zahlen vortragen, die sehr interessant sind. Ich bitte um Nachsicht.

(Unruhe)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Der Minister hat fünf Minuten Zeit.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Genau.

(Der Redner sucht weiter in seinen Unterlagen. – Zuruf: Das ist live! – Heiterkeit – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Auch interessant: Ein ganzes Parlament schaut dem Minister beim Suchen zu! – Zuruf von der AfD: Kann ich das auf Facebook posten?)

(Minister Thomas Strobl)

Gebt mir das bitte einmal. – Ja, genau.

(Dem Redner wird ein Dokument gereicht. – Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Da steht jetzt bei mir etwas anderes.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Jetzt kann ich Ihnen die Zahlen genau nennen, Herr Abg. Lorek. Sie sind nämlich in der Tat interessant; ich habe sie bloß nicht alle im Kopf. Im Jahr 2014 haben sich 3 615 Menschen für die Polizei Baden-Württemberg beworben, und im Jahr 2015, ein Jahr später, waren es 4 946. 2016 waren es sogar 6 426.

2015 haben wir 801 Personen eingestellt, 2016 1 120 Personen. 2017 stellen wir – diese Zahl ist Ihnen bekannt – 1 400 Personen ein. Damit haben wir ein Verhältnis von Bewerbungen zu Einstellungen von 4 : 1 bis 5 : 1. Ich finde, das ist ein ganz ordentliches Verhältnis. Das ist auch ganz in Ordnung: Nicht jede und nicht jeder kann Polizistin oder Polizist werden. Wir haben eine ordentliche Auswahl.

Die Qualifikation der eingestellten Personen im Rahmen der Einstellungen ist für den mittleren PVD folgendermaßen: 2015 insgesamt 561 Einstellungen, davon 439 mit Abitur oder FH-Reife. 2016 waren es 759 Einstellungen, davon 588 mit Abitur oder FH-Reife. Das heißt, wir haben im mittleren PVD im Grunde genommen drei Viertel und mehr mit Abitur oder FH-Reife.

Der Testwert im Rahmen des Einstellungsverfahrens für das aktuelle Jahr 2017 liegt deutlich über 100 Punkten. Die Mindestleistung liegt aktuell bei 96 bzw. 98 Punkten für den gehobenen Polizeivollzugsdienst. Das ist insgesamt ein sehr, sehr schönes Ergebnis.

Wir haben also nach wie vor hohe Bewerberzahlen. Sie sind Ausdruck eines großen Interesses am Polizeiberuf und auch ein deutlicher Indikator für die Attraktivität des Polizeiberufs in Baden-Württemberg.

Ich schließe mit dem, was ich eingangs sagte. Es ist, wenn ich Ihnen das einmal so berichten darf, auch für mich als Innenminister eine große Freude, zu sehen, dass es junge Polizeianwärterinnen und -anwärter, junge Polizistinnen und Polizisten gibt, die wirklich mit leuchtenden Augen, Freude, Empathie, Leidenschaft und großer Sachkenntnis dem Polizeiberuf nachgehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Georg Nelius SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Eine weitere Frage des Kollegen Räßple. Aber sowohl der Fragesteller als auch der Minister haben zusammen nur noch 45 Sekunden Redezeit.

Abg. Stefan Räßple AfD: Herr Minister, noch einmal zur Statistik. Wir haben in Baden-Württemberg 250 000 Tatverdächtige. Wir haben es schon gehört: 10 % davon – 25 000 – sind Flüchtlinge. Interessant ist aber auch noch, wie groß der nicht deutsche Anteil ist: 107 000, also über 40 % der Tatverdächtigen, sind nicht deutscher Herkunft. Wie erklären Sie sich das?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, einen Satz.

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Eine Sekunde!)

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Ich empfehle Ihnen, Herr Abg. Räßple, einen Blick in die aktuelle Polizeiliche Kriminalstatistik, die ich Ihnen gern zur Verfügung stelle.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Vielen Dank. Damit ist das erste Thema abgehandelt.

Ich rufe das zweite Thema auf, beantragt von der Fraktion der AfD:

Allgemeine Einstellungsbedingungen für den Polizeidienst in Baden-Württemberg

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Berg, bitte.

Abg. Lars Patrick Berg AfD: Sehr verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Innere Sicherheit, der Schutz von Leib und Leben der Polizeibeamten und der Bürger in Baden-Württemberg ist der AfD-Fraktion eminent wichtig. Deswegen möchte ich Sie fragen, Herr Minister: Welche Maßnahmen ergreifen Sie ganz konkret, um die Einstellungsoffensiven weiter voranzuplanen, weiter zu intensivieren? Wie sehen die Einstellungsvoraussetzungen bei diesen Einstellungsoffensiven konkret aus? Welche Tests werden durchgeführt, um geeignetes Personal für den Beruf des Polizeibeamten zu gewinnen? Wie viel Erfolg haben Sie dabei bisher zu verbuchen?

Eine zweite Frage: Kann sich die Landesregierung auch vorstellen, bei den Einstellungsoffensiven neue Testverfahren durchzuführen? Liegt es nach Ihrer Ansicht im Rahmen des Möglichen, die Polizei in Baden-Württemberg – wie flächendeckend auch mit Körperkameras geplant – mit einer Elektrodistanzimpuls-Waffe, nämlich dem Taser, auszustatten?

Vielen Dank.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Jetzt gebe ich noch einen allgemeinen Hinweis: Man stellt eine Frage. Dafür hat man drei Minuten Zeit, und der Minister hat fünf Minuten Zeit zur Beantwortung. In der nächsten Runde stellt man dann die zweite Frage. Aber vorher kommen die anderen Partner dran.

Herr Minister, zur Beantwortung der ersten Frage haben Sie fünf Minuten.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Sie haben jetzt ein ganzes Konglomerat von Fragen gestellt. Es ist gar nicht möglich, sie alle in der knappen Zeit zu beantworten.

Nur vorneweg: Die Elektrotaser werden wir bei der baden-württembergischen Polizei nicht flächendeckend zum Einsatz bringen. Das ist auch nicht sinnvoll. Unsere Spezialkräfte haben solche Instrumente. Aber wir wollen auch aus ermittlungstaktischen Gründen keine Auskunft geben, in welchen Fällen sie zur Anwendung kommen, wer sie im Einzelnen zur Anwendung bringt. Ein flächendeckender Einsatz ist nicht ge-

(Minister Thomas Strobl)

plant. Gleiches gilt im Übrigen für die Bodycam. Diese Instrumente werden anlass- und situationsbedingt dort eingesetzt, wo sie sinnvoll zur Anwendung kommen.

Jetzt haben Sie eine Reihe von Fragen gestellt, was die Einstellungsvoraussetzungen bei der baden-württembergischen Polizei angeht. Diese möchte ich Ihnen gern beantworten.

Die allgemeinen Voraussetzungen sind erstens, dass Bewerberinnen und Bewerber Deutsche im Sinne von Artikel 116 des Grundgesetzes sind – Ausnahmen: Europäische Union usw. –, zweitens, dass sie Gewähr dafür bieten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten, drittens, dass Bewerberinnen und Bewerber nicht mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind, viertens, dass sie mindestens 160 cm groß sind, und fünftens müssen sie polizeidiensttauglich und damit körperlich wie gesundheitlich fit sein.

Es gibt dann Unterschiede bei der Einstellung in den Laufbahngruppen: Für den mittleren Polizeivollzugsdienst darf man am Einstellungstag nicht jünger als 16,5 Jahre und nicht älter als 30 Jahre sein, mindestens ein mittlerer Bildungsabschluss mit der Mindestnote 3,2 ist erforderlich.

Für den gehobenen Polizeivollzugsdienst darf man nicht älter als 31 Jahre sein, es ist Fachhochschulreife oder Abitur mit dem Notendurchschnitt 3,0 oder besser oder ein gleichwertiger Bildungsabschluss notwendig.

Es gibt ein umfangreiches Testverfahren. Darunter fällt auch der angesprochene Deutschtest, der aus einem Sprachverständnistest und einem Rechtschreibtest besteht. Der Sprachverständnistest, verehrte Abgeordnete, besteht aus 30 Multiple-Choice-Fragen mit jeweils drei vorgegebenen Antworten, beispielsweise: „Falschgeldscheine sind: Knospen, Stängel oder Blüten?“

(Heiterkeit bei der AfD)

Dann gibt es einen Rechtschreibtest, und zwar im Sinne eines Lückendiktats. Ich bin mir nicht sicher, ob alle von Ihnen diesen Rechtschreibtest bestehen würden.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Gut zuhören! –
Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das sollten wir hier einmal machen! Das wäre interessant im Ergebnis!)

In Schulnoten ausgedrückt bewegt sich der Deutschtest im Bereich der Note „befriedigend“. Wir halten es für angezeigt, die Anforderungen an den Deutschtest nicht abzusenken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zweitens gibt es einen Intelligenztest, drittens muss ein 3 000-m-Lauf absolviert werden, viertens findet ein Auswahlgespräch statt, und fünftens erfolgt eine gründliche ärztliche Untersuchung.

Dieses Testverfahren stellt sicher, dass wir auch in Zukunft qualifizierten Nachwuchs bei der baden-württembergischen Polizei haben.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Vielen Dank. – Eine Zusatzfrage des Kollegen Lorek.

Abg. Siegfried Lorek CDU: Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben vorhin in der letzten Runde die Bewerberzahlen dargestellt. Wenn wir jetzt noch weitere Einstellungen zum Einstellungskorridor obendrauf legen wollen: Wäre es nach der Erfahrung möglich, durch gezielte Nachwuchswerbekampagnen weitere Bewerberinnen und Bewerber zur Bewerbung bei der Polizei zu animieren?

Zweitens: Wären die Ausbildungskapazitäten, die wir derzeit landesweit vorhalten, steigerungsfähig?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abg. Lorek, was Ihre erste Frage angeht – danach hat auch der Kollege Berg schon gefragt;

(Abg. Lars Patrick Berg AfD unterhält sich mit Abgeordneten der AfD.)

aber er interessiert sich für die Antwort gerade nicht –:

(Abg. Lars Patrick Berg AfD: Doch, auf jeden Fall!)

Natürlich sind wir auch sehr stark unterwegs, Nachwuchs anzuwerben und auf die erfüllende und sinnstiftende Arbeit in der baden-württembergischen Polizei hinzuweisen. Wir machen das, weil dies bei jungen Leuten sehr wichtig ist, etwa im Bereich der sogenannten sozialen Medien. Die Polizeipräsidien sind – jedes Polizeipräsidium für sich – mit entsprechenden Aktivitäten vor Ort unterwegs. Wie ich Ihnen ja dargestellt habe, ist die Bewerberlage ganz in Ordnung, aber wir bemühen uns stetig, junge Menschen für den Polizeiberuf zu interessieren und gegebenenfalls zu begeistern.

Die zweite Frage, die Herr Abg. Siegfried Lorek angesprochen hat: Wie ist es mit den räumlichen Kapazitäten, was die Ausbildung angeht? Herr Abgeordneter, ich muss Ihnen leider sagen, wir arbeiten Oberkante Unterlippe. Die Ausbildungskapazitäten der baden-württembergischen Polizei sind insbesondere mit der Einstellung der 1 400 Personen, die wir im Jahr 2017 vornehmen werden – auch dank der Beschlüsse des Landtags von Baden-Württemberg –, voll ausgelastet. Sie sind im Grunde genommen in einer Art und Weise ausgelastet, dass es der Innenminister nur mit einem sehr schlechten Gewissen vertreten kann, wie wir junge Anwärterinnen und Anwärter unterbringen, in welcher Enge wir in den Ausbildungsstätten bis hin zur Hochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen arbeiten. Das ist im Grunde genommen auf Dauer so nicht hinnehmbar.

Da wir aber in der Koalition gemeinsam den Plan entwickelt haben, in den nächsten Jahren diese hohen Ausbildungskapazitäten zu haben – das ist aufgrund der Personalsituation in der baden-württembergischen Polizei auch dringend notwendig –, werden wir jedenfalls aus Sicht des Innenministeriums nicht umhinkommen, zusätzliche Ausbildungskapazitäten zu schaffen. Darüber sind wir in der Landesregierung im Augenblick in Gesprächen, insbesondere mit dem Finanzministerium, und ich freue mich über jede Unterstützung aus dem Parlament. Möglicherweise wird es uns auch bei den Beratungen des Doppelhaushalts 2018/2019 beschäftigen, die Ausbildungssituation bei der baden-württembergischen Polizei zu verbessern, insbesondere was die Räumlichkeiten angeht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Eine weitere Frage des Herrn Abg. Stickelberger.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Herr Minister, zum letzten Punkt kann ich Ihnen natürlich die Unterstützung der SPD-Fraktion versichern.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Das ist schön.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sie haben ja zutreffend beschrieben – da sind wir uns einig –, dass die Polizei qualifiziertes Personal benötigt. Sie haben auch die Voraussetzungen beschrieben, die erfüllt sein müssen, um in den Polizeidienst zu gelangen.

Vor dem Hintergrund auch dieser hohen Anforderungen wäre meine Frage: Verfolgen Sie die Pläne für einen Freiwilligen Polizeidienst weiter? Wenn ja, wie weit sind diese Pläne gediehen? Und wie halten Sie es dann angesichts der hohen Anforderungen, die an die Polizei gestellt sind, mit dem Freiwilligen Polizeidienst, der ja bisher, was die Anforderungen angeht, deutlich hinter diesem Anforderungsprofil zurückbleibt?

Vielen Dank.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abg. Stickelberger, zunächst ein Dankeschön für die angekündigte Unterstützung, was die Schaffung weiterer Ausbildungskapazitäten für die baden-württembergische Polizei angeht. Darauf komme ich gern zurück.

Den Polizeifreiwilligendienst gibt es in Baden-Württemberg. Wir haben in der Koalition vereinbart, dass wir ihn auf eine neue rechtliche Grundlage stellen wollen. Daran arbeiten wir. Ansonsten kommt der Polizeifreiwilligendienst dort zum Einsatz, wo wir das für sinnvoll erachten.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Eine weitere Frage, Herr Abg. Dr. Gedeon.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Herr Minister Strobl, Sie haben vor Kurzem in der Antwort auf eine Kleine Anfrage Folgendes geäußert: Es

können Bewerberinnen und Bewerber mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit eingestellt werden, wenn für die Gewinnung der Beamtin oder des Beamten ein dringendes dienstliches Interesse besteht. Ein solches wird für Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit bejaht. Bezogen auf den nordafrikanischen Raum wird bislang ausschließlich für Algerien ein dringendes dienstliches Bedürfnis bejaht.

Wie viele Fälle eines dienstlichen Bedürfnisses haben Sie bei diesen 3 000 Menschen festgestellt, das heißt, wie viele türkische Polizisten mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit – also nicht solche mit doppelter Staatsangehörigkeit, sondern solche, die überhaupt keinen deutschen Pass haben – haben Sie eingestellt? Es können ja auch Leute mit viel Empathie z. B. für Herrn Erdogan oder Sympathie für dessen neue Politik eingestellt worden sein. Sympathie und Empathie sind ja keine Werte an sich. Entscheidend sollte vielmehr die politische Grundausrichtung sein.

Also: Wie viele Leute haben Sie eingestellt, die keinen deutschen Pass haben?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abgeordneter, ich bemühe mich, so viele Polizistinnen und Polizisten, wie es nur geht, persönlich kennenzulernen, aber alle kenne ich natürlich nicht. Insofern habe ich diese Zahl nicht im Kopf. Wir werden sie Ihnen schriftlich nachliefern.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Ungefähr?)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Eine weitere Frage, Kollege Berg.

Abg. Lars Patrick Berg AfD: Herr Minister, es ist lobenswert, dass auch die Landesregierung jetzt erkannt hat, dass mehr Personal und auch mehr Finanzmittel in die Aus- und Fortbildung der Polizei investiert werden müssen.

Frage 1: Sehen auch Sie es so, dass es fahrlässig war, in der Vergangenheit die Zahl der Aus- und Fortbildungsstandorte zu reduzieren?

Frage 2: Welche konkreten Maßnahmen werden Sie für die Hochschule in Villingen-Schwenningen umsetzen?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abg. Berg, ich muss Sie hinsichtlich Ihrer Wortwahl etwas korrigieren. Die Landesregierung hat nicht „jetzt auch erkannt“, sondern sie hat das von Anfang an erkannt, weil es schon ein wesentlicher Bestandteil bei der Bildung dieser Koalition gewesen ist, dass wir mehr für die Polizei in Baden-Württemberg tun wollen. Deswegen machen wir das in der Landesregierung, seit es diese Landesregierung gibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Zweiter Punkt: Ja, wir sind in der Regierung – ich habe Ihnen das gesagt – insbesondere mit dem Finanzministerium im Gespräch mit dem Ziel, die Ausbildungskapazitäten auszuweiten. Aus Sicht des Innenministeriums ist das auch erforderlich. Das ist allerdings mit Kosten verbunden. Deswegen muss ich das mit der Frau Finanzministerin besprechen und muss es dann auch, wenn die Landesregierung sich verständigt hat, mit Ihnen, mit dem Landtag von Baden-Württemberg, besprechen, weil Sie, der Haushaltsgesetzgeber, letztlich auch für diese Investitionen zuständig sind.

Wir haben an der Hochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen eine außerordentlich beengte räumliche Situation. Selbstverständlich haben wir auch hier Überlegungen, wie wir zu Entlastungen kommen können. Diesbezüglich sind wir im Augenblick in Gesprächen innerhalb der Landesregierung.

Sobald wir ein Konzept erarbeitet haben, werden wir das dem Landtag und dann auch der Öffentlichkeit vorstellen.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Ich sehe keine weiteren Fragen zu diesem Thema. – Herr Minister, ich bedanke mich ganz herzlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich darf das dritte Thema, beantragt von der Fraktion GRÜNE, aufrufen:

Innovationsfonds Kunst

Wem darf ich das Wort erteilen? – Kollege Kern, bitte.

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Ich frage die Landesregierung: Wie hat sich der Innovationsfonds Kunst des Landes Baden-Württemberg in der Sparte Kulturprojekte im ganzen Land entwickelt? Können Sie uns beispielhafte Projekte aus den letzten Jahren nennen, und wie bewerten Sie die Entwicklung des Innovationsfonds Kunst insgesamt?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Wem darf ich das Wort geben? Frau Staatssekretärin? – Ja, bitte.

Staatssekretärin Petra Olschowski: Vielen Dank, lieber Manfred Kern. – Der Innovationsfonds Kunst existiert seit 2012. Mittlerweile kann man sagen, dass er einer der wichtigen Bausteine der Kulturpolitik der Landesregierung ist, der es ermöglicht, parallel zur institutionellen Förderung starke inhaltliche Impulse im Bereich Kunst und Kultur zu setzen. Ein ähnliches Instrument gibt es in diesem Ausmaß bisher in keinem anderen Bundesland in Deutschland. Baden-Württemberg nimmt somit bundesweit eine Vorreiterrolle ein.

Seit 2012 wurden insgesamt 465 Projekte mit etwas mehr als 11 Millionen € finanziell unterstützt. Wie bereits in der Frage angeklungen, gibt es verschiedene Programmlinien. Vor allem eine davon beschäftigt sich sehr stark damit, die Kunst- und Kulturförderung auch in kleinere Gemeinden im Land zu bringen und somit einen besonderen Blick auf die regionale Verteilung zu werfen. Im Rückblick zeigt sich, dass dies gelungen ist. Insgesamt gibt es fünf Projektlinien. Eine offene Projektlinie heißt „Innovative Kunst- und Kulturprojekte“. Von Anfang an gibt es diese Projektlinie, und sie wird es auch weiterhin geben.

Ich nenne weiter die Bereiche der kulturellen Bildung und der Interkultur. Seit drei Jahren gibt es als besondere Linie „Kunst und Kultur für das ganze Land“ zur Förderung der regionalen Kulturangebote und Kulturprojekte zur Integration und Partizipation von Flüchtlingen als Reaktion auf die Situation in Deutschland.

Für uns ist es besonders wichtig, dass wir durch diesen Fonds die Möglichkeit haben, neue künstlerische Beteiligungs- und Ausdrucksformen vor allem auch spartenübergreifend zu fördern – also nicht immer der Gedanke des institutionellen spartenbezogenen Förderns –, sodass wir Experimentierfelder möglich machen und gesellschaftsrelevante Fragen in diesem Kontext aufgreifen können.

Ich möchte ein paar Beispiele nennen, bei denen sich gezeigt hat, wie wichtig diese Finanzierung ist. Aufgrund der gebotenen Kürze ein Beispiel aus Esslingen: Dort gibt es eine Initiative junger Musikerinnen und Musiker, das PODIUM. Bevor dieses Projekt überhaupt von der Stadt Esslingen oder von irgendjemandem sonst in diesem Bereich institutionell gefördert worden ist, wurde es bereits über den Innovationsfonds gefördert. Mittlerweile gehört es zu den wichtigen Einrichtungen, die wir im Land mit 50 000 € institutionell fördern, die von der Stadt und mittlerweile auch von der Bundeskulturstiftung gefördert werden. Es war somit über den Innova-

tionsfonds möglich, eine Initiative, ein Experiment junger Musikerinnen und Musiker – damals hieß das Projekt „Butterfly under Glass“, eine Tanz-, Licht- und Musikperformance – zu fördern. Sie hat sich danach im Weiteren institutionell etabliert.

Ein weiteres Thema, das für uns ganz wichtig geworden ist, ist „Digitalisierung und kulturelle Bildung“. Es ist im Moment ein Schwerpunktthema unserer Kulturpolitik. Einen ersten Impuls konnten wir über das Projekt „Open Up!“ setzen, mit dem wir neue Wege der Kulturvermittlung für Museen unterstützen konnten. Auch dies war ursprünglich ein Projekt, das über den Innovationsfonds gefördert wurde; es hat sich so bewährt, dass wir es auch weiterhin fördern.

Ich möchte noch ein Beispiel nennen: inter!m e. V. Das ist eine Kunstbiennale im Biosphärengebiet Schwäbische Alb, ursprünglich gefördert als eine Initiative, die ehemalige Kasernen- und Militärgelände mit kulturellen Aktivitäten auf der Schwäbischen Alb bespielt. Jetzt ist sie Teil des großen Projekts „TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel“, das von der Bundeskulturstiftung und vom Land – vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – über den Innovationsfonds begleitend gefördert wird mit den sieben Landkreisen Alb-Donau-Kreis, Biberach, Heidenheim, Ostalbkreis, Reutlingen, Schwäbisch Hall und Sigmaringen und den LEADER-Regionen Brenz, Jagst, Mittlere Alb und Oberschwaben.

Das heißt, solche Projekte, die landkreisübergreifend, aber auch städte- oder regionenübergreifend sind und bei denen wie in diesem Fall mehrere Institutionen zusammenkommen, können idealerweise über ein Instrument wie den Innovationsfonds gefördert werden. Über die institutionelle Förderung, die eben starr ist, und Basisarbeit geht das sicher nicht.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Eine weitere Frage, Kollegin Kurtz.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Sie haben gesagt, 465 Projekte seien seit 2012 mit 11 Millionen € gefördert worden. Es ist wirklich beachtlich, was hierdurch angeschoben werden konnte.

Können Sie uns noch einmal darlegen, wie hoch der Haushaltsansatz aktuell ist? Wir haben gehört, dass die einzelnen Ministerien jetzt mit hohen Sparauflagen belegt werden. Können Sie sicherstellen, dass dieser Innovationsfonds ungeschoren davonkommt und bestehen bleibt, oder rechnen Sie mit einer Minderausgabe?

Danke schön.

Staatssekretärin Petra Olschowski: Vielen Dank, Frau Kurtz. – Wir haben den Innovationsfonds in den letzten Jahren tatsächlich in unterschiedlicher Höhe ausbezahlt. In aller Regel lag das Volumen bei etwa 2 Millionen €. 2014 konnten wir 2,7 Millionen € ausbezahlen; im Moment stehen wir bei einer Summe zwischen 1,5 Millionen € und 1,9 Millionen €. Sie sehen also, dass der Betrag schwankt. Dies hat tatsächlich mit der Frage zu tun, wie stark das Haus von Einsparauflagen über die globale Minderausgabe betroffen ist.

(Staatssekretärin Petra Olschowski)

Wir versuchen, das Thema „Globale Minderausgabe“ im Haus in einem einigermaßen fairen Balanceakt zwischen institutioneller und projektbezogener Förderung zu verteilen. Das bedeutet, dass wir im vergangenen Jahr tatsächlich eine hohe globale Minderausgabe im Bereich des Innovationsfonds Kunst erbringen mussten; in diesem Fall waren es 1 Million €.

Da die Verhandlungen für den kommenden Doppelhaushalt gerade erst begonnen haben, kann ich im Moment noch nicht sagen, wie sich diese Verhandlungen entwickeln werden. Ganz klar ist aber, dass wir im ganzen Haus schauen müssen, wie wir diese deutlichen und für uns auch hohen Einsparauflagen im Rahmen der Schuldenbremse verteilen. Hiervon ist der Innovationsfonds ebenso betroffen wie andere Bereiche auch.

Dennoch ist es aktuell gelungen, drei Förderlinien mit entsprechenden Projekten zu bewilligen. Wir haben hierbei Mittel in Höhe von 1 Million € für 45 Projekte bereitgestellt, die 2017 in der ersten Tranche bewilligt wurden; eine zweite Tranche folgt im Herbst.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Eine weitere Frage, Frau Kollegin Rolland.

Abg. Gabi Rolland SPD: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. Ich sehe, Sie haben gute Argumente, und ich hoffe, die Finanzministerin wird diese auch hören, wenn es um Haushalt und Finanzen geht.

Ich habe eine Frage: Kürzlich wurde der Innovationsfonds in den Regierungspräsidien noch einmal den Kulturschaffenden vorgestellt. Ich war bei einer dieser Vorstellungen dabei, und ich habe dabei den Eindruck gewonnen, dass die Zeit zwischen der Antragstellung, also der Bewerbung, und der Entscheidung durch die Jury mit dem eventuellen Zuschlag doch sehr lang ist. Der Aufwand ist zudem recht hoch. Sehen Sie Möglichkeiten, die Dauer zwischen Antragstellung und Umsetzung des Projekts zu verkürzen?

Staatssekretärin Petra Olschowski: Das ist auf jeden Fall eine wichtige Anmerkung. Wir hatten gerade im vergangenen Jahr durch den Wechsel der Landesregierung und die daraus folgenden Umstrukturierungsmaßnahmen relativ lange Zeiträume. Es ist natürlich wichtig, dass die Entscheidungen verhältnismäßig zügig getroffen werden. Gleichzeitig muss man sehen, dass die Bewerberzahlen sehr hoch sind und die Prüfung aller Projekte daher natürlich Zeit in Anspruch nimmt.

Die Antragsfristen betragen etwa sechs bis acht Wochen. Bei der Frage, wann die Jury tagt und wie rasch die Juryentscheidungen kommuniziert werden, gibt es sicherlich noch Möglichkeiten der Verbesserung und Beschleunigung.

Immer wieder erreicht uns die Frage, wie es gelingen kann, den bürokratischen Aufwand in diesem Bereich zu vermindern. Wir prüfen im Moment tatsächlich alle Förderlinien daraufhin ab. Das ist aber natürlich auch deshalb schwierig, weil wir dem Rechnungshof gegenüber auch diese Projekte ganz klar offenlegen müssen. Da müssen die Dinge einfach stimmen. Teilweise sind hier aber gerade kleinere Initiativen beteiligt, die viel auf ehrenamtlicher Basis arbeiten und für die dies – das ist ganz klar – eine große Herausforderung ist.

Wir bemühen uns im Haus sehr stark darum, die Künstlerinnen und Künstler und die Institutionen in diesem Bereich zu

begleiten. Aber hier sind sicherlich noch Verbesserungsmöglichkeiten gegeben. – Ich nehme das mit.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Eine weitere Frage, Herr Abg. Kern.

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Frau Staatssekretärin, vielen Dank für Ihre bisherigen Ausführungen. – Eine Frage hätte ich noch: Gibt es einen Überblick darüber, wie viele über den Innovationsfonds erstmalig geförderte Projekte jetzt in eine stetige, nachhaltige Förderung gelangt sind? In welchem Umfang ist dies der Fall?

Staatssekretärin Petra Olschowski: Tatsächlich müsste ich diese Zahl, um sie wirklich korrekt zu sagen, nachliefern. Ich glaube, es sind nicht so viele. Man muss dazusagen, dass viele Projekte von Institutionen oder von Verbindungen von Institutionen, von Kooperationen gestellt werden, wobei einzelne Bereiche durchaus auch schon von uns gefördert werden. Insofern ist es sehr häufig so, dass mindestens ein Partner – häufig sind es mehrere Partner, die zusammenkommen – so wieso von uns gefördert wird.

Ich habe es vorhin genannt: So etwas wie das PODIUM Esslingen, das sind schon auch Ausnahmen, weil wir in diesem Fall auch – Im Normalfall, muss ich sagen, gehen wir von der Beteiligung der Kommunen und, wie in anderen Bereichen auch, von einer Art Subsidiaritätsprinzip aus. In diesem Fall hatte man tatsächlich das Gefühl – vor allem hatte auch die Jury das Gefühl –: Das Projekt ist so gut, dass man unabhängig davon, welche Absicherungen es sonst noch gibt, eine Unterstützung leistet. Das kann man in Ausnahmefällen einmal machen. Im Großen und Ganzen ist das aber nicht die Regel. Insofern werden die Zahlen nicht hoch sein. Aber ich liefere sie korrekt nach.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Gibt es weitere Fragen? – Frau Kollegin Gurr-Hirsch.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Frau Kollegin, wie sieht es mit den Voraussetzungen für die Antragstellung aus? Muss ein Antragsteller oder eine Gruppe eine bestimmte Organisationsform haben, und muss sie schon geraume Zeit existieren, bevor sie als Antragsteller auftreten kann?

Danke schön.

Staatssekretärin Petra Olschowski: Liebe Frau Gurr-Hirsch, antragsberechtigt sind in der Regel nur gemeinnützige Institutionen, also Stiftungen, Vereine, öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Körperschaften. Sie müssen inhaltlich dem Ressortbereich der Kunstabteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zugeordnet sein. Es muss also mindestens ein Kooperationspartner dabei sein, der dieses Kriterium erfüllt.

Nicht bewerben können sich Einzelpersonen oder freischaffende Künstlerkollektive. Das heißt, es muss eine Organisationsstruktur dahinter geben. Und – das ist eine Frage, die immer wieder kommt – Antragsteller können auch nicht Kommunen sein, also Kulturämter von Kommunen. Wenn wir anfangen würden, Ämter zu fördern, wäre das eine schwierige Konstruktion. Danach wird aber tatsächlich oft gefragt. Allerdings befürworten wir es natürlich, wenn die Kommunen beteiligt sind und kommunale Träger dabei sind.

(Staatssekretärin Petra Olschowski)

Es gibt keine Vorlage darüber, wie lange diese Einrichtungen schon existieren müssen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Danke schön!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Gibt es weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall.

Es sind auch keine weiteren Themen angemeldet worden. Damit wäre die heutige Regierungsbefragung beendet. – Vielen Dank, Frau Staatssekretärin.

Staatssekretärin Petra Olschowski: Ich danke.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, darf ich auf der Besuchertribüne eine Delegation der Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft unter der Leitung von Herrn Ständerat Joachim Eder recht herzlich begrüßen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ebenfalls unter den Gästen begrüße ich mit großer Freude Ihre Exzellenz, Frau Botschafterin Christine Schraner Burgener, sowie die Generalkonsulin in Stuttgart, Frau Irene Flückiger Sutter.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die Gäste sind bereits gestern zu Gesprächen nach Stuttgart gekommen. Ziel der Reise ist es, die sehr guten, langjährigen Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz zu pflegen und zu vertiefen. Dabei haben die Kolleginnen und Kollegen aus Bern Gespräche mit Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Frau Landtagspräsidentin Muhterem Aras geführt. Beim Treffen mit Mitgliedern des Ausschusses für Europa und Internationales unter der Leitung unseres Kollegen, Herrn Vorsitzenden Willi Stächele, wurden unterschiedliche Themen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit erörtert.

Sehr geehrter Herr Kollege Eder, sehr geehrte Frau Botschafterin, hochgeschätzte Gäste aus der Schweiz, ich heiße Sie in der Plenarsitzung des Landtags von Baden-Württemberg sehr herzlich willkommen. Schade, dass Sie nicht an der Vormittagssitzung teilnehmen konnten.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Da haben wir über die Flugverkehrsbelastung in Südbaden diskutiert.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ich wünsche Ihnen weiterhin einen wunderschönen Aufenthalt bei uns. Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Entwicklung des ökologischen Landbaus und dessen Tierhaltungsverfahren in Baden-Württemberg – Drucksache 16/277 (Geänderte Fassung)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich für die Fraktion GRÜNE dem Kollegen Hahn.

Abg. Martin Hahn GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Nachbarn aus der Schweiz! In der letzten Woche haben wir in der grünen Landtagsfraktion über Naturschutz diskutiert. In dieser Debatte wurde deutlich, dass das, was wir in der Bundesrepublik im Allgemeinen unter Naturschutz verstehen, ganz wesentlich der Schutz von Kulturlandschaften ist, von Landschaften, die über Jahrhunderte und Jahrtausende von bäuerlicher Hand entstanden sind und noch heute von Landwirten bewirtschaftet werden.

Ich denke, dass es am Anfang einer solchen Debatte auch gut ist, denjenigen, die diese Landschaften heute bewirtschaften und im Kern auch schützen, unser Lob, unseren Dank und unsere große Anerkennung auszusprechen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der AfD und der SPD)

Die ökologische Landwirtschaft ist in der Verbindung von Landwirtschaft und Naturschutz natürlich die Speerspitze. Ob wir über den CO₂-Ausstoß, den Artenschutz, die Frage der Biodiversität, den aktiven Bodenschutz und – natürlich – den völligen Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel sprechen: Da ist der ökologische Landbau ganz vorn.

Ökologisch besonders wertvoll, Wirtschaftskreisläufe vor Ort mit hohem Arbeitseinsatz, neue Arbeitsplätze in Handwerk und verarbeitendem Gewerbe mit hoher regionaler Wertschöpfung und nicht zuletzt ein Wachstumsmarkt mit Zukunft – für uns Grüne ist dies ein wichtiger Faktor für die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Norbert Beck CDU)

Wir Grünen und die grün-rote Koalition haben bereits in der letzten Legislaturperiode in diesem Bereich gute Arbeit geleistet. Die Prämien für die ökologische Landwirtschaft wurden verstetigt und abgesichert, Ausgleichszahlungen bzw. die Umstellungsbeihilfe über die zweite Säule der europäischen Agrarpolitik wurden abgesichert. Es ist in den letzten Jahren gelungen, die Prämienhöhe anzupassen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das Aktionsprogramm „Ökologischer Landbau“ ist installiert worden. Die Einrichtung von Forschungs- und Bildungsanstalten wie in Emmendingen oder die Obstbauversuchsanstalt Bavendorf sind wichtige Meilensteine in der Weiterentwicklung des ökologischen Landbaus in Baden-Württemberg.

In der aktuellen Koalition ist die Weiterentwicklung des Aktionspakets „Ökologischer Landbau“ zentral. Dazu zählen die Stärkung des Bereichs Öko in der Ausbildung, die regionalen und ökologischen Produkte in Kantinen und bei Großverbrauchern, aber auch die Einrichtung der Bio-Musterregionen. Zu den Bio-Musterregionen hatten wir hier gestern eine große

(Martin Hahn)

Anhörung, die gezeigt hat, welche Funktion die Bio-Musterregionen – deren Einrichtung haben wir im Koalitionsvertrag beschlossen – für die ökologische Landwirtschaft in unserem Land haben können. Damit legen wir gute Grundlagen für die Weiterentwicklung der Ökobranche in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die ökologische Landwirtschaft und dabei die ökologische Tierhaltung zeigen eine etwas schwächere Dynamik, als sich die Entwicklung im Ganzen darstellt. Die Tierhaltung ist im Ökobereich natürlich – so sage ich mal – nicht so prioritär. Wenn Menschen ihre Einkaufsgewohnheiten umstellen, werden daneben oft die Ernährungsgewohnheiten verändert. Dadurch hat die ökologische Tierhaltung nicht ganz die gleiche Entwicklungsdynamik wie die Tierhaltung im konventionellen Bereich; sie ist aber genauso wichtig, weil mit diesen Produkten eine höhere Wertschöpfung stattfinden kann. Das ist für uns Grüne und – so glaube ich – für uns alle wichtig.

(Beifall bei den Grünen)

Zum Entwicklungstrend: Von 2010 bis 2016 ist die ökologisch bewirtschaftete Fläche in Baden-Württemberg von 100 000 auf 150 000 ha und die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe von 2 500 auf 3 150 gestiegen. Zusätzlich gibt es in Baden-Württemberg 150 neue Händler und Verarbeiter. Dies sind gute Erfolgswahlen.

Zurzeit kommt täglich ein neuer Ökolandwirt auf den Markt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und täglich hört einer auf in Baden-Württemberg!)

– Ja, aber ein neuer Ökolandwirt ist wieder ein neuer Unternehmer, der uns beim Kampf in dem Milliardenmarkt hilft. 10 Milliarden € Umsatz bringt die Ökobranche in der Republik. Ich glaube, das sind Zahlen, um die es geht. 10 % aller Landwirte produzieren inzwischen ökologisch. 10 % der Fläche werden ökologisch bewirtschaftet, und – das ist die entscheidende Zahl für die Marktwirtschaftler unter uns – es gibt jährlich 10 % Wachstum.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich denke, dass es ein gutes Zeichen ist, in Wachstumsmärkte zu investieren und politische Signale zu setzen: „Ja, ihr seid gewollt. Mit euch gehen wir in die Zukunft.“

(Beifall bei den Grünen)

Ich bin davon überzeugt, dass das, was das BMEL vorlegt – 20 % ökologische Landwirtschaft –, ein gutes Etappenziel ist. Aber das Entscheidende für uns ist – ich denke, auch die politisch Verantwortlichen hier sehen das so –, dass wir so viel Öko wie möglich wollen, aber nur, wenn die Betriebe ein ordentliches Einkommen haben und in Zukunft von ihrer Arbeit leben können. Das muss das Kernthema sein. Wir brauchen stabile bäuerliche Betriebe in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Hahn, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Rolland?

Abg. Martin Hahn GRÜNE: Gern.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte, Frau Kollegin.

Abg. Gabi Rolland SPD: Vielen Dank, Herr Kollege Hahn. – Ich habe folgende Frage: Wie stark ist in Baden-Württemberg die Ausbildung der Landwirte für den ökologischen Landbau? Kommt das vor, oder muss sie ausgebaut werden? Wie schätzen Sie das ein?

(Zuruf von der SPD: Der Stellenwert!)

– Der Stellenwert; das Wort habe ich gerade gesucht.

Abg. Martin Hahn GRÜNE: Es gibt verschiedene Ebenen, was die Ausbildung in der ökologischen Landwirtschaft betrifft. Es gibt einen Bundes-Ausbildungsplan, der überarbeitet werden muss. Er liegt schon von seinem Namen her nicht in unserer Hand. Aber das, was wir tun können, tun wir. Wir haben eine ökologische Fachschule eingerichtet. Wir haben den Fachschulunterricht stärker auf diese Themen bezogen, und es gibt – das steht im aktuellen Koalitionsvertrag – eine stärkere Ausrichtung der Universität Hohenheim auf das Themenfeld der ökologischen Landwirtschaft.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Sehr gut!)

Das ist ein Thema, bei dem ich sage: Wir sind dran, aber noch nicht fertig.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Potenzial, Luft nach oben!)

Herr Minister, Frau Staatssekretärin, vielen Dank auch bei diesen Themen für Ihre Arbeit sowie die des ganzen Hauses, denn wir haben schon den Eindruck, dass alle daran mitarbeiten. Es ist wichtig, dass das Ganze ein Gemeinschaftsprojekt wird und bleibt. Die Zwischenbilanz kann sich aus meiner Sicht sehen lassen: gute Politik von Grün und Schwarz für die Ökobranche.

Ich danke auch den Unternehmen und ihren Mitarbeitern für ihren Einsatz, denn nur deren Erfolg zeigen wir heute. Wir, die grün-schwarze Koalition, stellen lediglich die Leitplanken – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die gelungene Verbindung aus Ökologie und Ökonomie in der ökologischen Landwirtschaft ist beispielhaft für den Innovationsmotor, für Ökologie und Nachhaltigkeit auch für andere Wirtschaftsbereiche in Baden-Württemberg.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Dr. Rapp das Wort.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der ökologische Landbau in Baden-Württemberg wächst, und das ist gut. Er hat hier seit Langem eine große Bedeutung.

Nun darf ich die Ausführungen des Kollegen Hahn auf die Zeit vor der Regierungszeit von Grün-Rot erweitern. Bereits 1995 sind die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe und die ökologisch bewirtschaftete Fläche deutlich und kontinuierlich gestiegen. Vor 2011 waren bereits ca. 29 % der bundesweiten Fläche des Ökolandbaus in Baden-Württemberg zu finden. Baden-Württemberg war damit bereits 2011 in der

(Dr. Patrick Rapp)

Spitzengruppe aller Bundesländer. Wenn wir uns die Entwicklung der letzten sechs Jahre anschauen, erkennen wir: Dieser Trend hin zum Ökolandbau hat sich fortgesetzt, und dieser hat – auch das zeigt sich bei dieser Entwicklung – Gott sei Dank keine politische Farbe.

Dieser Anstieg ist aber nicht in allen Bereichen zu verzeichnen. Die Zahlen müssen daher etwas differenzierter betrachtet werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Es gibt Bereiche mit starken Zuwächsen; das gilt z. B. für den Bereich der Dauerkulturen. Es gibt aber auch Bereiche mit einem Rückgang; das ist z. B. im Bereich des Ökogemüses der Fall. Zudem sehen wir relativ große Unterschiede zwischen den Landkreisen.

Wichtig ist aber: Die Nachfrage nach den ökologisch produzierten Lebensmitteln steigt. Das zeigt sich auch daran, dass die Produkte heute nicht mehr nur im Bioladen, sondern eben auch in jedem Discounter zu finden sind. Deutschland ist mittlerweile der größte Markt für Ökolebensmittel in der EU. Das heißt auch, dass die Landwirte in unserem Land hier in wachsender Konkurrenz zu Betrieben aus anderen EU-Ländern, aber eben auch zu Betrieben aus Nicht-EU-Ländern stehen. Ziel muss es daher sein, einen möglichst hohen Anteil unseres Bedarfs selbst zu decken, das heißt, möglichst viel im Land ökologisch produzieren zu können.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ökolandbau hat viele Vorteile in Bezug auf die Schonung der Umwelt, aber auch in vielerlei anderer Hinsicht. Ich glaube, ich brauche das hier an dieser Stelle nicht auszuführen; es dürfte gesellschaftlicher wie politischer Konsens sein.

Der Ökolandbau hat aber auch spezielle Probleme. Das beste Beispiel sind aktuell die Ökowinzer. Hier fehlt es beispielsweise an den zugelassenen Mitteln für die Eindämmung des Falschen Mehltaus. Wir arbeiten hier gemeinsam für die Wiederzulassung z. B. von Kaliumphosphonat.

Wir wollen gute und faire Rahmenbedingungen für den konventionellen und auch den ökologischen Landbau. Wichtig ist für uns, dass jeder Betrieb selbst entscheiden kann, wie er wirtschaftet, und dass Politik dies eben nicht vorschreibt.

Wir fördern den Umstieg und die Beibehaltung der ökologischen Produktion, jetzt auch ergänzt – da bin ich den Kollegen der Fraktion GRÜNE dankbar – um das Modell der Bio-Musterregionen.

Ich danke auch Minister Peter Hauk mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür, dass er dem Ökolandbau einen derart wichtigen Stellenwert einräumt und die bestehenden Programme fortführt, hier aber auch neue Impulse setzt.

Eine tiergerechte Haltung – das Thema wurde schon angesprochen – ist für uns sowohl im ökologischen als auch im konventionellen Bereich wichtig. Wenn rund 10 % der Betriebe ökologisch wirtschaften, ist das gut. Aber wir dürfen die anderen 90 % nicht aus dem Blick nehmen. Es sei hier auch einmal angemerkt: Die vielen bäuerlichen Familienbetriebe

bewirtschaften ihre Höfe seit mehreren Generationen. Genau das wäre nicht möglich, wenn nicht von vornherein auf eine naturnahe und tiergerechte Arbeit geachtet worden wäre.

Trotz der Verbesserungsmöglichkeiten, die wir im konventionellen Anbau sehen, sollten wir wieder lernen, zu differenzieren. Es ist klarzustellen, dass die pauschale Darstellung, der Ökolandbau sei an jeder Stelle besser und der konventionelle Anbau grundsätzlich immer schlechter, nicht zielführend ist. Man kann sich in diesem Zusammenhang z. B. auch fragen, ob ein Biowaldhonig aus den Wäldern Südamerikas mit all seinen Transportwegen und Auswirkungen für die hiesige Imkerei zwingend besser ist als der konventionell produzierte Waldhonig aus dem Schwarzwald, und das nur wegen des Labels.

(Zuruf von den Grünen: Klar!)

Ich denke, dass wir hier noch vieles im Detail klären müssen. Übrigens verzichten bereits heutzutage viele konventionelle Landwirte auf Spritzmittel oder Ähnliches, sie haben das Tierwohl im Blick, und das auch ohne Biosiegel.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Überdies gewinnt die naturnahe Produktion bzw. Bioproduktion auch mit Blick auf die Regionalität eine zunehmende Bedeutung. Diese Entwicklung biologischer Produktion bzw. naturnaher Produktion wird hierdurch befördert. Aber genau in diesem Bereich müssen wir etwas mehr tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Wir, die CDU, begrüßen es daher nachdrücklich, dass dem Thema Regionalität seitens des Ministeriums mehr Raum gewidmet wird und es als Zukunftsthema unterstützt wird. Wenn wir einen Blick in die Zukunft werfen, dann müssen wir sagen: Der ökologische und der konventionelle Landbau können gerade auch mit Blick auf die Regionalität voneinander profitieren.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Es braucht auf jeden Fall einen intensiven Austausch zwischen ökologischem und konventionellem Landbau. Es braucht Austausch mit Blick auf Technik, aber auch mit Blick auf Pflanzungen und Züchtungsverfahren.

Vor diesem Hintergrund – das soll der Schlusssatz sein – werden wir hoffentlich bald mit dem Eintreten einer Vision konfrontiert, die ein enges Miteinander beider Zweige, den Blick auf regionale Kreisläufe und ein stärkeres Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger umfasst. Unsere Aufgabe ist es, dabei die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Herre.

Abg. Stefan Herre AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen Abgeordnete! Bio hat Tradition in Baden-Württemberg. Der Talhof in Heidenheim wurde bereits 1929 umgestellt – zu Zeiten, als viele Bauern noch „Bio“ waren, ohne es zu wissen. Diese Pioniere sahen voraus, wie die Landwirtschaft ihre wichtige Stellung in der Mitte der Gesellschaft zugunsten von Massenproduktion um fast jeden Preis aufgeben und verlieren würde.

Eine erste Umstellungswelle gab es Anfang der Siebzigerjahre – von ganz wenigen widerständigen Charakterköpfen ausgehend – am Kaiserstuhl, auf der Alb und am Bodensee. Eine weitere Umstellungswelle gab es dann Ende der Achtzigerjahre, als die Umstellung zum ersten Mal finanziell gefördert wurde.

Ebenso ein Charakterkopf war Landwirtschaftsminister Gerhard Weiser von der CDU. Er war so souverän wie neugierig und gab schon Anfang der Achtzigerjahre Forschungsgelder nach Hohenheim, um einen prüfenden Blick auf Bio zu werfen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das war ein Kerle, gell?)

Der damalige FDP-Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Georg Gallus aus Hattenhofen, sagte auf einer Veranstaltung in Hohenheim, auch in den Achtzigerjahren – ich zitiere –:

Ich liebe euch Bios, weil ihr weniger Überschüsse produziert.

Milchseen und Butterberge waren zu jener Zeit das Hauptthema der Agrarpolitik. Viele der Pioniere standen der Umstellungsbeihilfe Ende der Achtzigerjahre skeptisch gegenüber. Die Neuumsteller bekamen das Know-how der Pioniere kostenlos geliefert und haben die Subventionen eingepreist. Der erste Preisrutsch war da.

Die Grünen sehen sich heute als politische Alleinerben dieser Bewegung, obwohl sie in anderen Politikfeldern überhaupt nicht im Sinne der damaligen, meist konservativen Pioniere und Erblasser handelten und somit de facto das Erbe ausgeschlagen haben.

Dafür gibt es zum Glück eine neue Partei, die dieses Erbe in den gesellschaftlichen Fragen

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Jetzt machen Sie aber ein Spässle!)

von Kultur, Familie und Freiheit für eigenes Denken und eigene Initiative statt politischer Bürokratie durch den Nanny-Staat antritt und pflegt.

(Beifall bei der AfD)

Wenn mit diesem Antrag der Grünen vor allem Zahlen abgefragt werden, so antworten wir mit den Ursachen und Beweggründen, die zum Entstehen und Wachstum des ökologischen Landbaus geführt haben. Verantwortungsbewusste, in Generationen und in die Zukunft denkende, in ihren Traditionen und Überzeugungen fest stehende Bauern haben gegen den

Mainstream und gegen kurzfristige finanzielle Vorteile gehandelt.

Philipp Freiherr zu Guttenberg hat beim Forstkammertag in der letzten Woche in Rottenburg der ideologischen Entmündigung und Enteignung durch immer mehr Vorschriften und Verbote die Werte Freiheit und Eigentum, Familie und Tradition entgegengehalten. Diese Werte haben den deutschen Wald über Jahrhunderte zu diesem ökologisch und gesellschaftlich unschätzbaren Wert und Erbe gemacht.

In gleicher Weise haben diese Werte Bedeutung für die Landwirtschaft und ganz besonders für den Bioanbau. Staatlicher Unterstützung, die nur begleitet – ohne Bevormundung –, stimmen wir zu. Die Maßnahmen rund um das FAKT-Programm auf der Anbauseite und das Biozeichen Baden-Württemberg auf der Vermarktungsseite sind ausreichend und hoffentlich sparsam genug, denn wir möchten kein Umstellungstrohfeuer durch zu viel Steuergeld.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Der schlanke und nur deshalb starke Staat erfüllt seine Aufgabe, wenn er Hindernisse und Gefahren für den Biolandbau aus dem Weg räumt.

Die größte Gefahr droht wieder einmal aus Brüssel. Der bisherige Entwurf des Agrarkommissars Phil Hogan für eine neue EU-Bioverordnung sieht aufgrund von Umweltbelastungen und konventionell bewirtschaftenden Nachbarn nicht erfüllbare Pestizidgrenzwerte für Bio vor. Dies würde zu einer unangenehmen Umkehr der Beweislast und einer Abkehr vom Verursacherprinzip führen. Hier ist die gesamte Regierung zum entschiedenen Widerstand auf Bundesebene und in Brüssel aufgefordert. Wir werden die Entwicklung aufmerksam beobachten.

Herr Präsident, Herr Minister, meine Damen und Herren Kollegen, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Nelius.

Abg. Georg Nelius SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Entwicklung des biologischen Landbaus in Baden-Württemberg ist, insgesamt gesehen, erfreulich. Die SPD ist schon seit vielen Jahren der Auffassung, dass die ökologisch bewirtschaftete Fläche und ihr Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche gesteigert werden müssen – dies umso mehr, wenn es Landwirtinnen und Landwirte gibt, die auf Bio umstellen wollen, und wenn es immer mehr Verbraucher gibt, die Bioprodukte nachfragen.

Um diese Nachfrage zu befriedigen, brauchen wir mehr einheimische Produzenten, damit biologisch erzeugte Produkte nicht über Hunderte oder gar Tausende von Kilometern herangeschafft werden müssen. Denn dadurch geht natürlich auch der ökologische Vorteil gegen null.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

(Georg Nelius)

Ich möchte in Erinnerung rufen, dass vor der grün-roten Regierungszeit – unter der Ägide der CDU – der biologische Landbau stiefmütterlich behandelt wurde. Damals wollte man wohl bei einigen Funktionären punkten, die bis auf den heutigen Tag nicht aus den Schützengräben zwischen biologischem und konventionellem Landbau herausgekommen sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, es darf auch nicht verschwiegen werden, dass es Fragen und gravierende Probleme gibt, die teilweise auch in diesem Antrag und der Stellungnahme zum Ausdruck kommen. So ist der Anteil des Biolandbaus zwar insgesamt gestiegen, aber in fünf Landkreisen ist er zurückgegangen, in einigen stagniert er. Die Gründe hierfür werden in der Stellungnahme zu dem Antrag aber nicht genannt.

Hinzu kommen die besonderen Probleme der Biowinzer – Kollege Dr. Rapp hat auch schon darauf hingewiesen –, die dazu führten, dass vor allem im Jahr 2016 viele Biowinzer enorme Schäden in Kauf nehmen mussten und sich überlegen, ob sie nicht wieder auf den konventionellen Anbau umsteigen.

Ein weiteres Problem ist die sehr schleppende und hinter dem anderen Bereich zurückbleibende Entwicklung des biologischen Landbaus in der Tierhaltung, vor allem bei Schweinen und Geflügel. Hier sollten die vorhandenen Förderprogramme nochmals dringend dahin gehend hinterfragt werden, ob man Förderung und Beratung in diesem Bereich vielleicht noch zielgenauer verbessern könnte.

Als Fazit bleiben folgende Feststellungen: Der ökologische Landbau kam in den letzten Jahren in der Summe gut voran, deckt aber immer noch nicht die Verbrauchernachfrage ab. Er muss also gezielt so gefördert werden, dass er relativ und absolut zunimmt, was seinen Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche und die ökologisch bewirtschaftete Fläche insgesamt betrifft.

Wir freuen uns natürlich, dass die CDU und Herr Hauk hier vom Saulus zum Paulus geworden sind und den biologischen Landbau ernsthaft begleiten. Sie haben aber sicher auch Verständnis dafür, dass wir skeptisch sind und bleiben und diese Entwicklung deshalb sehr genau beobachten.

Natürlich könnte man sich an den Wachstumszahlen des ökologischen Landbaus berauschen:

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nein! Das ist falsch!)

Beispielsweise ist in meinem Wahlkreis, dem Neckar-Odenwald-Kreis, zwischen 2011 und 2015 die Zahl der Ökobetriebe um 33 % gestiegen. Nüchtern betrachtet ist ihr Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe aber nur von 3 auf 4 % gestiegen. Wir hoffen, dass die Ausweisung von Bio-Musterregionen einen weiteren Schub für den Biolandbau auslöst.

Alle Fortschritte und Aktivitäten im biologischen Landbau dürfen uns aber nicht vergessen lassen, den konventionellen Landbau, der weit über 90 % der Betriebe und Flächen umfasst, ebenfalls weiterzuentwickeln. Wenn wir eine zukunftsfähige Landwirtschaft wollen, müssen wir vor allem dort ansetzen und für mehr Nachhaltigkeit, mehr Tierwohl und eine fairere Bezahlung der dort erzeugten Produkte sorgen.

Wenn wir mit unserer Landwirtschaftspolitik neben der Nahrungsmittelproduktion wirklich etwas für den Erhalt und die Pflege der Kulturlandschaft, den Klimaschutz, die Sicherung der Ressourcen Wasser, Luft und Boden, die Verbesserung der Biodiversität und die Förderung der artgerechten Tierhaltung erreichen wollen, ist eine Weiterentwicklung der Landwirtschaft über den Biolandbau hinaus dringend notwendig.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Abschließend: Wir sind davon überzeugt, dass unsere Gesellschaft das genauso sieht. In der heutigen Ausgabe der „Stuttgarter Zeitung“ wird eine Umfrage zitiert, die erfragte, welche Berufe in Zukunft besonders wichtig seien. In diesem Ranking lagen die Landwirte knapp hinter den Ärzten überraschend auf Platz 2. 87 % der Befragten sahen die Landwirtschaft als wesentliche Grundlage für unsere zukünftige Lebensqualität.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Dr. Bullinger das Wort.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der Grünen – Entwicklung des ökologischen Landbaus und dessen Tierhaltungsverfahren in Baden-Württemberg – zielt sicherlich darauf ab, den Wachstumsschub darzustellen, den es in den letzten fünf Jahren gab – aber nicht in diesem Sinn und entsprechend der Hoffnung, die man hatte. Ich werde die Zahlen nachher noch etwas relativieren, Herr Kollege Hahn.

Zunächst einmal will ich feststellen, dass ich aus einem Landstrich komme – Hohenlohe –, wo man schon vor 50 Jahren in der Bauernschule mit Herrn Stremper den biologischen Landbau vorantrieb

(Abg. Anton Baron AfD: So sieht es aus!)

und wo man mit konventionellem und mit biologischem Landbau hervorragende Produkte erzeugt –

(Abg. Anton Baron AfD: Sehr gut!)

wie in ganz Baden-Württemberg. Eines darf man nicht tun: die eine Wirtschaftsweise gegen die andere ausspielen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Beide Wirtschaftsweisen haben ihre Berechtigung. Es gab noch nie Nahrungsmittel mit so wenigen Rückständen und in der Qualität, wie wir sie hier in Deutschland haben.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Wer das nicht glaubt, möge doch einmal aus dem Urlaub einige Produkte mitnehmen und hier analysieren lassen, was die Rückstände angeht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP, Abgeordneten der AfD sowie der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch und des Abg. Andreas Kenner SPD)

(Dr. Friedrich Bullinger)

Dankenswerterweise zeigt die Stellungnahme zu dem Antrag auch einige Zahlen auf. 2005 bis 2010 hatten wir eine Zunahme der Ökofläche in Baden-Württemberg um etwa 4 000 ha jährlich. In dem Zeitraum, von dem man glaubt, dass es durch den Regierungswechsel zu Grün-Rot einen großen Zuwachs gegeben hätte, waren es gerade einmal 4 500 ha. Man muss also hinterfragen, warum dieser Schub nicht so gekommen ist, wie man es sich eigentlich erhofft hat, meine Damen und Herren.

Ich will aber noch einige Vorbemerkungen zur Großwetterlage machen. Zunächst einmal wird die Forderung nach mehr Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft ja schon lange erhoben. Dabei wird immer vergessen, dass die meisten der Familienbetriebe in Deutschland und in Baden-Württemberg schon seit Generationen, teilweise seit Jahrhunderten von den gleichen Familien geführt werden, ohne dass die Äcker ausgelaugt oder vergiftet worden wären. Im Gegenteil: Die Erträge liegen heute höher. Vergleichen Sie doch einmal die Humusbilanzen von heute mit denen von vor 30 oder 40 Jahren, wenn man die Bodenproben nimmt, die Rückstände oder die Düngung. Da sind wir, glaube ich, auf einem hervorragenden Weg.

Noch einen Punkt möchte ich anmerken: In den letzten drei Jahren waren – ob bei Schweinefleisch, Milch oder auch im Ackerbau – die Preise ruinös. Ich freue mich, dass der Verbraucher bereit ist, durchaus auch etwas mehr auszugeben.

Trotzdem, die neueste Statistik – ich habe jetzt einmal eine Statistik von der Böckler-Stiftung herausgeholt; auch das lese ich, meine Freunde von den Sozialdemokraten und den Grünen – zeigt: Ein Drittel des verfügbaren Einkommens wird für das Wohnen ausgegeben; für Essen und Trinken sind es 14 %, für Verkehr 13 %, für Freizeit und Unterhaltung 11 % und für Sonstiges 26 %. Wir sehen also: gerade einmal 14 % für Essen und Trinken. Das ist sehr wenig, meine Damen und Herren, wenn man langfristig eine nachhaltige Landwirtschaft im Wettbewerb betreiben will.

Wir können uns nicht vorstellen, dass man einen Zaun um Baden-Württemberg herum baut. Diesen Unsinn soll man in Amerika auch lassen. Das heißt für mich: Wir müssen sehen, dass wir in Europa im Wettbewerb stehen, dass wir global im Wettbewerb stehen. Wir haben eine europäische Gemeinschaft und haben, glaube ich, den Wettbewerb einfach anzunehmen.

Es geht – vor allem bei uns – nicht um Ökolandbau im Bereich Bioland oder Demeter – Hochachtung vor der Leistung dort –, sondern es geht darum, vor allem Regionalität in den Vordergrund zu stellen. Regionalität heißt: Derjenige, der das Grünland in benachteiligten Gebieten pflegt, in den Nebentälern unserer Flüsse, derjenige, der die Landschaft pflegt, der die Kulturlandschaft pflegt, der braucht auch eine Entlohnung, und die muss über das Produkt erfolgen. Da muss man für die Regionalität dieser Produkte auch mehr erzielen können. Daran müssen wir arbeiten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Staatssekretärin
Friedlinde Gurr-Hirsch)

Meine Damen und Herren, ich nenne noch einmal ein paar Punkte. Ich bin ein Freund von Ökobilanzen. Das ist von der Definition her immer sehr schwierig. Aber man muss sich auch einmal fragen – – Wenn beispielsweise ein Herbizid aus-

gebracht wird – es muss ja nicht gerade beim Ackerfuchschwanz sein – und im Verhältnis dazu drei- oder viermal mit einem alten Traktor mechanisch darübergefahren wird, sieht man, wenn man da einmal eine Ökobilanz macht – CO₂ usw. –, dass der alternative Landbau nicht unbedingt immer besser ist.

Das Gleiche gilt bei der Milch. Wenn ich bei einer Biomilchmolkerei in 200 km Entfernung die Milch einsammle, ist das einfach nicht gut. Wir haben Beispiele: Bei der Schwarzwaldmilch hat man das regionale Konzept; bei anderen – auch im Bereich der Milchproduktion – sprechen die Entfernungen, die Logistik eigentlich dagegen.

Auch hinsichtlich der sogenannten Turbokuh – das wird oft von der SPD angeführt; ich sage es nachher vielleicht bei der Milch noch einmal – will ich hier klar und deutlich sagen: Kollege von Eyb und ich waren am Samstag bei der Bezirksrinderschau. Bei zwei Milchkühen, die jeweils 8 000 Liter geben, komme ich auf 16 000 Liter.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wenn aber eine Kuh 4 000 Liter produziert, brauche ich vier Kühe, um auf 16 000 Liter zu kommen. Wenn ich dann eine Ökobilanz mache, heißt es ganz klar: Viermal den Grundbedarf abdecken, das ist ökologisch schlechter. Die Lebensleistung muss deshalb nicht schlechter sein. Das sind Dinge, die man, glaube ich, sehen muss.

Das Ziel, in Deutschland auf einen Anteil des Ökolandbaus von 20 % zu kommen, ist in Ordnung. Man muss aber wissen, dass man nur dann 20 % erreicht, wenn man zusätzlich eine Fläche beansprucht, die der Hälfte der Größe Thüringens entspricht, weil die Intensität eben geringer ist. Das sind Dinge, die man, glaube ich, auch beachten muss.

Sicherlich ist der Umbau im Grünlandbereich leichter als im Ackerbau. Trotzdem ist es richtig, dass man diese Dinge weiterhin in der Aus- und Fortbildung in diesem Bereich behandelt. Allerdings weise ich etwas warnend darauf hin: Seit die Discounter so in den Bereich Ökolandbau eingestiegen sind, ist vieles nicht mehr in Ordnung, ist es für die Betriebe bei der gegebenen Struktur in Deutschland und in Baden-Württemberg oft sehr schwierig, ein auskömmliches Einkommen zu erzielen. Das gilt ebenfalls für den Preis für konventionelle Produkte.

Meine Damen und Herren, wenn ich sehe, dass ein Ökobetrieb in Baden-Württemberg im Schnitt 60 ha bewirtschaftet, während es in der Slowakei beispielsweise 453 ha sind, der Mindestlohn bei uns 8,84 € beträgt, wobei die gesamte Familie arbeitet – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Dr. Bullinger! Nachdem Sie noch so viel sagen wollen, sage ich Ihnen: Die Redezeit ist beendet.

(Heiterkeit)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich finde Ihren Hinweis hervorragend. Ich kann auch die Uhr lesen. Ich habe gesehen, dass ich die Redezeit schon überzogen habe. Ich habe

(Dr. Friedrich Bullinger)

mir gesagt: Ich warte einmal, bis der Präsident mich auffordert, aufzuhören.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, nochmals: nicht gegeneinander, sondern miteinander das Marktpotenzial ausschöpfen. Bitte achten Sie auf Ökobilanzen und Regionalität. Das ist viel wichtiger, als nach Ideologie zu schauen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD
– Vereinzelt Beifall bei der SPD – Zuruf: Bravo!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Hauk das Wort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das Wort hat Herr Minister Hauk.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ökolandbau hat in der Tat deutlich zugenommen – auch in Deutschland, aber bei uns besonders. In Baden-Württemberg liegt der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche mittlerweile bei etwa 10 %. Das ist ein Spitzenwert in Deutschland, und, meine Damen und Herren, dieser Wert ist weiterhin ausbaufähig.

Ich muss auch sagen, die Zuwachsraten im Ökolandbau liegen bei über 15 %. In der Wirtschaft liegen die Zuwachsraten ansonsten bei 2, bei 3 oder, wenn es gut läuft, bei 4 %.

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Bei 6 % bekommt man glänzende Augen!)

– So ist es. – Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Zuwachs muss sich letztlich immer an der Nachfrage nach den Produkten orientieren.

Deshalb finde ich es ja ganz nett, wenn der Bundeslandwirtschaftsminister sagt: „Wir haben das Ziel vor Augen: 20 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland sollen ökologisch bewirtschaftet werden.“ Da kann ich sagen: Auch wir in Baden-Württemberg haben ein Ziel vor Augen. Aber wir wollen nicht 20 %, wir wollen mindestens 25 % der Fläche. Ich glaube, das entspricht auch der höheren Kaufkraft und dem Bedürfnis der Bürger in unserem Land.

Aber ich sage Ihnen auch, meine sehr verehrten Damen und Herren: Es ist nicht damit getan, dass 25 % der Fläche ökologisch bewirtschaftet werden. Es ist genauso wichtig, dass wir die Abnehmerpfade gestalten und die Menschen dazu bringen, dass sie auch die teureren, weil unter größerem Aufwand erzeugten Lebensmittel tatsächlich abnehmen. Bisher ist es in Baden-Württemberg gelungen, dass sich dies die Waage gehalten hat. Deshalb hat der Biolandbau Krisen der letzten Jahre längst nicht in dem Umfang mitmachen müssen – Gott sei Dank –, weil dort im Prinzip das Angebot immer etwas knapper war als die Nachfrage. Bei diesem Gleichgewicht – also einem etwas knapperen Angebot als die Nachfrage – müssen wir bleiben. Und da darf der Staat auch nicht überfordern.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich kann mich gut erinnern, dass die Landesregierung in den letzten Jahren immer wieder mit der Aussage kritisiert wurde: „Ihr vom Staat habt uns doch hineingeritten dadurch, dass ihr billiges Geld zur Verfügung gestellt, Förderungen ausgesprochen und Investitionen gefördert habt. Wir konnten doch gar nicht anders. Wir Landwirte mussten ja zugreifen, und jetzt haben wir den Salat.“ Das war immer ein Argument aufseiten der Landwirtschaft in der Frage der Überförderung. Diesen Fehler dürfen wir nicht begehen. Wir müssen das fördern, was notwendig ist und was auch mit der Nachfrage entsprechend Schritt hält. Dazu bedarf es umfassender Maßnahmen wie auch einer Bewusstseinsänderung in der Bevölkerung.

Ich sage eines ganz klar – da bin ich auch froh, dass die Koalition entsprechend übereingekommen ist –: Ökologischer Landbau ist nicht von vornherein besser; er ist anders.

(Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich will den Menschen nicht vorschreiben, was sie essen müssen – um das einmal klar zu sagen –, ich will auch nicht den Konsumenten vorschreiben, was sie einkaufen müssen. Diese Entscheidung muss letztlich jeder Einzelne treffen. Aber er muss sie auch treffen können. Das setzt voraus, dass das Angebot da ist. Und beim Angebot merke ich schon, dass wir auf dem Weg sind, den ökologischen Landbau auch zu demokratisieren. Damit man aus der Nische der Spezialläden, der kleinen Hofläden, die erst angefahren werden müssen, herauskommt, war es dringendst überfällig, dass demokratisiert wird und damit auch im Lebensmitteleinzelhandel, der für jeden Konsumenten zugänglich ist, die betreffenden Produkte erhältlich sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Dazu braucht es natürlich andere Größenordnungen. Das gefällt manchen nicht, die hinter dem ökologischen Landbau immer schnuckelige Betriebe sehen, die ihn romantisieren und mit der Vorstellung verklären: Die Kühe grasen auf der Weide und sind am besten noch mit Namen ansprechbar. Das trifft halt auch nicht mehr so zu, weil die Produktion im ökologischen Landbau

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

genau wie die in anderen Produktionszweigen auch Gesetzmäßigkeiten für Distribution, Verteilung und Logistik unterliegt. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Wenn im Prinzip von 80 Millionen Konsumenten 10 %, 12 %, 15 % die Möglichkeit erhalten sollen, erhalten müssen, zuzugreifen, muss die Distribution entsprechend gestaltet sein, muss die Logistik stimmen. Dazu bedarf es einer gewissen Größenordnung, dazu bedarf es einer gewissen Professionalität. Da müssen im ökologischen Landbau manche Scheuklappen manchmal fallen.

Ich bin froh und dankbar, dass wir in der Landesregierung gemeinsam mit den beiden Regierungsfractionen in den letzten Wochen und Monaten gestritten haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, weil immer wieder von Streit in der Koalition die Rede ist, sage ich: Streit ist notwendig. Auseinan-

(Minister Peter Hauk)

dersetzung um den besten Weg ist zwingend notwendig, wenn man etwas Gutes erreichen will. Wir haben uns auseinandergesetzt. Wir haben auch miteinander um den besten Weg gerungen. Ich glaube, es ist eine gute Lösung herausgekommen, die vorsieht, dass wir uns auch in der Agrarinvestitionsförderung gemeinsam auf den Weg machen und damit ermöglichen, dass Profis beispielsweise auch im Ökolandbau zum Zuge kommen.

Profis heißt zum Teil auch größere Betriebe und, sage ich einmal, auch sehr stark spezialisierte Betriebe. Nehmen wir einmal das Thema Gemüse. Es ist ja wahr: Andere Länder haben in den letzten Jahren flächenmäßig zum Teil stärker im Ökolandbau profitiert, vor allem im Osten der Republik. Das ist nicht wegzudiskutieren. Wenn es jedoch um die Intensität der landwirtschaftlichen Produktion ging, hat sich herausgestellt: Da haben wir nach wie vor die Nase vorn, weil wir bei den Sonderkulturen ganz stark sind, beispielsweise beim Gemüseanbau, beim Paprikaanbau, beim Gurkenanbau und dergleichen mehr.

Das bedingt natürlich einen hohen Spezialisierungsgrad. Das bedingt Gewächshäuser, zum Teil große Gewächshäuser, richtige Bauwerke. Es gefällt auch nicht jedem, wenn ein glitzernes Gewächshaus in der Nachbarschaft steht. Das ist nicht mit einem schnuckeligen Glasgewächshaus vergleichbar, wie es früher üblich war – hundehüttenmäßig, einen halben Meter hoch, wie man das beispielsweise im Garten für den Salatbau gekannt hat. Das sind vielmehr 6 bis 8 m hohe Gewächshäuser mit Grundflächen von 0,5 ha, 1 ha oder mehr. In Holland sind solche Gewächshäuser 30, 40, 50 ha groß.

Meine Damen und Herren, da sind Profis am Werk. Wenn es so ist, dass der Lebensmitteleinzelhandel heutzutage Waren aus biologischer Produktion aus Baden-Württemberg nachfragt, wir aber diese Nachfrage gar nicht vollständig aus Baden-Württemberg befriedigen können,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP nickt.)

weil übrigens auch Kommunalpolitiker – ich denke da nur an Nordbaden, an die Rheinebene – verhindern, dass dort größere Bauwerke – beispielsweise solche Gewächshäuser – entstehen, dann muss ich halt auch sagen: Wir brauchen auch das Verständnis dafür, dass der Ökolandbau in der Zukunft genauso notwendig ist und dass er auch professionell agieren muss, wenn er Lieferketten, Angebotstreue und Liefertreue realisieren muss. Das ist letztendlich genauso notwendig.

Ich bin froh, dass wir uns in der Koalition einig waren. Deshalb sage ich herzlichen Dank an die Kollegin Braun sowie die Kollegen Dr. Rapp, Martin Hahn und Klaus Burger dafür, dass wir uns über die künftigen Modalitäten der Förderung verständigt haben. Denn ich halte es für notwendig, dass wir diesen Zug, diesen Trip, die vorhandene Nachfrage nicht an uns vorbeirauschen lassen und die Nachfrage nicht die Länder südlich der Alpen bedienen lassen, sondern diese Nachfrage selbst bedienen und dies auch tatsächlich ermöglichen und die Landwirte dabei in der Umstellung auch entsprechend fördern und fordern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Es ist, glaube ich, ganz entscheidend, dass wir den Ökolandbau entlang der Nachfrage begleiten. Ich sage nicht „planwirtschaftlich begleiten“. Eine Zieldefinition ist in Ordnung, aber eine Zieldefinition muss entlang des Wirtschaftens und darf nicht entlang einer Ideologie erreicht werden.

Wir haben in den letzten Monaten versucht, einiges auf den Weg zu bringen, was in der Vorgängerregierung nicht ganz gelungen ist, auch wenn Sie, Herr Kollege Nelius, das Hoelied des Ökolandbaus gesungen haben. Ich frage mich aber natürlich: Wo wollen Sie auf zugewachsenen Flächen Ökolandbau betreiben?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja!)

Auch diese Frage muss man einmal stellen. Ich meine, auch Grünland bedingt Offenland und keinen Wald. Wir kommen vielleicht auch noch zur Ökozertifizierung der Wälder. Wir sind ja beim FSC schon weit fortgeschritten; aber das war, glaube ich, nicht die Intention Ihrer Rede.

Wir sind schon relativ weit fortgeschritten. Wir haben vereinbart, dass das Kompetenzzentrum Ökologischer Landbau auf der Hochburg erweitert wird. Da sind wir mit Hochdruck dran. Es steht weiteres Personal zur Verfügung. Beim Landwirtschaftlichen Technologiezentrum Augustenberg ist ein eigenes Referat „Ökologischer Landbau“ gegründet worden.

Der NABU fordert, wie ich vorhin gelesen habe, dringend eine Ökoprofessur – wahrscheinlich in Hohenheim, nehme ich an. Das steht auch im Koalitionsvertrag unserer beiden Parteien. Aber bevor wir eine Professur einrichten, müssen wir einmal mit den Fachleuten sprechen. Wir sind in Gesprächen darüber, wie wir das am besten verwirklichen.

Am Ziel geht da nichts verloren. Wir verfolgen das Ziel, den ökologischen Landbau verstärkt in der Agrarwissenschaft zu verankern. Das ist unser Ziel. Das wollen und das werden wir auch erreichen. Ob wir es mit einer Professur

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Angewandte Wissenschaften, Herr Minister!)

oder mit anderen Methoden und Maßnahmen erreichen, sei im Augenblick dahingestellt. Aber an dem Ziel halten wir auf alle Fälle fest.

In diesem Jahr findet die Ausschreibung für die Bio-Musterregionen in Baden-Württemberg statt. Das ist ein erster Ansatz.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Vier Stück sollen eingerichtet werden. Ich bin gespannt. Das soll im Rahmen einer Wettbewerbssituation erfolgen. Das heißt, Regionen haben die Möglichkeit, sich zu bewerben. Diejenigen, die die besten Konzepte entwickeln, werden am Ende auch zum Zuge kommen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Was verspricht man sich eigentlich davon?)

Damit, meine Damen und Herren, hat man Voraussetzungen geschaffen, dass der Biolandbau in Baden-Württemberg auch weiterhin eine gute Zukunft hat.

(Minister Peter Hauk)

Ein Letztes möchte ich noch sagen: Am Ende ist für mich als Landwirtschaftsminister oder Minister für den ländlichen Raum natürlich entscheidend, dass Landbau und Wertschöpfung auf der gesamten landwirtschaftlichen Fläche in Baden-Württemberg betrieben werden. Wir werden deshalb – da sind wir uns Gott sei Dank einig – den Biolandbau unterstützen, um das vorhandene Nachfragepotenzial auch bedienen zu können. Überall dort, wo Wachstumsmärkte sind, will und muss Baden-Württemberg als wirtschaftsorientiertes Land diese unterstützen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir legen die Sorgen der konventionell bewirtschaftenden Bauern natürlich nicht einfach ad acta und sagen nicht, die interessierten uns nicht. Es interessiert uns natürlich, dass auf den über 90 % der weiteren landwirtschaftlich genutzten Fläche möglichst umweltfreundlich gewirtschaftet wird und wir die Prinzipien – Herr Kollege Stein hat vorhin auf Minister Gerhard Weiser verwiesen –

(Zurufe: Herre!)

– Kollege Herre war es. Sorry. – Sie brauchen sich jetzt nicht das Erbe des Landwirtschaftsministers aus Nordbaden anzuziehen, sondern das kann die Partei, der er angehört hat, ganz gut und auch bis zum heutigen Tag verkörpern.

(Zurufe von der AfD)

Ich sage Ihnen auch, dass wir dazu ein Bekenntnis zur baden-württembergischen Regionalität brauchen. Ich habe eingangs gesagt: Bioprodukte sind nicht per se besser; sie sind zunächst einmal anders hergestellt.

(Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Deshalb muss unsere Zielsetzung sein, insgesamt die Regionalität in Baden-Württemberg nach vorn zu bringen, regionale Produkte und regionale Wertschöpfung nach vorn zu bringen. Dazu dient natürlich das Qualitätszeichen Baden-Württemberg. Hier wird auf hohem Niveau produziert. Durch dieses Zeichen wird erkennbar, dass es sich um baden-württembergische Produkte handelt, und es dient auch dazu, deutlich zu machen, dass eben nicht nur Bioäpfel aus Neuseeland bei Edeka oder Rewe zu erwerben sind, sondern auch Bioäpfel vom Bodensee, die mit dem Biozeichen Baden-Württemberg ausgezeichnet wurden. Damit ist auch für den Verbraucher erkennbar, dass nur „Bio und regional“ am Ende optimal ergibt und nicht allein die biologische Produktion.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Damit, meine Damen und Herren, glaube ich, ist die Landesregierung auf einem guten Weg, auf einem guten Pfad. Selbstverständlich ist der Weg noch nicht zu Ende, aber wir sind gut dabei. Daher können wir mit Fug und Recht sagen: „Diejenigen Menschen, die sich mit Ökoprodukten ernähren wollen, haben die Chance, das auch mit Produkten aus Baden-Württemberg zu tun.“ Daran müssen wir weiter arbeiten.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Bullinger?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Es ist schon eine Nachfrage, weil ich meine Rede bereits beendet habe. – Aber, Herr Dr. Bullinger, gern.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, ich wollte von Ihnen noch ergänzend erfahren, wie Sie folgenden Sachverhalt beurteilen. Es gibt Ökobetriebe, die vor allem für Discounter im Osten – in Rumänien, in Polen, in Tschechien und sonst wo – produzieren, und im Gegensatz dazu haben wir die regionalen Betriebe in unserem Land. Diese haben das Problem, dass bei der Ernte für die Saisonarbeiter der Mindestlohn gegenwärtig bei 8,84 € pro Stunde liegt. Hingegen liegt der Stundenlohn beispielsweise in Bulgarien bei 1,42 € oder in Spanien bei 4,29 €. Das halten wir nicht für gut. Wie wollen Sie dies bei den arbeitsintensiven Kulturen zugunsten der heimischen Produkte, der Regionalität, zu unterstützen versuchen?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Ich bin der festen Überzeugung: Wir werden das nicht dadurch erreichen, dass wir möglichst die gleichen Dumpinglöhne auch bei uns in Deutschland und in Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das habe ich ja gesagt!)

bezahlen – um dies einmal klar zu sagen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Martin Hahn GRÜNE: Das muss man klarstellen!)

Das wird nicht die Zielsetzung sein. Wir haben es in der Europäischen Union und auf den Weltmärkten nämlich immer damit zu tun, dass andere zu anderen Arbeitsbedingungen – häufig zu schlechteren Bedingungen für die Menschen,

(Abg. Anton Baron AfD: Schlechtere Qualität!)

die gleichzeitig vorteilhaft für die Unternehmen sind – arbeiten, als es hier in Baden-Württemberg, in Deutschland der Fall ist. Wir werden dieses Problem letztendlich also auf andere Art und Weise lösen müssen, beispielsweise, wenn es um Sonderkulturen geht. Ich werde – in der laufenden Legislaturperiode vermutlich vergeblich – an die Große Koalition in Berlin, insbesondere an unseren Koalitionspartner SPD und Frau Ministerin Nahles, nochmals appellieren, dass wir dringend eine Flexibilisierung im Arbeitszeitgesetz brauchen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mehr Flexibilität! Genau, richtig! Das ist das Thema!)

Wenn jemand für sechs oder acht Wochen aus Rumänien kommt und hier Arbeiten ausführt, für die kein Deutscher zu finden ist – Spargel stechen, Erdbeeren pflücken und dergleichen mehr –, dann will er in diesen sechs oder acht Wochen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Geld verdienen!)

möglichst viel Geld verdienen. Und dann kann ich ihm nicht sagen: „Nach zehn Stunden ist aber Schluss, und am Wochenende musst du einen Tag aussetzen.“ Sorry. Wenn ich 30 Jah-

(Minister Peter Hauk)

re alt wäre – was ich nicht mehr bin –, hätte ich jeden Tag nicht nur sechs oder acht Stunden, sondern zehn, zwölf, 14 Stunden arbeiten können und hätte dies auch sechs oder acht Wochen lang durchgezogen. Ein Rumäne in diesem Alter würde danach heimfahren und würde das Geld, das er hier in Deutschland verdient hat, in Rumänien einsetzen

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

und dort die Kaufkraft stärken. Das ist doch die Zielsetzung derer, die hierherkommen. Genau dafür brauchen wir Flexibilität.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Deshalb ist es kontraproduktiv, für Menschen, die nur zeitweise in Deutschland beschäftigt sind, deutsche Standards bei der Arbeitszeitgesetzgebung anzuwenden. Eine solche Anpassung wäre eine aktive Hilfe, um eine bessere Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten zu können.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD – Zuruf: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Vielen Dank. – Für die Fraktion GRÜNE erteile ich in der zweiten Runde dem Kollegen Hahn noch einmal das Wort.

Abg. Martin Hahn GRÜNE: Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Kollege Herre, wie ist das Verhältnis der Grünen zum ökologischen Landbau? Es ist nicht so, dass die Grünen die geistige Elternschaft hierfür beanspruchen würden. Natürlich haben Menschen wie ich oder auch Frau Braun, die dies über 30 Jahre lang betrieben haben, schon eine tiefe Verbundenheit mit diesem Thema. Aber die Grünen als Partei, als politische Gruppierung waren natürlich immer sozusagen wohlwollende Tanten und Onkel, die geschaut haben, was dort passiert. Eventuell waren sie auch gute Kunden. Das ist unser Verhältnis dazu, und wir sind stolz darauf, weil wir das „Kind“ ökologischer Landbau über viele Jahre hinweg gefördert, unterstützt und protegert haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das ist unser Verhältnis zum ökologischen Landbau; es ist keinesfalls eine Inbesitznahme. Wir sind froh um jeden, der sich an unserer Seite für diese Sache einsetzt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Noch eines ist für mich wichtig: Wenn wir über das Thema „Ökologischer Landbau“ diskutieren, dann diskutieren wir doch nicht die meiste Zeit über die Schwierigkeiten der konventionellen Anbaubetriebe. Herr Kollege Bullinger, Sie sprechen über die Schwierigkeiten der Konventionellen und benennen diese auch, bringen aber keinerlei Lösungsansätze. Entschuldigung, das ist mir zu wenig.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich kann Ihnen Nachhilfeunterricht geben!)

Die Frage nach dem Mindestlohn können Sie auch gegenüber Mercedes einmal stellen. Was ist denn die Lösung für baden-württembergische Unternehmen? Die Lösung angesichts der Preisunterschiede und des Lohngefälles sind Markenbildung und Qualifizierung.

(Abg. Anton Baron AfD: Angebot und Nachfrage!)

Das ist der Lösungsansatz für baden-württembergische Produkte in der Welt.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Raimund Ha-ser CDU)

Das wissen Sie auch, und ich glaube, daran müssen wir arbeiten. Darum ist ökologische Landwirtschaft natürlich nicht etwas, was als Beispiel zu 100 % übertragbar wäre – nein, weit davon entfernt –, aber es ist ein Beispiel dafür, wie es funktionieren kann.

(Abg. Anton Baron AfD: Wenn die Nachfrage da ist!)

Eine Qualifizierung bringt die Chance für höhere Preise mit sich. Das haben die Väter und Mütter des ökologischen Landbaus getan: Sie haben ein Produkt hergestellt, das auf Nachfrage gestoßen ist, und haben damals eine Nische besetzt. Inzwischen ist das ein bisschen mehr als eine Nische. So funktioniert, Gott sei Dank, unsere Marktwirtschaft, Kollege Bullinger.

(Abg. Emil Sänze AfD: Angebot und Nachfrage!)

Wenn ich mir dies heute noch einmal anschau und mich frage, wie es in diesen schwierigen Zeiten denn im konventionellen Anbau weitergeht, dann meine ich, dass wir über das System, über die Art und Weise der Qualifizierung und Regionalisierung intensiver diskutieren müssen.

Ich denke dabei an die 08-Markierung unserer Eier – eine Erfolgsgeschichte! 08-Eier aus Baden-Württemberg haben sich qualifiziert – sie sind gekennzeichnet mit 0, 1, 2 oder 3 – und haben die Märkte aufgerollt. Teilweise wurde die Eierproduktion wieder aus den Intensivregionen nach Baden-Württemberg zurückgeholt – noch nicht so umfangreich, aber ein Teil wurde wieder ins Land geholt; es wurde gekämpft, es wurde um die Märkte gekämpft. Das ist das Gute.

(Vereinzel Beifall)

So stelle ich mir das vor. Ich glaube, so sind die Wege, die man gehen sollte. Darüber streite ich gern mit Ihnen. Aber nur zu lamentieren, dass es im konventionellen Bereich schwierig sei, ist mir zu wenig.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Martin Hahn GRÜNE unterhält sich auf dem Weg zu seinem Abgeordnetenplatz mit anderen Abgeordneten.)

– Kollege Hahn, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/277 (Geänderte Fassung). Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Punkt 6 der Tagesordnung ist erledigt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Situation und Perspektiven der Milchwirtschaft in Baden-Württemberg – Drucksache 16/288

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung des Antrags durch die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Gall.

Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Mit unserem Antrag wollten wir uns mit der Situation und den Perspektiven der Milchwirtschaft in Baden-Württemberg beschäftigen, das heißt, auch die Regierung zu bestimmten Inhalten befragen und ihre Sicht der Dinge in Erfahrung bringen.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass sich die Milchwirtschaft insgesamt seit vielen Jahren in einer Dauerkrise befindet – letztlich aber nicht die Milchwirtschaft an sich, sondern es handelt sich um eine Milchpreiskrise im klassischen Sinn.

Es gab viele, viele Anstrengungen auf europäischer, aber auch auf Landes- und auf Bundesebene, mit der Situation zurechtzukommen. Die Milchquote war einer dieser Mechanismen, womit man versucht hat, eine Mengensteuerung vorzunehmen. Die Milchquote ist ausgelaufen. Wir alle wissen aber auch: Ein Erfolgsrezept war sie letztlich nicht; vermutlich hat sie auch deshalb keine Fortsetzung gefunden.

Wir haben nämlich zur Kenntnis nehmen müssen, dass selbst eine geringe Überproduktion zu einem massiven Preisverfall geführt hat. Darin ist aber durchaus auch eine Chance zu sehen. Das heißt, wenn eine geringe Übermenge zu einem Preisverfall führt, besteht auch die Chance, dass eine geringe Untermenge – oder jedenfalls nicht mehr, als am Markt absetzbar ist – auch wieder zu Preisstabilität führt. Da muss nicht immer der ganz große Wurf gefordert sein, sondern es kann manchmal auch auf kleine Mechanismen der Steuerung ankommen.

Man darf aber, denke ich, schon noch einmal sagen, dass die Zielsetzung, die die Politik, aber auch die Bauernverbände über Jahre – um nicht zu sagen: über Jahrzehnte – den Milchherzeugern aufgaben, längst nicht zum Erfolg geführt hat. Ich glaube sogar, sagen zu können: An der einen oder anderen Stelle ist genau das Gegenteil eingetreten, nämlich dass immer weniger mehr Kühe halten und dass die Kühe – das hat nun wirklich nichts mit Ideologie oder so etwas zu tun – immer mehr Milchleistung erbringen mussten – zum Teil mit fragwürdigen Methoden, jedenfalls mit Methoden, die hinterfragt werden dürfen, was beispielsweise die Futterbeschaffung insbesondere aus Südamerika anbelangt, um diese Erfolge zu erzielen.

Ich denke, das macht deutlich: Es müssen durchaus neue Wege gegangen werden. Wir müssen offen sein, müssen dies auch befördern und die Rahmenbedingungen entsprechend setzen, damit wir dort eine Änderung auf dem Markt erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will ausdrücklich sagen: Ja, es war häufig so, dass die Mechanismen, die bisher angewandt wurden, auch zu einer Preisstabilisierung geführt haben. Sie war aber nur von kurzer Dauer. Das war langfristig nie erfolgversprechend.

Deshalb hat die Entwicklung der letzten Jahre gezeigt, dass Milch und Milchprodukte – Es war ja auch einmal ein Ansatz der Milchpreispolitik, beispielsweise in den Export zu gehen, Milch in Drittländer oder jedenfalls nach außerhalb Deutschlands zu verkaufen. Auch das war kein Garant, um die Preise bei uns stabil zu halten. Hinzu kommen noch Situationen, die beispielsweise aus Baden-Württemberg heraus gar nicht beeinflussbar sind. Ich verweise auf Milchboykotte – beispielsweise Russland – oder auf sich verändernde Markt- und Rahmenbedingungen in China. Auch solche Wege sind längst kein Erfolgsrezept, um der Milchwirtschaft in Deutschland, in Baden-Württemberg ein vernünftiges Auskommen zu garantieren.

Deshalb kommt es immer und immer wieder zu einem drastischen Preisverfall – in kürzeren Abständen. Da geht es nicht nur um 1 oder 2 Cent nach unten oder nach oben, sondern da geht es teilweise darum, dass sich der Milchpreis halbiert, jedenfalls der Preis, den der Erzeuger für seine Rohmilch bekommt. Wie es dann im Laden aussieht, ist eine etwas andere Frage. Logischerweise schauen die Kunden schon, wo im Regal das kostengünstige Produkt steht. Ein Liter Vollmilch kostet zwischen 49 Cent und 1,39 €. Es ist schon so, dass eine Mehrzahl der Verbraucher eher zu dem billigeren Produkt greift. Dem muss entgegengewirkt werden.

Die Agrarpolitik, die bisher betrieben worden ist, ist jedenfalls für die Milchherzeuger kein Garant gewesen für ein auskömmliches Auskommen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb kommt es nach unserem, nach meinem Dafürhalten darauf an, dass nicht immer mehr Kühe gehalten werden und diese dann auch mehr Milch geben müssen. Das ist letztendlich ein Produktionsfaktor. So muss man es ganz einfach sagen.

In der vorherigen Debatte wurde deutlich gemacht, dass für höherwertige Produkte – erzeugt mit entsprechendem Futter, beispielsweise Grünfutter – am Markt durchaus auch deutlich bessere Preise erzielt werden können – wenngleich natürlich auch die Bioprodukte nicht marktunabhängig sind. Denn wenn Quoten sinken, wenn sich der Milchpreis verschlechtert, spürt dies im Prinzip auch der Biobauer bzw. der Biomilchherzeuger. Er spürt dies aber längst nicht in dem Ausmaß wie derjenige, der konventionell erzeugt.

Ich will schon darauf hinweisen: Es kommt darauf an, dass die biologische Landwirtschaft – natürlich in erster Linie die Milchherzeuger – Vorteile gegenüber anderen genießen kann. Das will ich deutlich so sagen. Herr Kollege Bullinger, dabei geht es nicht darum, Betriebe gegeneinander auszuspielen, es geht nicht um gut oder schlecht, besser oder weniger gut. Vielmehr geht es ganz einfach darum, denjenigen, die sich mit Milchwirtschaft beschäftigen – wir alle wissen, das sind viel, viel weniger als noch vor einigen Jahren; in den letzten 15 Jahren mussten etwa die Hälfte der Milchbauern aufgeben oder in andere Bereiche ausweichen –, Preise zu garantieren,

(Reinhold Gall)

mit denen sie von ihrer Hände Arbeit und den Produkten der Tiere auskömmlich leben können.

Darin stecken riesige Chancen. Zusammen mit Kollegen habe ich vor wenigen Wochen einen Biobetrieb in Oberschwaben besucht. Das wirklich Schöne dabei war – ich kann es gar nicht anders sagen –, zu spüren und vor Ort wahrzunehmen, dass sich diese Bauern mit der Bevölkerung – beispielsweise der anwesenden Bürgermeisterin, auch anwesenden Personen, die ehrenamtlich oder hauptamtlich im Natur- und Landschaftsschutz tätig sind – wirklich gut verstehen, dass es ein gutes Miteinander ist. Wir alle wissen: So ist die Situation im Bereich der Landwirtschaft nicht im ganzen Land; es gibt durchaus auch Vorbehalte. Die Umfragewerte sind ganz gut, aber die Lebenswirklichkeit vor Ort sieht etwas anders aus. Teils gibt es negative Auswirkungen. Negativ meine ich nicht im Sinne von schlecht. Aber manche Bereiche der Landwirtschaft wirken sich auf die Umwelt und auch auf die Menschen aus.

Dieses gute Miteinander, das wir dort in Oberschwaben zur Kenntnis nehmen durften, ist eine prima Chance für diejenigen, die auch in der Zukunft Milchwirtschaft betreiben wollen.

Ein Stück weit stolz kann man nicht nur auf das sein, was dort gemacht wird, sondern auch auf das, was damit im Einklang einhergeht, nämlich die Freihaltung von Flächen und die Grünlandbewirtschaftung. Dies als Markt- und Marketingfaktor, beispielsweise auch für den Bereich Tourismus, zu nutzen ist eine gute Chance. Dies ist nicht überall 1 : 1 anwendbar und umsetzbar, aber in den meisten Bereichen unseres Landes eine der Möglichkeiten, um der Landwirtschaft zu einem noch besseren Standing zu verhelfen, um Natur und Landschaft zu schonen, um aber auch, was das Thema Tierschutz anlangt, einen wesentlichen Beitrag zu leisten. Denn auch, wenn der Aufschrei immer groß ist, gilt nach meinem Dafürhalten, dass es auch im Bereich des Tierschutzes noch einiges zu tun gibt.

Deshalb haben wir ganz einfach die Bitte, dass wir, die Politik – da meine ich aber auch die Bauernverbände –, mit dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass die Landwirte – das gilt übrigens für alle –, die hart und viel arbeiten, auch ein Auskommen haben. Im Bereich der Biomilchwirtschaft ist es wirklich deutlich sichtbar: Von dem, was dort erwirtschaftet wird, kann man leben, kann man auch wieder investieren und ein Auskommen für die Familie sichern und vor allem den Fortbestand des Betriebs, jedenfalls überschaubar, garantieren.

Deshalb muss die Politik auf Bundesebene und auf Landesebene sowie natürlich auch auf der europäischen Ebene handeln. Da gibt es – das will ich ausdrücklich sagen – immer wieder positive Regelungen, die auf den Markt gebracht werden, und nicht immer nur negative, die man gern im Munde führt. Positiv ist beispielsweise, dass sich die Europäische Union bereit erklärt hat, zumindest zeitlich befristet freiwillige gemeinsame Mengensteuerungen vorzunehmen, um Einfluss zu nehmen. Aber auch dort gilt: Eine dauerhafte Lösung ist dies nicht. Deshalb wird es darauf ankommen, dass die Politik und die Verbände die Rahmenbedingungen für die Landwirte so setzen, dass ein noch größerer Schwerpunkt auf die extensive Milchwirtschaft gelegt wird.

Daher behalten wir uns vor, in den nächsten Wochen und Monaten Initiativen zu erarbeiten, die wir gern mit der Landesregierung diskutieren. Lieber wäre uns natürlich, die Landesregierung würde selbst aktiv. Wir signalisieren jedenfalls, uns in diesen Prozess einzubringen – völlig unideologisch, sondern im Interesse der Milchzeuger, mit all den positiven Auswirkungen auf unser Land, die damit einhergehen.

Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Beschlussteil. Ich glaube nicht, dass irgendjemand gegen diese Maßnahmen sein könnte, die wir vorschlagen. Daher wäre dies eine gute Gelegenheit, bei einem solchen Thema auch fraktionsübergreifend Gemeinsamkeit zu signalisieren.

In diesem Sinn herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort der Kollegin Braun.

Abg. Martina Braun GRÜNE: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste! Wir, die grün-schwarze Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen, stehen zu den Milchbäuerinnen und Milchbauern im Land, damit wir auch morgen noch eine bäuerliche, qualitativ hochwertige Milchproduktion und eine einzigartige Kulturlandschaft in Baden-Württemberg haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Baden-Württemberg ist grün.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Stimmt das? – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist unbestreitbar! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Das verdeutlicht auch der hohe Grünlandanteil im Land. Knapp 549 000 ha Dauergrünland werden von den Landwirtinnen und Landwirten in Baden-Württemberg bewirtschaftet. Auch dies sorgt dafür, dass die Regionen in Baden-Württemberg attraktiv sind, nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für Touristen.

(Beifall bei den Grünen und der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

In diesem Kontext gilt für uns, die strukturellen Besonderheiten der Höfe in Baden-Württemberg im Blick zu haben. Grünlandaufwuchs ist hierbei nur ein Stichwort. Dieser stellt die natürliche und artgerechte Futtergrundlage für Milchkühe und andere Wiederkäuer dar. Milch aus Gras ist die Devise, nicht aus südamerikanischem „Gen-Soja“.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Wie die Zahlen aus dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz belegen, haben viele Milchviehhalter ihre Hoftore für immer geschlossen. Im Betrachtungszeitraum von 2005 bis 2015 hat die Zahl jährlich um 4 % abgenommen und lag zuletzt bei rund 8 500 Milchviehhaltungen.

Dieser Entwicklung müssen wir vehement entgegenwirken. Das funktioniert aber nicht mithilfe der vielen Milliarden Euro, die im Gießkannenprinzip an die Landwirte verteilt werden. Auch die Interventionen bei Butter und Magermilchpul-

(Martina Braun)

ver in der EU nützen den Milchviehhaltern mittel- und langfristige nichts,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

genauso wenig, wie die Ausfuhrerstattungen bei Milchüberschüssen zur Lösung des Problems beitragen. Im Gegenteil, sie zerstören Märkte auf anderen Kontinenten.

(Beifall bei den Grünen)

Es bedarf einer begleitenden Marktöffnung inklusive europaweiter Sicherungsnetze statt einer permanenten Almosenpolitik. Wichtig ist hierbei u. a., dass die Vertragsstrukturen zwischen den Molkereien sowie den Erzeugern und Erzeugern fair gestaltet werden. Das Heil liegt auch nicht im ständigen Weiterwachsen der Betriebe und dem Überschwemmen von Märkten mit Agrarerzeugnissen. Deshalb bedarf es am Milchmarkt einer Mengensteuerung, die durchaus auf freiwilliger Basis stattfinden sollte.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das hat man beim BDM gesehen!)

Die derzeit vorübergehend erlaubte Absprache von Erzeugergemeinschaften und Genossenschaften mit ihren Lieferanten, nur so viel Milch zu produzieren, wie auch vermarktet werden kann, sollte verstetigt werden. Angebot und Nachfrage regeln den Preis – dies gilt auch am Milchmarkt.

Mit intensiver Beratung helfen wir den Landwirtinnen und Landwirten, die Stärken ihrer Betriebe zu forcieren und weiter auszubauen. Ebenso unterstützen wir sie dabei, die Schwächen ihrer Betriebe zu analysieren und Verbesserungen herbeizuführen.

Klar ist auch, dass nur faire, transparente und am Ende für alle auskömmliche Wertschöpfungsketten die Vielfalt der Milchproduktion und der Molkereien in Baden-Württemberg erhalten können. Diese brauchen wir für die Erzeugung von vielfältigen und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und die Erhaltung einer für den Tourismus attraktiven Kulturlandschaft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mit dem Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl, FAKT, fördern wir die Bewirtschaftung von Grünland, von Steillagen und den Weidegang von Milchkühen sowie die Erzeugung von Heumilch. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Milchherzeugung an Grünlandstandorten. Wir haben auch die extensiven Standorte im Blick und müssen deshalb auch die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete beibehalten. Damit tragen wir den besonderen Strukturen in Baden-Württemberg Rechnung. Der Biolandbau und die Erzeugung von Biomilch bieten ebenfalls eine große Chance. Hier müssen wir darauf achten, nicht denselben Fehler zu machen wie im konventionellen Bereich. Die Milchmenge muss sich am Bedarf orientieren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wir erwarten, dass die zu errichtenden Bio-Musterregionen auch beim Thema Milch neue Perspektiven eröffnen und dadurch regionale Wertschöpfungsketten gestärkt werden.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Kollegin, Sie haben noch so viele Seiten vor sich liegen, aber Ihre Redezeit ist ausgeschöpft.

Abg. Martina Braun GRÜNE: Ich lasse zwei Seiten weg.
(Heiterkeit)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Gut.

Abg. Martina Braun GRÜNE: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie haben in der letzten Legislaturperiode zusammen mit uns diese Programme entwickelt. Wir werden auch in der neuen Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU dafür sorgen, dass alles so weiterläuft. Deshalb sehen wir keinen Anlass, hier einen Beschluss zu fassen, um die Landesregierung zu irgendeinem Handeln zu animieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Burger.

Abg. Klaus Burger CDU: Verehrter Landtagspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag gibt mir Gelegenheit, über Milch zu reden. Da es die CMA nicht mehr gibt, erlauben Sie mir, dass ich mit einem Werbeblock für das Powergetränk Milch starte.

Milch ist die erste Mahlzeit für die Menschen nach der Geburt.

(Zuruf der Staatssekretärin Bärbl Mielich)

Sie enthält den optimalen Nährstoffmix für eine gesunde Entwicklung. Für Schüler ist sie das einzige legale Dopingmittel und ersetzt zweifelhafte Powerdrinks und synthetische Drogen. Sie erhöht die Aufmerksamkeit und schont die Nerven von Eltern, Lehrern und Schülern gleichermaßen.

(Zuruf: Muttermilch?)

Das weiße Naturprodukt bietet auch Erwachsenen eine ganze Palette von Inhaltsstoffen und Vitaminen. Vollmilch enthält wichtige Mineralstoffe wie Kalzium, Eisen, Natrium, Kalium, Magnesium, Phosphor, Jod und Zink. Kurzum: Milch fördert die Gesundheit, den Knochenaufbau und die Lebensfreude.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Milchtrinker sind sozusagen Kostendämpfer für unser Gesundheitswesen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Genauso wichtig: Wer Milch trinkt, trägt zur Erhaltung des ländlichen Raums bei. Sie hören richtig: Jeder getrunkene Liter Milch bedeutet die Pflege von einem Quadratmeter Kulturlandschaft. Also: Trinken Sie mehr Milch, dann sind Sie ein echter Grünlanderhalter und Landschaftsschützer.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Klaus Burger)

Das verstehe ich unter einer echten langfristigen Verbraucherkampagne für Milch, und das brauchen wir.

Aber wie sieht es mit den Milchviehbetrieben in Baden-Württemberg aus? An 365 Tagen im Jahr wird dieses weiße Gold von den Bäuerinnen und Bauern in unserem Land gemolken, aber die Erlöse sind alles andere als goldig. Für einen Liter Milch erhält ein Landwirt zurzeit rund 32 Cent, für einen Liter Mineralwasser wird oft das Fünffache bezahlt.

Gibt es zu viel Milch? In Zeiten der Milchquote gab es auch starke Preisschwankungen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Eine Mengensteuerung macht nur dann Sinn, wenn diese innerhalb der Wertschöpfungskette stattfindet. Nur so erhält sie nachhaltig Akzeptanz bei den Bauern.

Klar ist aber auch: Eine singular auf Baden-Württemberg beschränkte Milchmengenreduzierung hat nur marginale Auswirkung auf das europäische Preisniveau und die Weltmärkte. Weltweit werden 750 Millionen t Milch produziert; in Europa sind es 152 Millionen t, in Deutschland 32 Millionen t und in Baden-Württemberg gerade einmal 2,3 Millionen t Milch. Übrigens: 150 000 t davon sind Biomilch.

Was kann Politik konkret zur Verbesserung tun? Förderprogramme, Förderung von Veredelungsprodukten, Heumilch und -käse – es wurde schon angeführt – oder Milch aus Weidhaltung, Markenbildung durch Qualität und Regionalität – Biomilch und ökologische Bewirtschaftung haben Wachstumspotenziale.

All diese Biomaßnahmen können aber nicht allen Milchbauern in unserem Land helfen. In Deutschland gibt es 71 000 Milcherzeuger. Jährlich verlieren wir 4 000 davon. In Baden-Württemberg haben wir noch 8 500 Milcherzeuger. Es sind die letzten, die wir haben.

Damit nicht noch mehr Bauern die Stalltür für immer schließen, müssen wir Biobetrieben und konventionellen Betrieben helfen. Es gilt, die Wettbewerbsfähigkeit von familiengeführten landwirtschaftlichen Betrieben zu stärken. Das gelingt durch die Förderprogramme FAKT und AFP mit einer zukunftsorientierten Beratung. Aber auch die Verbraucher und der Lebensmitteleinzelhandel tragen eine hohe Preisverantwortung, denn eine „Geiz ist geil“-Mentalität und eine entsprechende Preispolitik führen zu einem Preisdruck der Stückkosten, und das wiederum führt zu immer größer werdenden Einzelbetrieben.

Wir brauchen eine echte steuerfreie Risikorücklage und den Erhalt von Direktzahlungen. Tierwohl ist ein wichtiges Thema. Jeder Landwirt lernt am ersten Tag seiner Ausbildung, dass die Tiere bestens versorgt werden müssen. Nur so liefern sie einen guten Ertrag.

In den letzten Jahrzehnten wurde für Tierwohl Beispielhaftes erreicht. – Ich bin am Ende meiner Sprechzeit und muss abkürzen. – Natürlich kann man sich auch noch viel vorstellen. Aber es muss den Landwirten dann auch über den Preis wieder zurückgegeben werden. Ich fordere Augenmaß und Ziel. Die neuen Bauernregeln von Barbara Hendricks SPD sind dabei keine Hilfe.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: „Der wahre Freund der Bauern hilft beim Wandel, nicht beim Mauern!“)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Palka.

Abg. Thomas Axel Palka AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen Abgeordnete, meine Damen und Herren! Ganz Europa wird von den Brüsseler Bürokraten beherrscht. In ganz Europa leiden Bauern unter der Konkurrenz von günstigen Agrarimporten. In Europa herrscht ein Preiskampf nach dem Motto „Jeder gegen jeden“, Umweltbelastung gegen Umweltbelastung, größer gegen noch größer.

In ganz Europa? Nein. Ein kleines Dorf in den Bergen leistet Widerstand, gönnt sich den Luxus einer direkten Demokratie, in der das Volk bestimmt und nicht eine nicht gewählte Kommission und ein Gerichtshof, der seine Legitimation woher auch immer bezieht, auf jeden Fall nicht von dem vom Volk gewählten Parlament.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Den Bauern in diesem kleinen Widerstandsnest geht es viel besser als den Bauern in unserem Land. Das euphemistisch „Strukturwandel“ genannte Bauernlegen wird dort anders als bei uns von der Politik abgemildert und gebremst.

(Zuruf von der SPD: In Oberentersbach?)

Bei der Darstellung der letzten 50 Jahre, warum das bei uns so sein müsse, hieß es dann immer: wegen unserer Exportindustrie. Tatsächlich hat jedoch die Schweiz bei 8,3 Millionen Einwohnern einen Handelsbilanzüberschuss von ca. 33 Milliarden € im Jahr 2015, Deutschland bei 82 Millionen Einwohnern einen solchen von 280 Milliarden € im selben Jahr. Pro Kopf hat die Schweiz also fast 4 000 €, Deutschland 3 400 €.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Betriebswirtschaft!)

– Moment, bitte. – Es soll also niemand behaupten, dass eine Agrarpolitik, die die Bauern schützt, der Exportindustrie schaden müsse.

(Beifall bei der AfD)

Diese Vorrede ist nötig, wenn wir nicht nur zu den Wählern und Bauern, sondern auch zu uns selbst ehrlich sein wollen. Ausnahmslos alle wesentlichen Rahmenbedingungen der Milchwirtschaft werden in Brüssel entschieden. Wir hier können höchstens Symptome mildern, aber keine grundsätzliche Politik machen. Und diese Politik in Brüssel geschieht unter dem Einfluss von großen Mächten und Interessen, die zentral an einer Stelle viel dramatischer Einfluss nehmen können als gleichzeitig in vielen souveränen Länderparlamenten.

Wir anerkennen dabei ausdrücklich, dass die Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte vor allem bei uns im Land und in Bayern unter diesem Vorzeichen das Schlimmste verhindert hat und versucht hat, den Druck aus Brüssel abzufedern.

(Beifall bei der AfD)

(Thomas Axel Palka)

Trotzdem müssen wir endlich anfangen, uns ehrlich zu machen. Wir von der AfD wollen beim orwellischen Neusprech gerade auch in der Agrarpolitik nicht mitmachen.

Das heißt erstens: Mit totem Freihandel ohne ein Minimum an geschützten Grenzen und Märkten werden immer mehr Bauern zum Aufgeben gezwungen,

(Abg. Udo Stein AfD: Ja!)

wird die Landschaft immer eintöniger und die Wirtschaftsstruktur im ländlichen Raum immer armseliger.

Das heißt zweitens: Die Hauptursache für Milch- und Fleischüberschüsse und gleichzeitig viele Umweltprobleme sind zu viele, zu billige Importfuttermittel.

Weiter mit drittens: Wenn Brüssel nicht zu einer Umkehr im Sinne der europäischen Landwirte selbst willens und fähig ist, wird, wer Politik für die Bauern und unser Land machen möchte, zur friedlichen Revolte oder zum „Dexit“ aufrufen müssen. Dafür sind wir von der AfD gewählt worden.

Wir von der AfD möchten nicht weiter auf dem Brüsseler Altar Hunderte Milliarden Steuergelder, staatliche Souveränität, demokratische Transparenz, am Schluss auch unser Ansehen und unsere Legitimität als gewählte Volksvertreter für eine Politik opfern, die sich immer weniger um ihre demokratische Legitimation, um das Wohl der Bürger kümmert.

Zur Milch: Die Preise haben sich von den Tiefpreisen im Jahr 2015 um 30 bis 40 % deutlich erholt, nicht weil die Politik irgendetwas gut gemacht hat, sondern weil die Milchmengen um wenige Prozent gesunken sind und weil seit dem Ende der Quote viele kleine Milchbetriebe aufgeben mussten. Wer weiß, wie lange die besseren Preise andauern? Wer kann es verantworten, Bauern in diesem Umfeld zu Investitionen in Milchviehställe und Melkroboter zu raten?

In meinem Wahlkreis schließt nun auch wieder ein Bauer seinen Betrieb, der 50 Kühe hat. Er sagt: „Ich kann von dem Erlös einfach nicht mehr leben.“ Dagegen müssen wir etwas tun.

Was kann Landespolitik machen? Sehr viel. Der Minister, der im internationalen Maßstab das Heil in Freihandel und Freiheit sah, derselbe Minister gängelt an einigen Stellen die Bauern, die Landbevölkerung immer mehr. Herr Minister Hauk, machen Sie Freihandel doch dort, wo Sie zuständig sind. Liberalisieren Sie die Direktvermarktung von Milch. Beschützen Sie kleine Hofkäsereien vor den absurden Vorschriften aus Brüssel, die hier und in der Schweiz so viel Agrarkultur zerstört und Bauern benachteiligt haben. Schaffen Sie Freihandelszonen für Bauern und Gärtner. Lassen Sie Ihre Veterinäre nicht zu dritt auf einen alten Mann mit ein paar Schafen los.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Abg. Thomas Axel Palka AfD: Ich bin sofort fertig.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Er erklärt noch einmal das mit Brüssel und der Schweiz!)

Sie haben den Wählerauftrag und die Staatsgewalt, in Ihrem Zuständigkeitsbereich die Rahmenbedingungen zum Wohl der Menschen zu schaffen. Fangen Sie an!

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Gut!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege von der AfD, Ihre Analyse der Wirtschafts- und Agrarpolitik und der Europapolitik, Ihr Vergleich Deutschlands, im Weltmarkt führend, mit der Schweiz und ihren Besonderheiten und Traditionen ist so oberflächlich, wie Sie in der Politik für das Wohl Deutschlands überflüssig sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der Grünen – Widerspruch bei der AfD)

In den Siebzigerjahren hat der damalige Landwirtschaftsminister Hans Eisenmann einen bayerischen Weg beschrieben. Dieser bayerische Weg hat die Regionalität berücksichtigt, allerdings nicht die europäische Politik und nicht die innerdeutsche Politik. Er ist leider nur teilweise umgesetzt worden.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Meine Damen und Herren, ich möchte hier zur aktuellen Agrarpolitik und vor allem zur Milchpolitik einige Anmerkungen machen, aber nicht alles von dem wiederholen, was Richtiges gesagt wurde.

Im Augenblick haben sich die Milchpreise ja Gott sei Dank etwas erholt. Der Antrag von der SPD stammt aus dem Sommer 2016. Wenn wir uns erinnern: Vor knapp einem Jahr lag der Milchpreis bei 19 bis 22 Cent pro Liter, ein ruinöser Preis für jeden, der Milch produzieren will. Das kann man sich nicht leisten; das geht an die Substanz. Wer sich die Bilanzen, die Buchführungsauswertungen und die Bankauszüge anschaut, der weiß, wie schlimm es in einigen Betrieben noch heute aussieht.

Meine Damen und Herren, derzeit erzielen die Landwirte einen Preis von durchschnittlich etwa 32 oder 33 Cent pro Liter, allerdings bei sehr großen Unterschieden. Das Schlusslicht, die OMIRA, liegt bei knapp 29 Cent, der Spitzenreiter ist die Milchverwertung Ostallgäu mit 37 Cent.

Trotzdem habe ich große Bedenken, dass sich dieser Preis stabilisiert, denn es muss einfach der Markt ins Auge gefasst werden. Jeder Betriebsleiter, der im Augenblick 32 oder 36 Cent pro Liter Milch erzielt, wird, wenn die Grünlandsaison anfängt, auch wieder mehr produzieren, denn das ist eine ganz normale betriebswirtschaftliche Reaktion eines Betriebsleiters. Da hege ich Befürchtungen.

Dies gilt vor allem deshalb, weil wir im Augenblick viel zu viel Eiweiß haben. Wenn der Markt hier nicht tatsächlich entlastet wird, wird der Milchpreis sehr schnell fallen, obwohl die Nachfrage nach Fett – Milch ist immer Eiweiß und Fett – höher ist. Butter wird sehr gut nachgefragt; insofern könnten wir dafür mehr Milch gebrauchen. Bloß können wir nicht sagen: „Wir wollen mehr Butter, dann produzieren wir Milch jetzt mit 8 % Fett und 0 % Eiweiß, und wenn wir mehr Eiweiß

(Dr. Friedrich Bullinger)

brauchen, machen wir es umgekehrt.“ Das geht eben nicht, und es ist auch für die Vermarkter, für die Molkereien das Problem, dies entsprechend hinzubekommen.

Meine Damen und Herren, was mir an dem SPD-Antrag nicht gefällt – das zieht sich wie ein roter Faden durch –: Man glaubt, man könne wieder mit bestimmten Direktionen hergehen und – –

(Abg. Anton Baron AfD: Sozialistische Züge!)

– Ja, das sind sozialistische Züge. So steht es bei mir tatsächlich drin.

(Heiterkeit bei der AfD – Abg. Sascha Binder SPD: Sie haben aber spannende Stichwortgeber!)

Wir können nicht, wir müssen den Markt im Augenblick – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Woran machen Sie das denn fest?)

– Der Punkt ist, dass wir dies nicht festlegen können.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Meine Damen und Herren, schauen wir einmal ganz kurz zurück. In der Milchpolitik hatten wir bis 1984 eine Interventionspolitik, aber Milchseen, Milchpulverberge und Butterberge. Dann wurde die Quote eingeführt – erfolglos, 30 Jahre am Markt vorbei.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was war das für eine Bundesregierung?)

Sehr viele haben Quoten gekauft und haben sich damit letztendlich auch verschuldet und nicht das erreicht, was sie wollten. Deshalb ist es von Bedeutung, meine Damen und Herren, dass wir verstärkt das tun, was wichtig ist im Hinblick auf die Verantwortung der Produzenten und der Vermarkter, der Genossenschaften. Sie sollten sich entsprechend zusammensetzen. Ein schönes Beispiel ist tatsächlich die Schwarzwaldmilch; da läuft es ganz gut an. Die OMIRA versucht es. Es gibt sehr gute Möglichkeiten auch in der Vermarktung. Das sind natürlich auch Nischen. Das alles sind Ansätze, die wir fördern müssen.

Die Frage ist allerdings, inwieweit man im Bereich der Marktstrukturen das Genossenschaftsrecht überdenken und vielleicht anpassen muss, denn es geht nicht, dass man als Vermarkter sagt: „Ich nehme alle Milch ab, egal, wie ich sie vermarkte; ich produziere und die anderen müssen es abnehmen.“ Hier müssen wir schauen, dass die Verantwortung vom Produzenten, vom Vermarkter entsprechend begleitet wird. Die Art und Weise, wie es jetzt gerade läuft, ist nicht haltbar, sonst werden wir bald wieder dort sein, wo wir leider schon einmal waren, und der Milchpreis wird sinken. Daran müssen wir arbeiten.

Eine Selbstbeschränkung, an die manche Verbände geglaubt haben, hat, wie man gesehen hat, nicht funktioniert, weil die Funktionäre in der Regel die höchsten Überlieferer waren. Meine Damen und Herren, hier müssen wir Änderungen einführen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Hauk das Wort.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Peter Hauk: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es schon spannend, dass die Sozialdemokraten den Antrag heute zur Abstimmung stellen. Herr Kollege Gall, das schlechte Gewissen scheint doch ziemlich tief zu sitzen, was die Frage der Landwirte angeht. Aber ich sage Ihnen auch: Was Sie im Bund versieben, das werden Sie im Land nicht gutmachen können – um das auch einmal klar zu sagen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das ist meines Erachtens ein untauglicher Versuch, aber er gibt zumindest die Möglichkeit, einmal über einige Problemsituationen in der Landwirtschaft zu sprechen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Vielleicht können wir das auch auf genau dieser Ebene diskutieren! Das wäre ganz gut! Und nicht schon wieder Sprechblasen bringen!)

etwas umfassender zu sprechen. Deshalb will ich mich gar nicht Ihnen zuwenden, Herr Kollege Gall, sondern zunächst einmal dem Kollegen Palka von der AfD. Denn der ist mit abstrusen Theorien hier aufmarschiert,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

um dann auch noch zu Folgerungen zu kommen, die nichts mit einem deutschen Staatsverständnis zu tun haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja!)

Ich denke einmal, dass wir alle in Deutschland zunächst einmal als Staatsbürger mit einem staatsbürgerlichen Umgang aufgewachsen und daran gewöhnt sind, dass wir uns an Verträge, die bestehen, halten. „Pacta sunt servanda“, das hat nicht nur Franz Josef Strauß gesagt, sondern das lässt sich deutlich weiter zurückverfolgen. Jetzt haben wir in diesem Jahr 60 Jahre Römische Verträge gefeiert.

(Abg. Udo Stein AfD: Das sagen Sie von der CDU!)

– Das muss ja nicht Ihr Bier sein. Ich sage nur: 60 Jahre Frieden und Freiheit in der Europäischen Union, 60 Jahre Stabilität dieser Demokratie, 60 Jahre erfolgreiche wirtschaftliche Prosperität,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

unbeeinflusst vom Ausland. Herr Kollege Palka von der AfD, wir lassen uns doch nicht von Ihnen miesmachen, dass das eine Erfolgsgeschichte der Europäischen Union ist.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Und in der Schweiz tobt Krieg, oder? Was ist mit der Schweiz? Ist dort Krieg? Gibt es dort keine Prosperität? Was für ein Geschwätz! Lernen Sie Demokratie! – Gegenruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Nehmen Sie Valium!)

(Minister Peter Hauk)

Das ist doch eine Tatsache. – Die Schweiz, die Sie als Beispiel heranziehen, hat die Grundsätze der Europäischen Union doch übernommen. Sie ist doch assoziiert, sie zahlt Millionen- und Milliardenbeiträge an die EU

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

zum Thema Freizügigkeit und dergleichen, weil sie die Grundsätze der EU übernommen hat.

(Zurufe von der AfD)

Das ist doch die Tatsache, und alles andere ist doch Augenwischerei.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Wenn Sie Großbritannien nacheifern wollen, das den Austritt erklärt hat: Da geht es nicht nur um Zahlungen, die sie dann im Nachgang leisten müssen, sondern es geht auch um Zahlungen, die sie leisten müssen, wenn sie am europäischen Freihandel partizipieren wollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Die Norweger, die Schweizer zahlen Milliarden an die Europäische Union, damit sie in dem System der europäischen Freihandelszone bleiben können. Das sind Dinge, die Sie einfach verschweigen.

(Zurufe von der AfD)

Sie haben kein Mitspracherecht. Wir haben ein Mitspracherecht, und wir sind stolz darauf, in dieser Europäischen Union zu sein.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf: Sehr gut! – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Und darum geht es uns besser, oder was?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind auch stolz darauf, dass wir zu den Gründern dieser Europäischen Union zählen.

(Abg. Anton Baron AfD: Meine Güte!)

Die Landwirtschaft in Europa hat den ersten und den größten Beitrag zur Kohäsion, zum Zusammenhalt in der Europäischen Union gebracht.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Ah ja!)

– Ja, Sie sind vielleicht zu jung. Sie wissen nicht mehr, wie es nach dem Zweiten Weltkrieg war. Ich bin in den Sechzigerjahren auf dem Land aufgewachsen,

(Abg. Anton Baron AfD: Also bitte!)

da ist man nicht ganz so fortschrittlich wie in den Städten.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ein bisschen mehr Wertschätzung!)

Da hat man die Kriegsnachwehen noch gespürt und die Mentalität der Menschen, die sich natürlich wirklich um die Frage des täglichen Brotes und um die Frage der Prosperität und des Wohlstands gesorgt haben. Da hat das Thema Lebensmit-

tel schon eine Bedeutung gehabt. Deshalb war es damals, aus der Sicht der damals Verantwortlichen, wichtig, dass die Lebensmittelsicherheit und die Sicherheit der Deutschen, die Sicherheit der Europäer in Ernährungsfragen gewährleistet war. Das war der Grund, weshalb die Landwirtschaft als ein Bereich fast vollständig in das Politikfeld der Europäischen Union hineingenommen wurde und auch bis zum heutigen Tag die große Klammer in der EU-Politik ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Meine Damen und Herren, die EU hatte damit ja auch Erfolg. Denn wir sind so gut versorgt wie noch nie zuvor in der Geschichte Deutschlands. Auch das ist ein Erfolg dieser Union –

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

der Europäischen Union, nicht der CDU.

(Heiterkeit)

– Natürlich auch der CDU, das ist ja klar,

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Zuruf: Ja, ja! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wie könnte es anders sein?)

aber eben auch dieser Europäischen Union.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Tatsache, dass Sie sich Ihren Bauch vollschlagen können, und zwar nicht mit minderwertigen Erzeugnissen, sondern mit Genussprodukten, die Tatsache, dass Sie sich in diesem Land Baden-Württemberg, einem Genießerland, mit Premiumprodukten versorgen können

(Zurufe von der AfD)

und dass Sie dies auch noch zu einem ansprechenden Preis tun können, all dies ist ein Ergebnis einer europäischen Stabilitätspolitik und auch einer europäischen Landwirtschaftspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Zurufe von der AfD)

– Ja, meine Damen und Herren, wohlgenährt Zwischenrufe machen, das können Sie, das scheint Ihr Spiel zu sein.

(Vereinzelt Beifall – Unruhe bei der AfD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der AfD, Sie waren ja einmal zwei Fraktionen. Das hat offensichtlich der Stabilität Ihres Körperbaus keinen Abbruch getan.

(Heiterkeit bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, das war, wenn man so will, das Vorgespräch. Aber ich glaube, das war einmal notwendig, weil von der rechten Gruppe in diesem Haus ständig die EU mädig gemacht wird

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der AfD)

– wollen Sie das abstreiten? – mit Aussagen, die letztendlich nicht zutreffend sind.

(Minister Peter Hauk)

Dann kommt noch etwas dazu: Sie tun gerade so, als wäre bei den Milchbauern in Deutschland und in Baden-Württemberg die EU an allem Übel schuld.

(Zuruf von der AfD: Korrekt!)

Ich sage Ihnen einmal die Zahlen: Wir produzieren in Deutschland 34 Millionen t Milch; das war der Stand des letzten Jahres. Selbst trinken und essen wir – Joghurt, Käse etc. – 13 Millionen t. Das ist das, was über die Theke des Lebensmitteleinzelhandels in Deutschland geht. In der Industrie werden 5 Millionen t verwertet. Die übrigen 16 Millionen t – von deutschen, von baden-württembergischen Bauern erzeugt – werden exportiert. Die Milchwirtschaft in Deutschland, die Milchwirtschaft in Baden-Württemberg ist die Exportwirtschaft in der Landwirtschaft schlechthin, und sie ist zwingend auf den Freihandel in der Europäischen Union und weltweit angewiesen. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren von der AfD, können Sie nicht einfach negieren und überspielen. Das sind Tatsachen. Wenn Sie Restriktionen haben wollen, dann gefährden Sie die Landwirte in Baden-Württemberg und in Deutschland.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Da sollten Sie Ihren Bauern oder denen, die Ihnen schon zeitweise zugejubelt haben, einmal reinen Wein einschenken und nicht ständig versuchen, mit Autarkiestreben und dergleichen mehr deren Horizont zu vernebeln.

(Abg. Anton Baron AfD: Wer vernebelt wen?)

Meine Damen und Herren, die Bauern in Baden-Württemberg wären die ersten Verlierer, wenn sie Ihren Spuren folgen würden. Das ist doch die Tatsache, der wir ins Auge sehen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Voodoo-Ökonomie ist das!)

– Sie haben jetzt gut reden. Gehen Sie einmal zurück dorthin, wo Sie herkamen, an Ihre Hochschule.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Die war zumindest seriös geführt! – Weitere Zurufe)

Ich beneide die Studenten nicht, die es bei Ihnen aushalten müssen. Es ist denen wahrscheinlich ganz angenehm, dass Sie hier sind.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, das Thema Milchwirtschaft hat uns in den letzten Jahren immer wieder beschäftigt; es beschäftigt bei dieser Debatte auch die Sozialdemokraten und uns natürlich auch.

Es ist in der Tat so, dass in einem Flächenland wie Baden-Württemberg mit einem hohen Grünlandanteil die Milchwirtschaft die einzige Möglichkeit ist, den Grünlandanteil auch zu halten. Weil wir topografisch nicht gesegnet sind – landwirtschaftlich ja, aber betriebswirtschaftlich nicht –, ist die

Bewirtschaftung ein hartes Geschäft. Das harte Geschäft schlägt sich halt in den zu erzielenden Preisen nicht nieder. Deshalb müssen wir die Milchwirtschaft, die Milchviehhalter und die Grünlandwirtschaft in Baden-Württemberg entsprechend unterstützen. Das ist die beste Wertschöpfungsmöglichkeit. Das tun wir vielfältig durch die Förderung der Investitionen, das tun wir durch die Bewirtschaftungsbeihilfen, beispielsweise über das FAKT, das tun wir im ökologischen Landbau, das tun wir auch bei den Direktzahlungen.

(Zuruf von der AfD)

Auch die Direktzahlungen der Europäischen Union haben einen wettbewerbsfördernden Charakter, nämlich einen wettbewerbsfördernden Charakter in Bezug auf den Weltmarkt. Ich habe Ihnen vorhin die Exportzahlen genannt. Da spielt der Weltmarkt durchaus eine Rolle. Das kann man nicht einfach wegwischen.

(Abg. Anton Baron AfD: Ach Gott!)

– Wenn Sie es nicht interessiert: Sie müssen nicht – –

(Abg. Anton Baron AfD: Das sind doch unsere Gelder!)

– Sie müssen mir nicht zuhören; ich muss Ihnen auch nicht zuhören.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Aber die Strafe bei Ihnen ist ungleich größer!)

Aber stören Sie mich wenigstens nicht, wenn ich spreche.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Milchpreis, der sich herausgebildet hat, nachdem die Europäische Union die Milchwirtschaft liberalisiert hat – – Da muss man einfach sagen: Was in den Fünfzigerjahren notwendig war, nämlich ein gewisser planwirtschaftlicher Eingriff, ist seit 20 Jahren eigentlich nicht mehr notwendig, weil wir genügend Produktionskapazitäten haben und weil wir auch keine Defizite, sondern im Prinzip eher Überschüsse zu gewärtigen haben. Also brauchen wir die Planwirtschaft nicht mehr. Nachdem die Planwirtschaft der Europäischen Union durch das Quotensystem weggefallen ist, herrscht, wenn man so will, Markt.

Der Markt ist jedoch nicht abgesichert. Das ist das Problem der Europäischen Union. Ein Problem, das bisher nicht gelöst wurde, besteht darin, dass mit dem Wegfall der Quote keine Kriseninterventionsinstrumente größeren Ausmaßes vorhanden waren und dass die Marktpartner nicht entsprechend reagiert haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja!)

Frau Kollegin Braun hat vorhin zu Recht ausgeführt, dass sich die Biomilchproduzenten – das hat sie als Vorbild auch für die sonstige Milchproduktion dargestellt – streng am Bedarf orientieren

(Zuruf: Genau!)

und dass sich auch die Milchwirtschaft, die Biomilchprodukte verarbeitet, streng am Bedarf orientiert und nicht mehr Milch annimmt und auf den Markt bringt, als tatsächlich nachgefragt wird.

(Minister Peter Hauk)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, genau das ist das Prinzip, das wir jetzt brauchen: dass Verarbeiter – egal, ob es Private sind oder Genossenschaften – diese Marktsituation genau nachbilden und auf diese Marktsituation reagieren, etwa wenn weniger Milch nachgefragt und gebraucht wird, sei es im Inland, im Lebensmitteleinzelhandel, sei es auch im Export, in Exportbereichen, in denen auch Nationen außerhalb der Europäischen Union maßgeblich sind, z. B. Neuseeland, z. B. die USA, die gerade in den letzten Wochen den Milchpreis beeinflusst haben, weil aus den USA, aus Kanada, aus Neuseeland das, was wir weniger produziert haben – wir haben nach der Milchkrise in den letzten beiden Jahren weniger Milch produziert und abgeliefert –, durch eine stärkere Produktion nahezu vollständig aufgefangen wurde.

Deshalb spielt es schon eine Rolle, dass die Marktpartner, die den Markt viel besser kennen und viel näher am Markt dran sind als jeder Landwirt, dies berücksichtigen. Da sind die Genossenschaften, meine ich, in einer Führungsfunktion. Die Genossenschaften müssen darauf auch reagieren.

Ich kann den Unmut mancher Genossen – also mancher Bauern, nicht nur mancher SPD-Mitglieder –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Doch, auch!
– Unruhe bei der SPD)

– Die Zahlen sind doch sehr rar gesät. – Also, manche Genossen in den Genossenschaften können gut nachvollziehen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Echte Genossen!)

wenn es heißt: Wir wollen etwas mehr Transparenz in das System hineinbringen. Wir wollen erstens einen Preis, der vor der Ablieferung bekannt ist, zumindest einen Mindestpreis oder einen garantierten Preis. Wir wollen zum Zweiten, dass auch die Genossenschaften stärker auf das Thema Mengenregulierung aus sind, weil der einzelne Landwirt natürlich keine gesamtbetriebliche Entscheidung treffen kann, sondern nur eine betriebliche Entscheidung für seinen Betrieb vornehmen kann und mit den betrieblichen Parametern wirtschaftet, während die Molkereien, die Milchwirtschaft mit den Parametern wirtschaften, die sie letztendlich selbst gestalten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Deshalb ist es zwingend notwendig, dass sich an dieser Baustelle einiges tut und dass wir dort mehr Flexibilisierung hinbekommen, als es in der Vergangenheit der Fall war und auch noch der Fall ist. Denn ansonsten wird es für die Milchviehalter nicht einfacher werden. Am Ende nützen alle Staatsbeihilfen nichts. Eine Demokratie ist viel zu schwerfällig: bis Mehrheiten gefunden sind, bis man sich durchgerungen hat, bis man sich über Höhen geeinigt hat, über die Quantität, bis man sich über die Konditionen geeinigt hat. Das hat man doch bei der Tortur gesehen, bis die europäische Milchverringerebeihilfe auf den Weg kam. Das hat man auch national gesehen, bis die Milchsonderbeihilfe auf den Weg gekommen ist. Das waren im Prinzip zwei Aktionen, die eigentlich schon zu spät waren. Das war fast nach der Krise und nicht mehr während der Krise, als sie gebraucht worden wären.

Das laste ich weder der EU noch der Bundesrepublik Deutschland an, weil es sich hier um Mehrheitsentscheidungen han-

delt, und Mehrheitsentscheidungen in der Planwirtschaft haben dort eigentlich keinen Platz. Es muss vielmehr marktwirtschaftlich geregelt und marktwirtschaftlich gelöst werden. Da sind die Marktpartner die Ersten, die gefordert sind.

Deshalb müssen wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, alles dafür tun – Wir, die Landesregierung, werden nicht den Export nach Asien befördern können. Man kann vielleicht einen Versuch starten, Türöffner spielen, dies aber lediglich singular, als Einzelaktion. Was wir aber tun können, ist, den kaufkräftigen baden-württembergischen Markt zu beackern. Das ist unsere Aufgabe.

Wir können für den Einsatz regionaler Produkte werben, also der regionalen Milch. Insofern hat Kollege Burger vorhin vollkommen recht gehabt, indem er für dieses Spitzenprodukt aus einem Spitzenland geworben hat, das letztendlich zudem von Spitzenkühen und Spitzenbauern stammt. Das muss man auch ganz konsequent tun. Man muss eine Regionalmarketingstrategie entwickeln, und da sind wir dabei. Da sind wir in der Koalition, die Grünen wie auch die CDU, einer Meinung, dass wir regionale Milchprodukte verstärkt absetzen wollen, dass wir staatliche Programme verwenden, aber dass wir genauso gut auf die Freiwilligkeit, auf das Marketing und auf Bewusstseinsbildung setzen. Dort würde ich auch gern um Ihre Mithilfe werben, wenn Sie das wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren von links genauso wie von rechts.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Gedeon.

(Zuruf: Na klar!)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister Hauk, die Milchbauern stehen nicht deswegen am Rande des Ruins, weil die AfD hier ihre Politik macht, sondern weil die CDU und die Regierungsparteien eine bestimmte Politik gemacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Der wichtigste Faktor, meine Damen und Herren, für diese Milchkrise ist die Russlandpolitik.

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Nein! So ein Unsinn!)

Davon ist noch nicht geredet worden. Die Russlandsanktionen haben ganz entscheidend den Milchmarkt durcheinandergebracht. Es ist nicht der Selbstlauf der Wirtschaft, sondern es ist eine politische Maßnahme, ganz unabhängig, ob gut oder schlecht.

(Beifall des Abg. Stefan Rappke AfD)

Wir sind natürlich dagegen.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Wer ist „wir“?)

Wenn man durch die Politik derartig eingreift – Bitte?

(Dr. Wolfgang Gedeon)

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Wer ist „wir“?)

– Fragen Sie doch nicht jedes Mal so dumm: „Wer ist „wir“?“ Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung letztlich.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Vereinzelt Lachen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Und Sie sind deren Vertreter, oder wie?)

– Jawohl. Ich hoffe, Sie sind jetzt zufriedengestellt.

Also, Herr Hauk, wenn man politisch derart in den ökonomischen Mechanismus eingreift, dann muss man sich auch Gegenmaßnahmen, Eingriffsmöglichkeiten vorbehalten und diese fordern können. Dies macht die AfD. Deswegen ist protektive Politik notwendig, wenn die EU mit ihrer Protektiererei, ihren diversen Eingriffsmaßnahmen, alles durcheinanderbringt.

Ich habe noch die Zeit erlebt, als es keine EU gab. Da war die Landwirtschaft relativ stabil.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Es ist nicht so, dass wir Hunger gelitten hätten, sicher nicht. 1960, 1970 haben wir keinen Hunger gelitten. Es ging uns ohne die EU sehr gut.

Daher ist es jetzt notwendig, dass wir bestimmte nationale protektive Maßnahmen durchführen, wie es die AfD u. a. fordert, und dass Maßnahmen, die der Ideologie des Freihandels,

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Ihre zehn Minuten sind um! – Vereinzelt Heiterkeit)

des absoluten Freihandels widersprechen, ergriffen werden, um wieder einigermaßen Ordnung zu schaffen. Die beste Ordnung ist, wenn man dabei das Prinzip wahr: So wenig EU wie möglich.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So wenig AfD wie möglich!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/288. Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der vier Handlungsvorschläge an die Regierung enthält. Wird Abstimmung über Abschnitt II gewünscht? Kann ich dabei die Ziffern 1 bis 4 gemeinsam zur Abstimmung stellen? – Das ist der Fall.

Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Die nächste Sitzung findet morgen, 6. April 2017, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:05 Uhr